

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

**Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung – Bericht des Ansprechpartners
des Landes Berlin zu Antisemitismus**

Der Senat von Berlin
VI D AS
9013-3497

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Vorlage

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin
über „Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung. Bericht des Ansprechpartners
des Landes Berlin zu Antisemitismus“

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnisnahme vor:

Der Senat hat mit Senatsbeschluss Nr. S.B.-Nr. S-2027/2019 ein „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ beschlossen. Darin festgelegt ist die Benennung einer Ansprechpartnerin / eines Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus. Im Mai 2019 wurde die Position des Ansprechpartners zu Antisemitismus zunächst kommissarisch besetzt, im August 2020 hauptamtlich. Der vorgelegte Bericht erfolgt gemäß des im „Berliner Landeskonzept“ festgelegten Turnus von drei Jahren.

Hierzu wird berichtet:

Die hauptamtliche Besetzung der Stelle des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus hat zu sehr gutem Feedback aus der jüdischen Community Berlins und darüber hinaus geführt, ebenso seitens der Träger der Antisemitismusprävention in Berlin. Die vertrauensvolle und intensive Zusammenarbeit, die bereits mit dem kommissarischen Ansprechpartner bestand, wurde weiter intensiviert und gefestigt, was sich neben zahlreichen Anfragen auch in einer weit über Berlin hinausweisenden Medienresonanz zeigt. Wesentliche Aktionsfelder im Berichtszeitraum waren:

- fortgesetzt wurde die Arbeit des „Expert*innenkreises gegen Antisemitismus“ mit Mitgliedern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft; die Arbeit des Verwaltungsgremiums zu Antisemitismus der Senatsverwaltungen und die Einrichtung eines entsprechenden Vernetzungsgremiums mit allen Berliner Bezirken;
- der enge Austausch mit den Antisemitismusbeauftragten der Berliner Polizei und der Berliner Generalstaatsanwaltschaft und die gegenseitige Beratung von Maßnahmen; in diesen Kontext fiel auch die Umsetzung der im Berliner Landeskonzept formulierten Aufgabe, unterschiedliche Erfassungssysteme von antisemitischen Vorfällen systematisch in Beziehung zu setzen;

- die Unterstützung neuer Maßnahmen der Antisemitismusprävention und die fachliche Begleitung von im jährlichen Schnitt 15-20 Projekten im Bereich der Antisemitismusprävention;
- umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit durch Interviews und Gastbeiträge in Printmedien, im Hörfunk und Fernsehen, darüber hinaus zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Thema Antisemitismus;
- der Co-Vorsitz der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK); wobei in der Amtszeit ein Beschluss der BLK gegen antiisraelischen Antisemitismus, die Veröffentlichung eines Dossiers zum Thema sowie die Verabschiedung der „Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ fällt;
- die fachliche Unterstützung bei mehreren Berliner Landesgesetzesinitiativen, so dass Berlin als erstes Bundesland die Verhinderung antisemitischer Diskriminierung gesetzlich verankert hat, inzwischen in vier Landesgesetzen.

Zudem führte der Ansprechpartner zu Antisemitismus zahlreiche Einzelgespräche mit jüdischen Bürger*innen, mit Vertretungen jüdischer Organisationen und Vertretungen von Trägern der Antisemitismusprävention. Aus der Auswertung dieser Gespräche können Kritikpunkte und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention abgeleitet werden, bei denen auch der aktuelle wissenschaftliche Forschungsstand zu Antisemitismus berücksichtigt ist. Neben der Benennung von Weiterentwicklungspotenzialen in einzelnen Handlungsfeldern wurden Empfehlungen zu folgenden Themenkomplexen formuliert:

- Förderrichtlinien für alle Ressorts zu entwickeln, die den Grundsätzen der Antisemitismus-Prävention des Berliner Senats folgen und mit diesen verbindlich auszuschließen, dass Antisemitismus – gleich, welcher Provenienz – Gegenstand staatlicher Förderung sein kann;
- den Bereich der Erinnerungspolitik als Querschnittsaufgabe anzusehen und im Hinblick auf „Tradierungen von Antisemitismus“ zu erweitern;
- den antiisraelischen Antisemitismus als gegenwärtig eine der aggressivsten Artikulationsformen von Antisemitismus zu begreifen und zu dessen Bekämpfung die IHRA-Arbeitsdefinition, die auch dem Berliner Landeskonzzept zugrunde liegt, zur Grundlage staatlichen Handelns auf allen Ebenen zu machen;
- den kausalen Zusammenhang von Antisemitismus und Verschwörungsdenken, das sich anlassbezogen fortlaufend reaktualisieren kann, zum Bestandteil einer Präventionsstrategie zu machen, die breit im Rahmen der Präventionsarbeit verankert werden sollte;
- die bereits erzielten Erfolge bei der Verankerung von Antisemitismusbekämpfung in der Landesgesetzgebung zum Anlass für weitere Landesgesetzgebung und Gesetzesreformen zu nehmen, in denen Antisemitismus ausdrücklich thematisiert wird;
- bezirkliche Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus zu stärken und in allen Bezirken Antisemitismusbeauftragte zu etablieren;

- das Themenfeld Antisemitismus für die schulische Präventionsarbeit als Querschnittsaufgabe zu begreifen und im Rahmen von Rahmenlehrplanüberarbeitungen Möglichkeiten einer verbindlichen Verankerung zu prüfen, die das Themenfeld neben dem Geschichtsunterricht in anderen Fächern, insbesondere im thematisch primär zuständigen Politikunterricht verbindlich verankern, wobei alle Formen von Antisemitismus Gegenstand sein sollten;
- die Vernetzung und Sichtbarkeit der Antisemitismusprävention im Land Berlin sichtbarer und das umfangreiche Informationsangebot in seiner Breite und Tiefe im Rahmen einer digitalen Plattform zugänglich zu machen, die Maßnahmen auf Ebene des Senats, der Bezirke und der Zivilgesellschaft vernetzt;
- eine proaktive Integration der umfangreichen Tätigkeiten der jüdischen Community Berlins in den Berliner Alltag herzustellen, die nicht anlassbezogen, sondern kontinuierlich und selbstverständlich erfolgen muss.

Hierzu wird detailliert in dem vom Senat beschlossenen, beiliegenden

Bericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus

berichtet.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

1. Rechtsgrundlage:
§ 28 Abs. 1 GGO II

2. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

Der Bericht selbst erzeugt wegen seines lediglich empfehlenden Charakters keine Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzplanung. Sollten empfohlene Maßnahmen begonnen oder fortgeführt werden, wird dies im Rahmen der in den Einzelplänen der jeweils zuständigen Verwaltungen verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen auf Grundlage des Haushaltsgesetzes 2022/23 erfolgen.

Berlin, den 5. April 2022

Der Senat von Berlin

Franziska Giffey
Regierende Bürgermeisterin

Prof. Dr. Lena Kreck
Senatorin für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung

Bericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus

10. Januar 2022

apl. Prof. Dr. Samuel Salzborn

Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung

Salzburger Str. 21-25

10825 Berlin (Schöneberg)

Inhalt

1. Vorbemerkung	5
2. Gesamtüberblick: Antisemitismusbekämpfung in Berlin	6
2.1. Die Spezifik von Antisemitismus und die Vorgeschichte staatlicher Antisemitismusbekämpfung	6
2.2. Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung	9
2.2.1. Die Landesebene	12
2.2.2. Die Bezirksebene	18
2.3. Resümee	23
2.4. Zitierte Literatur	26
3. Das <i>Berliner Landeskonzzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention</i> : Umsetzung der Ziele in den fünf Handlungsfeldern	30
3.1. Die Arbeit des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus	30
3.2. Die fünf Handlungsfelder des <i>Landeskonzeppts</i>	37
3.2.1. Handlungsfeld „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Erwachsenenbildung“	37
3.2.2. Handlungsfeld „Justiz und Innere Sicherheit“	44
3.2.3. Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“	54
3.2.4. Handlungsfeld „Wissenschaft und Forschung“	55
3.2.5. Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“	57
3.3. Empfehlungen zur Weiterentwicklung des <i>Landeskonzeppts</i>	60
4. Tabellarische Übersicht: Umsetzungen auf Senatsebene	71
4.1. Senatskanzlei	71
4.2. Senatsverwaltung für Inneres und Sport	76

4.3.	Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.....	110
4.4.	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.....	128
4.5.	Senatsverwaltung für Kultur und Europa.....	147
5.	Tabellarische Übersicht: Umsetzungen auf Bezirksebene.....	152
5.1.	Bezirk: Charlottenburg-Wilmersdorf.....	152
5.2.	Bezirk: Friedrichshain-Kreuzberg.....	162
5.3.	Bezirk: Lichtenberg.....	169
5.4.	Bezirk: Marzahn-Hellersdorf.....	173
5.5.	Bezirk: Mitte.....	184
5.6.	Bezirk: Neukölln.....	191
5.7.	Bezirk: Pankow.....	198
5.8.	Bezirk: Reinickendorf.....	213
5.9.	Bezirk: Spandau.....	223
5.10.	Bezirk: Steglitz-Zehlendorf.....	237
5.11.	Bezirk: Tempelhof-Schöneberg.....	253
5.12.	Bezirk: Treptow-Köpenick.....	258

1. Vorbemerkung

Im *Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* vom 12. März 2019 (Drs. 18/1754 v. 14.03.2019) wurde festgelegt, dass der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus im Turnus von drei Jahren einen (Umsetzungs-)Bericht zur Intervention gegen und Prävention von Antisemitismus im Land Berlin vorzulegen hat. Dem hiermit vorgelegten ersten Umsetzungsbericht geht der Zwischenbericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus vom 11. August 2020 (Drs. 18/2930 v. 14.08.2020) voraus, der von Lorenz Korgel als kommissarischer Ansprechpartner erstellt wurde, bevor das Amt im August 2020 hauptamtlich besetzt wurde. Die dort formulierten Erkenntnisse und Empfehlungen werden sich an dieser Stelle ausdrücklich zu eigen gemacht.

Der hier vorgelegte Umsetzungsbericht stellt in seinem ersten Teil in einer systematischen Gesamtdarstellung die Entwicklung der Antisemitismusbekämpfung im Land Berlin dar und kontextualisiert diese mit der Geschichte der Antisemitismusbekämpfung in der Bundesrepublik sowie den zentralen Überlegungen der Antisemitismusforschung, die in wesentlichen Zügen auch die Grundlage bei der Erarbeitung des *Berliner Landeskonzeps zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* gebildet haben. Im zweiten Teil werden die im *Landeskonzept* mit Blick auf die fünf Handlungsfelder formulierten konkreten Ziele in Relation zu den im Land getroffenen Maßnahmen gesetzt und damit erfolgreiche Umsetzungen ebenso beschrieben, wie Notwendigkeiten für die weitere Arbeit an der Umsetzung des *Landeskonzeps zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* benannt. Im dritten und vierten Teil des Berichts finden sich tabellarische Übersichten über die Umsetzungen auf Sentas- bzw. Bezirksebene.

2. Gesamtüberblick: Antisemitismusbekämpfung in Berlin

Die Geschichte des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland ist lang, die Geschichte der *systematischen* Bekämpfung von Antisemitismus durch staatliches Handeln hingegen sehr kurz. War Antisemitismus zwar immer wieder Gegenstand der punktuellen Auseinandersetzung im parlamentarischen, juristischen und medialen Kontext und finden sich in der bundesdeutschen Geschichte auch zahlreiche Beispiele klarer Positionierungen staatlicher Repräsentant*innen gegen Antisemitismus, ist die Bekämpfung von Antisemitismus aber erst seit gut fünf Jahren *institutionalisiert* zum Gegenstand staatlichen Handelns in Deutschland geworden.

2.1. Die Spezifik von Antisemitismus und die Vorgeschichte staatlicher Antisemitismusbekämpfung

Mit Blick auf den Forschungsstand der Antisemitismusforschung lässt sich sagen, dass Antisemitismus nicht einfach eine Form von Diskriminierung neben anderen ist, nicht einfach ein Vorurteil wie viele andere (vgl. Rensmann & Schoeps 2011; Schwarz-Friesel & Reinharz 2013; auch: AAS 2020). Antisemitismus ist eine grundlegende Haltung zur Welt, die zwar oft mit anderen Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus oder Homo- oder Transphobie verbunden auftritt, aber in ihrer Konstituierung grundlegend von diesen unterschieden ist: Antisemitismus ist eine Verbindung aus Weltanschauung und Leidenschaft, wie Jean-Paul Sartre bereits 1945 schrieb, eine grundlegende Haltung zur Welt, mit der sich diejenigen, die ihn als Weltbild teilen, alles in der Politik und Gesellschaft, das sie nicht erklären und verstehen können oder wollen, zu begreifen versuchen. Antisemitische Einstellungen sind geprägt von einer wechselseitigen Durchdringung von bestimmten, gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Ressentiments und einer hohen Affekthaftigkeit, die vor allem von Projektion und Hass geprägt ist. Der*die Antisemit*in glaubt sein*ihre Weltbild nicht obwohl, sondern weil es falsch ist: es geht um den emotionalen Mehrwert, den der antisemitische Hass für Antisemit*innen bedeutet.

Neben der nicht zuletzt in der Shoah zum Ausdruck gekommenen Differenz des Antisemitismus zu Rassismus und anderen Vorurteilen, besteht die qualitative Unterscheidung zum rassistischen

Vorurteil, in dem die dem Anderen zugeschriebene potenzielle Macht konkret (materiell und sexuell) artikuliert wird, in der Abstraktheit der Zuschreibung beim Antisemitismus, der als „mysteriöse Unfaßbarkeit, Abstraktheit und Allgemeinheit“ (Postone 1982: 15) fantasiert wird. Antisemitismus zielt als kognitives und emotionales System auf einen weltanschaulichen Allerklärungsanspruch: Er bietet als Weltbild ein allumfassendes System von Ressentiments und (Verschwörungs-)Mythen, die in ihrer konkreten Ausformulierung wandelbar waren und sind. Sie richten sich immer gegen Jüdinnen und Juden, da der Antisemitismus auf Projektionen basiert, hat das reale Verhalten von Jüdinnen und Juden ebenso wenig Einfluss auf das antisemitische Weltbild, wie sich eben dieses Weltbild aus den emotionalen Bedürfnissen der Antisemit*innen selbst konstruiert. Antisemitismus ist zu verstehen als eine Verbindung aus Weltanschauung und Leidenschaft, also eine spezifische Art zu denken und zu fühlen, genau genommen ist der moderne Antisemitismus die *Unfähigkeit und Unwilligkeit, abstrakt zu denken und konkret zu fühlen*. Der Antisemitismus vertauscht beides, das Denken soll konkret, das Fühlen aber abstrakt sein, wobei die nicht ertragene Ambivalenz der Moderne auf das projiziert wird, was der*die Antisemit*in für jüdisch hält (vgl. Salzborn 2010).

Deshalb muss man den Blick auch auf die antisemitischen Unterstellungen richten, die immer ein Zerrbild vom Judentum entwerfen, das letztlich eben ein „Gerücht über die Juden“ (Adorno 1951: 125) ist. In der Geschichte haben sich diese Gerüchte stets verändert, Antisemit*innen haben sich angepasst - so etwa nach 1945, als der offen rassistische NS-Vernichtungsantisemitismus politisch diskreditiert war und Antisemit*innen nun einen neuen Schuldabwehrantisemitismus entwickelten. Dieser machte nun die Opfer verantwortlich für die Störung der deutschen Nationalerinnerung: Nach dem Massenmord folgte dessen Verleugnung und die Abwehr der Erinnerung in Form einer antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr.

Ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte antisemitischer Ressentiments waren die islamistischen Terroranschläge von 9/11, die erklärtermaßen nicht nur den USA, sondern der gesamten freien Welt und der aufgeklärten Moderne galten (vgl. Salzborn 2020). Sie waren aber auch, wie Osama bin Ladin und andere islamistische Terroristen stets betont haben, in zentraler Weise

antisemitische Anschläge – denn Jüdinnen und Juden stehen eben in der islamistischen Lesart für alles, was gehasst wird. So wurde 9/11 vor allem in der arabischen Welt auch als Initialzündung für eine weltweite antisemitische Mobilisierung verstanden, die aber nicht nur auf radikalislamische Gruppierungen beschränkt blieb. Die Entwicklung des Antisemitismus seit 9/11 war – verbunden mit dem innenpolitischen Umdenken seit dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Jahr 2000 und dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) seinerzeit proklamierten „Aufstand der Anständigen“ – der Hintergrund für die Überzeugung, die Bundesrepublik müsse regelmäßige Antisemitismusberichte erstellen lassen, um so aktuelle Entwicklungen zu erfassen und Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Deutsche Bundestag hat im November 2008 beschlossen, den „Kampf gegen Antisemitismus zu verstärken und jüdisches Leben in Deutschland weiter zu fördern“ und mit diesem Ziel die Bundesregierung aufgefordert, einen Antisemitismusbericht erstellen zu lassen (Fraktionen CDU/CSU, SPD u.a., 2008). Dieser solle regelmäßig aktualisiert werden und von einem unabhängigen Expertengremium erstellt werden. Dezidierte Aufgabe dieses Antisemitismusberichts solle einerseits eine Bestandaufnahme zur Entwicklung von Antisemitismus in Deutschland, andererseits die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Konzepten und Programmen zur Bekämpfung von Antisemitismus sein.

Der erste Antisemitismusbericht wurde im November 2011 vorgestellt (vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, 2011), der zweite im April 2017 (vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, 2017), wobei der Expertenkreis bei beiden Berichten unterschiedlich zusammengesetzt war. Mit den bisherigen zwei Antisemitismusberichten betrat die Bundesrepublik Neuland, weil sie an einer Schnittstelle von wissenschaftlicher Forschung, politisch-pädagogischer Praxis und offizieller Politik angesiedelt sind und – im zweiten Antisemitismusbericht – neben einer systematischen Befassung mit dem Gegenstand fünf konkrete Handlungsempfehlungen formuliert haben: die Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten und die Verstetigung eines unabhängigen Expertenkreises; die konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten; die dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention; die Schaffung einer

ständigen Bund-Länder-Kommission; die langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus. Alle Forderungen tangieren unmittelbar staatliches Handeln, liegen jedoch auf unterschiedlichen Ebenen nationaler, föderaler, regionaler und lokaler Zuständigkeit, teilweise auch in Überschneidung.

Der Bund und fast alle Länder (Bremen hat sich in Abstimmung mit der dortigen Jüdischen Gemeinde dagegen entschieden) haben inzwischen Antisemitismusbeauftragte eingesetzt. Deren ministerielle Ansiedlung (von den Staatskanzleien über die Innen- und Justizressorts bis hin zu Kultusministerien) wie ihre Kompetenzen und finanzielle und personelle Ausstattungen, aber auch ihre (Nicht-)Bindung an eine konkrete Regierungskoalition differieren erheblich. Die Arbeit wird durch eine „Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“ (BLK) unter Vorsitz des Bundesbeauftragten und mit Co-Vorsitz desjenigen Landes, das im Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) amtiert, vernetzt und erfolgt in zentralen Fragen abgestimmt. Nichtsdestotrotz ist die generelle Lage der Bekämpfung von Antisemitismus im Bundesvergleich hoch disparat – was auch damit zu tun haben dürfte, dass bisher Berlin das erste Bundesland ist, das ein eigenes, ressortübergreifendes Konzept zur Antisemitismusbekämpfung verabschiedet hat.

2.2. Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung

Am Berliner Vorbild orientieren sich inzwischen zahlreiche Bundesländer, allerdings ist noch nirgendwo das System der Antisemitismusbekämpfung so ausgeprägt, wie in Berlin: Berlin hat als erstes Bundesland mit dem *Berliner Landeskonzert zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* (2019) ein ressortübergreifendes Konzept zur Antisemitismusbekämpfung vorgelegt. Das *Berliner Landeskonzert* wird auch von der Europäischen Kommission als „best practice“ Beispiel (wie auch die Ernennung einer Antisemitismusbeauftragten bei der Berliner Generalstaatsanwaltschaft und die Arbeit von RIAS) ausdrücklich gewürdigt (vgl. Europäische Kommission 2021).

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hatte das Berliner Abgeordnetenhaus am 31. Mai 2018 den Antrag „Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen“ beschlossen und den Senat aufgefordert, ein Landeskonzept zur Antisemitismus-Prävention zu entwickeln. Der Senat von Berlin hat dieses Konzept am 12. März 2019 unter dem Titel *Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* mit folgender Handlungsgrundlage beschlossen, die an die mittlerweile auf Bundes- und Länderebene weit verbreitete Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anschließt:

„Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken in ihrer durch die Bundesregierung erweiterten Form bildet die Grundlage des Berliner Verwaltungshandelns zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Sie ist damit Ausgangspunkt für Präventionskonzepte sowie für Fort- und Ausbildungsprogramme des öffentlichen Dienstes in Berlin. Die einzelnen Berliner Verwaltungseinheiten werden angeregt in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und jüdischen Organisationen Leitfäden mit Praxisbeispielen zur Anwendung der Arbeitsdefinition zu erstellen.

Die Arbeitsdefinition im Wortlaut: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ (Senat von Berlin 2019: 4)

Das *Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* umfasst fünf Handlungsfelder: „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Erwachsenenbildung“, „Justiz und Innere Sicherheit“, „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“, „Wissenschaft und Forschung“ und „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“ und verknüpft damit die drei zentralen Säulen – Prävention, Intervention und Repression – der Antisemi-

tismusbekämpfung integral und schließt in seinem Antisemitismusverständnis an den wissenschaftlichen Erkenntnisstand an, wobei die wissenschaftliche Expertise in der Planung und Vorbereitung des *Landeskonzpts* ebenso einbezogen wurde, wie eine Konsultation jüdischer Organisationen und Einrichtungen sowie zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich der Antisemitismusprävention in Berlin. Der Senat kam im *Landeskonzzept* dann darin überein, dass die Wirksamkeit hierbei von einem abgestimmten Vorgehen aller Beteiligten abhängt, die durch die Einrichtung der Stelle eines Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus (im Mai 2019 zunächst kommissarisch, seit August 2020 hauptamtlich besetzt) hergestellt werden soll.

Aufgabe des Ansprechpartners ist neben dieser Koordinierungsfunktion die Identifizierung von Weiterentwicklungspotenzialen der Berliner Antisemitismusprävention, die Koordinierung eines Expert*innenkreises aus Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft, der regelmäßige Austausch mit jüdischen Organisationen und Akteuren aus Verwaltung und Zivilgesellschaft, die Kooperation mit bestehenden Präventionsnetzwerken, die Zusammenarbeit mit Fach- und Beratungsstellen zu Antisemitismus, die Zusammenführung der Daten und Ergebnisse der verschiedenen Erfassungsquellen zu Antisemitismus in Berlin sowie die regelmäßige Erstellung eines Umsetzungsberichts zur Fragen der Intervention und Prävention von Antisemitismus im Land Berlin. Neben dem Expert*innenkreis wurde hierfür in 2019 eine systematische Vernetzung zwischen den Senatsverwaltungen des Landes Berlin etabliert und ein Gremium mit ähnlicher Funktion 2020 auf der Bezirksebene eingerichtet, das zur Abstimmung und Erweiterung der Maßnahmen der Antisemitismus-Prävention auf Ebene der zwölf Berliner Bezirke fungiert.

Die enge Verzahnung von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Antisemitismus stellen einen wichtigen Baustein des Berliner Modells dar, da ein wesentlicher Aspekt auch in der Vertrauensbildung besteht: Denn es ist, wie die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) auf Basis eines empirischen Vergleichs staatlicher und nicht-staatlicher Erfassung antisemitischer Taten in den EU-Mitgliedsländern in einem Zeitvergleich von 2009–2019 gezeigt hat, das zentrale Problem, dass antisemitische Hasskriminalität nicht gemeldet bzw. nicht erfasst wird (vgl. FRA 2020), wobei hierbei auch die Frage des Vertrauens von Jüdinnen und Juden in staatliches Handeln

eine gewichtige Rolle spielt. Dieses Vertrauen steht nicht nur wegen der Tradierung einer Nichtaufarbeitung des Nationalsozialismus und der Shoah immer wieder infrage, sondern auch durch Exekutiv- und Judikativ-Handeln in der Gegenwart. So sind Leuchtturmunterteile wie das zu den antisemitischen Anschlägen auf die Wuppertaler Synagoge 2014, bei dem das Gericht die antisemitischen Motive ignorierte, immer wieder fundamentale Erschütterungen im Realvertrauen von Jüdinnen und Juden in die Justiz. Und auch Ereignisse wie der antisemitische Terroranschlag von Halle, bei dem die zuständige Polizei den Schutz der Synagoge am höchsten jüdischen Feiertag ignoriert und der zuständige Nachrichtendienst offenbar im Vorfeld keine Erkenntnisse über einen rechtsterroristischen Täter hatte, führen nicht nur lokal, sondern bundesweit dazu, dass das Vertrauen von Jüdinnen und Juden in Ermittlungsbehörden und damit die Exekutive und Judikative nachhaltig erschüttert wird.

2.2.1. Die Landesebene

Vor diesem Hintergrund folgt das Berliner Modell dem Grundgedanken, dass eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure für unverzichtbar gehalten wird, was sich in der Etablierung des „Landesprogrammes für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ ausdrückt, in dem im Bereich „Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ etwa 70 zivilgesellschaftliche Projekte jährlich gefördert werden, davon im Bereich der Antisemitismusprävention im Schnitt etwa 15 bis 20 Projekte. Die Stärkung der Zivilgesellschaft wird auch deshalb als zentral erachtet, weil der Prozess der Vertrauensgewinnung nicht allein Top-Down, sondern maßgeblich Bottom-Up vollzogen werden muss: durch Akteure, die innerhalb der jüdischen Community Vertrauen genießen, damit „die Stimmen und Perspektiven jüdischer Betroffener von Antisemitismus stärker berücksichtigt werden als bislang.“ (Poensgen/Steinitz 2019: 26) Hierfür fördert das Land Berlin zahlreiche Träger im Bereich der Antisemitismuspräventionsarbeit, agiert aber auch selbst in zahlreichen Bereichen auf Landesebene mit strukturierten Maßnahmen in der Antisemitismusbekämpfung.

Grundlage hierfür bildet die Erfassung und Dokumentation antisemitischer Einstellungen in der Berliner Bevölkerung und antisemitischer Taten sowie Straftaten. Der Berlin-Monitor (vgl. Pickel/Reimer-Gordinskaya/Decker 2019), eine vom Land finanzierte repräsentative Befragung der Berliner Bevölkerung, die im Jahr 2019 einen Schwerpunkt mit Blick auf das Thema Antisemitismus hatte, hat dabei gezeigt, dass die antisemitischen Einstellungen in der Berliner Gesamtbevölkerung insgesamt geringer ausgeprägt sind, als im Gesamtbundesgebiet, allerdings der Anteil unter den Berliner*innen, die antisemitische Einstellungen vertreten, bei denen ohne deutsche Staatsbürgerschaft signifikant höher ist als bei denen mit. Im Rahmen einer Ergänzung zum Berlin-Monitor wurde zudem in einer qualitativen Studie – bundesweit erstmalig – 2020 auch die Sicht der von Antisemitismus Betroffenen erhoben (vgl. Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2020). Dabei zeigte sich, dass Antisemitismus von Jüdinnen und Juden in Berlin in allen Lebensbereichen erfahren und ein Mangel an Solidarität von nichtjüdischer Seite wahrgenommen wird, sich gegen Antisemitismus zu positionieren und Jüdinnen und Juden zu stärken. Die zentrale Defizitwahrnehmung der Berliner Jüdinnen und Juden besteht der Studie zufolge darin, in allen Lebensbereichen eben nicht ohne Einschränkung, ohne Diskriminierung und damit nicht selbstbestimmt leben zu können. Antisemitische Aggressionen gehen dabei von fast allen Bevölkerungsgruppen aus, wobei die Aggressionen von non-verbale Gesten, Kommentaren, Beleidigungen bis zu körperlichen Angriffen reichen.

Antisemitische Taten und Straftaten stehen dabei im Bereich „Justiz und Innere Sicherheit“ insgesamt im Fokus: In diesem Bereich war die Berliner Generalstaatsanwaltschaft (GStA) bundesweit die erste, die im September 2018 eine Antisemitismusbeauftragte benannt hat (Bayern und Baden-Württemberg folgten), gleiches gilt für den Antisemitismusbeauftragten der Berliner Polizei (seit August 2019) und mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) arbeitet seit 2015 ein zivilgesellschaftlicher Akteur an der Dunkelfelderhellung und der Sensibilisierung für antisemitische Taten auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, an dem sich mittlerweile zahlreiche Bundesländer orientieren und eigene RIAS-Stellen eingerichtet haben oder dies planen. Die dokumentarische Arbeit von RIAS wird ergänzt um die Beratungstätigkeit von OFEK:

Während RIAS antisemitische Taten, auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, erfasst und dokumentiert und mit dem Projekt „Regishut“ zugleich die Sensibilisierung für Antisemitismus in der Berliner Polizei in Aus- und Weiterbildung unterstützt, berät OFEK Berlin als Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt Betroffene antisemitischer Vorfälle sowie ihre Angehörigen und ratsuchende Institutionen. So werden Erfassung und Dokumentation sowie Sensibilisierung und Beratung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wahrgenommen, die ein hohes Vertrauen in der jüdischen Community genießen – was zur Wiedergewinnung und Stärkung von Vertrauen elementar wichtig ist. Zum Austausch zwischen Zivilgesellschaft, jüdischen Gemeinden und Senatsverwaltung hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnDS) seit September 2019 einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt“ etabliert. Die zivilgesellschaftliche Initiative „Solidarisch gegen Hass“, die sich nach Übergriffen gegen Berliner Rabbiner auf Initiative von Chabad Lubawitsch Berlin, der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dem Jehi ‘Or. Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus 2019 gegründet hatte, wird durch das Land finanziert und durch den Regierenden Bürgermeister/die Regierende Bürgermeisterin begleitet, der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus gehört zum Trägerkreis der Initiative „Solidarisch gegen Hass“, die zivilgesellschaftliches Engagement bei antisemitischen und anderen Übergriffen stärken will.

Darüber hinaus haben die Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin einen Leitfaden entwickelt, der als praxisorientierte Handlungsempfehlung für die Verfolgung antisemitischer Straftaten für die Ermittlungsbehörden dienen soll (vgl. Polizei Berlin & Generalstaatsanwaltschaft Berlin 2021). Dies wird verbunden mit einer fortlaufenden Sensibilisierung von Polizei und Justiz für das Themenfeld Antisemitismus, was auf polizeilicher Ebene heißt, dass sämtliche Sachverhalte mit Bezug zu Antisemitismus – neben Straftaten auch Versammlungen und Schutzmaßnahmen – einer Meldepflicht unterliegen, die Berliner GStA bejaht zudem „grundsätzlich ein öffentliches Interesse an der Verfolgung der Taten“ (Vanoni 2021: 8), wenn es um Antisemitismus geht und verweist nicht auf den Privatklageweg.

Zu den Sensibilisierungen gehört auch die fortlaufende Prüfung des Schutzes jüdischer Einrichtungen – die Verantwortung hierfür wurde bereits durch den Staatsvertrag vom 19. November 1993 gelegt – und einer erhöhten Aufmerksamkeit an hohen jüdischen Feiertagen. Aber auch kontinuierliche Fortbildungsmaßnahmen zu Antisemitismus für Richter*innen und Staatsanwält*innen, die antisemitisch motivierten Straftaten bearbeiten, sowie für Rechtsreferendar*innen, unter anderem im Rahmen der Justizakademie in Königs Wusterhausen und in Fortbildungen an der Deutschen Richtera Akademie, überdies auch im Bereich der polizeilichen Aus- und Fortbildung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und der Polizeiakademie Berlin. Neben der regelmäßigen Teilnahme an Gedenkveranstaltungen im Rahmen historisch-politischer Bildung hat sich die Berliner Polizei 2021 mit einem eigenen Forschungsprojekt dem Thema „Jüdisches Leben und Polizei – Vergangenheit trifft Gegenwart“ (JLUP)“ zugewandt, in dessen Rahmen eine Wanderausstellung sowie eine Gedenktafel konzipiert wurden und der regelmäßige Austausch von Polizeischüler*innen mit jungen Jüdinnen und Juden in Berlin initiiert wird.

Die Stärkung der Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen hat zudem ihren Niederschlag auf legislativer Ebene im 2020 erlassenen Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gefunden, das (außerhalb des StGB) bundesweit erstmalig auf einfachgesetzlicher Ebene „antisemitische Zuschreibungen“ zum Gegenstand juristischer Diskriminierungsverbote (§ 2 LADG) gemacht hat. Die Neufassung des Gesetzes über die Versammlungsfreiheit in Berlin (2021) wurde überdies um einen Passus ergänzt, der das Verbot von Versammlungen vereinfacht, die auf internationale Kampagnen Bezug nehmen, die zum Hass aufrufen (§ 14 Abs. 2) – was für die antisemitischen Großkundgebungen anlässlich des sog. Al-Quds-Tages, die jährlich in Berlin angemeldet werden, relevant werden kann. Zudem wurde auf Anregung des Expert*innenkreises Antisemitismus eine Änderung der Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) vorgenommen, die die Umbenennung von Straßen und Plätzen in Berlin, die nach Antisemit*innen benannt sind oder antisemitische Bezüge aufweisen, leichter zu ermöglichen. Hierzu wurde im Auftrag des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus zusätzlich ein Dossier zum Thema „Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen in Berlin“ erstellt, in dem sämtliche Straßen und Plätze Berlins untersucht wurden, um so für weitere Initiativen zur

Auseinandersetzung mit Namensgebungen mit antisemitischen Bezügen eine systematische Erkenntnisgrundlage zu schaffen (vgl. Sassmannshausen 2021).

Darüber hinaus wurde im Gesetz über die Erwachsenenbildung im Land Berlin (EBiG v. 07.06.2021) ausdrücklich geregelt, dass der Zugang zu Erwachsenenbildung - neben anderen Gründen - nicht aufgrund einer „rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung, der Religion oder Weltanschauung“ (§ 2 EBiG) eingeschränkt werden darf. Und zu den Grundsätzen des Gesetzes zur Neuregelung der Partizipation im Land Berlin (PartMigG v. 05.07.2021) zählt: „Das Land Berlin stellt sich jeder Form von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung entgegen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile für Personen mit Migrationsgeschichte hin.“ (§ 2 Abs. 4 PartMigG) Damit ist das Land Berlin das erste deutsche Bundesland, das auf einfachgesetzlicher Ebene an mehreren Stellen Antisemitismus bzw. die Verhinderung von antisemitischer Diskriminierung ausdrücklich zur rechtlichen und damit staatlichen Aufgabe erklärt hat. Und im Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft (14.09.2021), das das Berliner Hochschulgesetz (BerLHG) ändert, werden die Berliner Hochschulen (neben anderen Diskriminierungsformen) ausdrücklich dazu verpflichtet, „Diskriminierungen insbesondere wegen [...] einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung [...] zu verhindern und bestehende Diskriminierungen zu beseitigen (§ 5b Abs. 2).

Komplementär zum Bereich der Justiz und Inneren Sicherheit erfolgt mit Blick auf schulische und außerschulische Bildung neben der Lehrkräftefortbildung zu den Themen Antisemitismus und jüdisches Leben eine intensive Begleitung des Themenfeldes im schulischen Kontext durch eine Aufbereitung von Angeboten im monatlich erscheinenden Newsletter „Prävention von Antisemitismus in der Schule“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF), der auch auf Veranstaltungen, Bildungsangebote und neue Bildungsmaterialien verweist und sowohl historische wie gegenwärtige Themenfelder umfasst. Die öffentlichen Schulen werden dabei durch finanzielle Sondermittel im Programm „Politische Bildung“ unterstützt, die auch ausdrücklich im Bereich der Antisemitismusprävention eingesetzt werden können. Ferner wurde eine Handreichung für Lehrkräfte zur Antisemitismusprävention an Grundschulen entwickelt (vgl. SenBJF

2020). Für antisemitische Vorfälle besteht an Berliner Schulen Meldepflicht. Das Land unterstützt darüber hinaus die Schulen bei der Organisation und Durchführung von Exkursionen zu außerschulischen Lernorten wie Gedenkstätten und führt Fortbildungsreisen für Berliner Lehrkräfte an die Internationale Gedenkstätte Yad Vashem durch.

Zudem fördert das Land Berlin das zivilgesellschaftliche Projekt „ACT - Acceptance, Commitment, Training“ des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), das im Kontext von Schule, Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit für den Umgang mit Antisemitismus sensibilisieren soll, ergänzt im Bereich der Jugendarbeit um die Förderung der „Praxisstelle für Antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit“ (ju:an) der Amadeu Antonio Stiftung, deren Ziel die Schaffung von Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte ist und die überbezirklich arbeitet. Im Bereich der Erwachsenenbildung werden an den Berliner Volkshochschulen Fortbildungen für Kursleitende konzipiert, um diese für das Themenfeld Antisemitismus zu sensibilisieren, sowie ein Arbeitsheft zum Thema „Orte der Erinnerung - Denkmal für die zerstörte Synagoge Lindenstraße und Jüdisches Museum Berlin“ als Unterrichtsmaterial für Integrations- und Orientierungskurse aufgelegt, herausgegeben von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung (LpB) mit Unterstützung des Jüdischen Museums Berlin und den Volkshochschulen Berlin Mitte und Neukölln; ein Konzept zur Erhöhung der Sichtbarkeit von jüdischem Leben in den VHS-Programmen befindet sich in der Entwicklung durch die Volkshochschulen. Die Themenfelder Antisemitismus und jüdisches Leben sind zudem Publikationsschwerpunkte der LpB und werden kontinuierlich auch in Veranstaltungen thematisiert.

Im Bereich der Antisemitismusforschung unterstützt Berlin das Arthur Langerman Archiv für die Erforschung des visuellen Antisemitismus (ALAVA) an der TU Berlin, die umfangreichste Sammlung von antisemitischen Bildern. Von 2017 bis 2019 hatte das Land zudem eine Gastprofessur für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin einge-

richtet, die – erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik – auf politikwissenschaftliche Antisemitismusforschung orientierte und so das historisch ausgerichtete ZfA zweijährig mit Gegenwartskompetenz erweiterte.

Im Bereich der digitalen Antisemitismusprävention werden – neben spezifischen Angeboten der Senatsverwaltungen wie etwa des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus, der GStA-Antisemitismusbeauftragten oder des Antisemitismusbeauftragten der Polizei – zivilgesellschaftliche Projekte gefördert wie „Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz“ der Amadeu Antonio Stiftung oder „Online gegen Antisemitismus“ von Bildung in Widerspruch e.V. (vgl. Fischer u.a. 2020), aber auch die Bekämpfung antisemitischer Strukturen im Internet, resp. den sozialen Netzwerken durch den Ausbau der Ermittlungsstrukturen bei der Polizei begegnet.

Regelmäßig unterstützt werden die Jüdischen Kulturtage sowie die Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum, darüber hinaus im Rahmen des Jubiläumsjahres 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland, das in 2021 zeitlich zusammenfiel mit 350 Jahren Jüdischer Gemeinde zu Berlin, werden die Tätigkeiten des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“ unterstützt und begleitet, in dessen Kontext sich rund 60 Projekte aus Berlin für Veranstaltungen beworben haben.

2.2.2. Die Bezirksebene

Der staatliche Ansatz muss aufgrund der Verwaltungsstruktur des Landes Berlin dabei zugleich auf die integrale Herausforderung reagieren, dass das Land zugleich eine Stadt mit zwölf Bezirken ist, die jeweils für sich genommen Großstadtcharakter haben – und aufgrund differenter Sozialstrukturen, unterschiedlicher soziokultureller Tradierungen (die oftmals in Berlin noch innerhalb der 97 Stadtteile, die verwaltungsrechtlich die nächste Subebene unterhalb der Bezirke bilden, ganz maßgeblich durch die Kieze geprägt ist) und auch Ost-West-Tradierungen in hohem Maß heterogen ist. Zu dieser Heterogenität gehört auch, dass die Herausforderungen der Bezirke sich mit Blick auf die unterschiedlichen Artikulationsformen von Antisemitismus differenziert ge-

stalten: spielt ein rechtsextrem motivierter Antisemitismus stärker in den Ostbezirken, insbesondere den Stadtrandlagen eine Rolle, ist die Signifikanz von islamischem Antisemitismus hingegen in Neukölln deutlicher ausgeprägt, spielen auch Faktoren wie die touristische Relevanz oder die Lage von Verkehrsknotenpunkten, an denen zahlreiche Berliner*innen und Nicht-Berliner*innen verkehren, eine Rolle, wenn etwa in Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf die Zahl der antisemitischen Vorfälle oft am höchsten im bezirklichen Gesamtvergleich ist. (vgl. VDK/RIAS Berlin 2021)

Die Arbeit der Berliner Bezirke lässt sich angelehnt an die Systematik des *Berliner Landeskonzpts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* und in Rechnung stellend, dass bestimmte Aufgaben Landes- und nicht Bezirksaufgaben sind (Justiz, Innere Sicherheit, Schule) vor allem in den Tätigkeitsfeldern Grundlagenarbeit, historische Bildungsarbeit und Gedenken, Bildung und Jugend, Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur sowie im Querschnittsbereich der Antidiskriminierung und des Opferschutzes erfassen. Die folgende Darstellung kann nur exemplarischen Charakter haben, auch vor dem Hintergrund, dass in den 97 Stadtteilen der zwölf Berliner Bezirke zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure tätig sind, die punktuell mit bezirklichen Stellen, etwa in der Bildungsarbeit, kooperieren, aber deren systematische und vollständige Erfassung nicht möglich ist – wenn man etwa exemplarisch daran denkt, dass eine Filmvorführung über die Geschichte des Antisemitismus in einem Standort einer Volkshochschule stattfindet, er von einem Vortrag begleitet, mit einem Büchertisch einer lokalen Buchhandlung unterstützt und von einem veranstaltenden Bündnis aus mehreren Organisationen getragen wird.

Deutlich im Gesamtblick auf die bezirkliche Arbeit gegen Antisemitismus ist, dass diese zwar zeitlich an zahlreichen Stellen bereits vor dem Beschluss des *Berliner Landeskonzpts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* existierte, dass das *Landeskonzpt* aber einen dezidiert initiiierenden und koordinierenden Effekt für staatliches Handeln auf der bezirklichen Ebene hatte und hat. Am deutlichsten zeigt sich dies mit Blick auf Grundlagenarbeit der Antisemitismusbekämpfung: so haben der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das Landeskonzpt

in einem Bezirksamtsbeschluss unmittelbar auf Bezirksebene implementiert und die Bezirksverordnetenversammlung eine eigene „Bezirkliche Strategie gegen Antisemitismus“ (2019) beschlossen, zu der auch gehört, einen eigenen bezirklichen Antisemitismusbeauftragten zu benennen und ein bezirkliches Bündnis gegen Antisemitismus mit Akteur*innen der Bezirke, der jüdischen Community und der Antisemitismusprävention zu etablieren. Neben Friedrichshain-Kreuzberg hat ein solches Bündnis auch bereits der Bezirk Tempelhof-Schöneberg initiiert, der Bezirk Mitte plant dieses. Sämtliche Berliner Bezirke haben in ihrem Zuständigkeitsbereich das Themenfeld Antisemitismus konkreten Abteilungen zugewiesen, teilweise ist auch die Einrichtung der Stelle eines*r bezirklichen Antisemitismusbeauftragten bereits umgesetzt (Lichtenberg, Pankow), eigenständige bezirkliche Berichte über die Antisemitismusedwicklung und Antisemitismusprävention sind bei mehreren Bezirken in Planung, wobei man berücksichtigen muss, dass es mit den bezirklichen Partnerschaften für Demokratie (PfD; gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und unterstützt durch das Landesdemokratiezentrum Berlin bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung/SenJustVA) und den bezirklichen Registerstellen, die Diskriminierung und Gewalt dokumentieren und erfassen, bereits etablierte Strukturen in Berlin gibt, die die Entwicklung von Antisemitismus auch dokumentieren und mit den landesweit agierenden Akteuren RIAS und OFEK zusammenarbeiten.

Am umfangreichsten entwickelt und auch in seiner zeitlichen Folge weit vor dem *Berliner Landeskonzzept* begonnen ist das Themenfeld der historischen Bildungsarbeit und des Gedenkens auf bezirklicher Ebene: Alle Bezirke halten historische Gedenkveranstaltungen ab, etwa anlässlich des 27. Januar, des 08. Mai oder des 09. November, wobei hervorzuheben ist, dass der 08. Mai im Jahr 2020 einmalig gesetzlicher Feiertag im Land Berlin war; es finden umfangreiche Gedenkstättenbesuche und Bildungsveranstaltungen im Bereich der Erinnerung an den Nationalsozialismus und die Shoah statt, historische Gedenkorte in bezirklicher Verantwortung werden unterstützt bzw. unterhalten, beispielsweise die Dauerausstellung in den Räumen der Janusz-Korczak-Bibliothek zum Jüdischen Waisenhaus in Pankow, der Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße in Tempelhof-Schöneberg, der historischen Gedenkorte Eichborndamm und Krumpuh-

ler Weg in Reinickendorf oder auch als digitales Angebot eine Geodatenbank „Karte der Gedenkorte“ in Treptow-Köpenick. Orte der NS-Verfolgung werden in Berlin in umfangreichem Maße durch Erinnerungstafeln sichtbar gemacht, es gibt zudem mehr als 8.400 Stolpersteine in der gesamten Stadt, die Pflege dieser wird oft in bezirklicher Verantwortung übernommen, auch durch Kooperationen mit Schulen, im Pankower Stadtteil Weißensee, in dem auch der größte erhaltene jüdische Friedhof Europas gelegen ist, wurden die Hintergründe des Stolperstein-Projekts, das auf den Künstler Gunter Demnig zurückgeht, im Rahmen einer Ausstellung dargestellt.

Ebenfalls in bezirkliche Verantwortung im Kontext historischer Erinnerungsarbeit fällt die Umbenennung antisemitischer Straßennamen bzw. die proaktive Benennung von Straßen oder Plätzen nach lokal bedeutsamen jüdischen Persönlichkeiten, bundesweit bekannt ist Berlin hier vor allem wegen der wiederkehrenden Debatten um die Treitschkestraße oder die Pacelliallee, deren Umbenennung immer wieder gefordert wird. Weniger bekannt sind erfolgte Umbenennungen, wie beispielsweise des ehemaligen Versammlungsortes für neonazistische Rudolf-Heß-Demonstrationen (vor dem Kriegsverbrechergefängnis) in „Platz der Weißen Rose“ in Spandau, in Friedrichshain-Kreuzberg die Benennung der Edith-Kiss-Straße oder die Umbenennung des Mäckerwegs in Maria Rimkus Weg sowie die Benennung eines Platzes nach Hans Söhnker in Steglitz-Zehlendorf. Da die Umbenennung von Straßennamen in die Verantwortung der Bezirksverordnetenversammlungen fällt und hier – nach einmal erfolgter Benennung – die Hürden lange Zeit hoch waren, hat der Berliner Senat mit der Änderung der Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) die Rahmenbedingungen geschaffen, um auch Straßen, die nach Antisemit*innen benannt sind, leichter umbenennen zu können.

Der thematische Bereich Bildung und Jugend tangiert primär den außerschulischen Bereich, da die Verantwortung für das Feld Schule auf Senatsebene liegt und insofern auf bezirklicher Ebene eher der Komplex einer Bedarfsermittlung konkreter Problemfelder im schulnahen Umfeld adressiert wird (vgl. Salzborn/Kurth 2021: 34f.), wobei hier vor allem die Implementierung von antisemitismuskritischer Bildungsarbeit in der (Jugend-)Bildung im bezirklichen Fokus steht, die in meh-

rerer Berliner Bezirken in Zusammenarbeit mit dem bereits erwähnten Projekt ju:an durch Schulung von Multiplikator/innen erfolgt, zudem auch als Thematisierung von Antisemitismus in Sozialsraum-AGs bzw. Bildungsnetzwerken auf der Ebene der bezirklichen Jugendämter. Die bereits auf Senatsebene angesprochene Arbeit der zwölf Berliner Volkshochschulen im Bereich der Breitenbildung umfasst praktisch ein weitreichendes Bildungsangebot sowohl zu Antisemitismus, wie auch zu jüdischer Religion, Kultur und Geschichte, zu israelischer Landeskunde und hebräischer Sprache, beispielsweise aber auch Ausstellungen wie „L'Chaim - Auf das Leben!“ der VHS Marzahn-Hellersdorf, Stadtrundgänge durch Kieze mit jüdischer Geschichte und Gegenwart wie bei der VHS Pankow oder Führungen auf jüdischen Friedhöfen der VHS Mitte. Mit Fokus auf internationale Bildungs- und Austausch Aspekte sind überdies die umfangreichen Städtepartnerschaftsprojekte der Berliner Bezirke mit israelischen Städten zu nennen, acht der zwölf Bezirke unterhalten solche Partnerschaften, ein Bezirk sogar mit zwei israelischen Städten (Spandau mit Ashdod, Reinickendorf mit Kyriat Ata, Charlottenburg-Wilmersdorf mit Karmi'el und mit Or-Yehuda, Steglitz-Zehlendorf mit Sderot, Pankow mit Ashkelon, Mitte mit Holon, Tempelhof-Schöneberg mit Nahariya, Neukölln mit Bat-Yam).

Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur wird von den Bezirken neben der Zusammenarbeit mit Jüdischer Gemeinde und den Synagogengemeinden oft im Kontext mit Jüdischen Feiertagen praktiziert, etwa durch das Aufstellen von Chanukkia am Pariser Platz (am Brandenburger Tor) in Mitte oder am Bayerischen Platz in Tempelhof-Schöneberg zu Chanukka, gemeinsame Feiern von Chanukka oder Sukkot mit begleitenden Aktivitäten der Stadtteilgesellschaften, wie sie in Treptow-Köpenick intensiv mit dem Projekt „TKVA - Treptow-Köpenick für Vielfalt gegen Antisemitismus“ verfolgt wird, die Entwicklung eines Audiorundgangs „Jüdische Geschichte(n) in Prenzlauer Berg“ in Pankow, die gemeinsame Begehung des „Mitzvah Days“ in Marzahn-Hellersdorf von Bezirkspolitik und Jüdischer Gemeinde oder auch temporäre Projekte wie in Spandau, bei der der Bezirk das jüdische Theaterschiff MS Goldberg bei der Suche nach einem Dauerliegeplatz unterstützt.

Als Querschnittsaufgabe tangiert das Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“ auf bezirklicher Ebene zahlreiche Themenbereiche, die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die PfdDs und die bezirklichen Registerstellen wurden bereits erwähnt, seit der Explorativstudie des American Jewish Committee zum Thema „Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah“ (vgl. Jikeli 2017) in Berliner Unterkünften für Geflüchtete zeigt sich aber auch dieses Thema als wichtiges Handlungsfeld in doppelter Hinsicht: als Schutz der Geflüchteten vor antisemitischer Diskriminierung wie als Wachsamkeit gegenüber antisemitischer Diskriminierung durch Geflüchtete, das unter anderem Pankow mit interkulturellen Erinnerungsprojekten für Geflüchtete, die deutsch- und arabischsprachig angeboten werden, und Workshops zu Antisemitismus des Integrationsbeirates ausdrücklich thematisiert.

2.3. Resümee

Da Antisemitismusbekämpfung als systematisches Staats- und Verwaltungshandeln noch ein extrem junges Politikfeld ist und Berlin das erste Bundesland, das ein systematisches Verwaltungskonzept entwickelt hat, ist vergleichende Darstellung zwar extrem wünschenswert, aber faktisch mangels realer Vergleichsmöglichkeiten noch nicht möglich, so dass Effizienz- und Steuerungsfragen an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden können. Gleichwohl lässt sich die potenzielle Bandbreite staatlichen Handelns gegen Antisemitismus am Berliner Modell auf unterschiedlichen innenpolitischen Handlungsfeldern (im Sinne eines traditionellen Innenpolitikbegriffs, der an dieser Stelle vor allem darauf abhebt, dass es um innerstaatliches Handeln in vielfältigen Ressorts und Politikfeldern geht) zeigen, wie auch die integrative Vernetzung von staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln als potenzielle Bedingung für eine erfolgreiche Antisemitismusprävention die Mehrebenenperspektive zumindest andeutet. Die Verzahnung von Landes- und Bezirksebene ist dabei fraglos eine Spezifik des Berliner Modells, für einen späteren Vergleich mit anderen Ländern könnte hierin bereits der Hinweis angedeutet sein, dass in Flächenländern eine reine Top-Down-Policy, die die Ebene der Stadt-Land-Differenzierung nicht reflektiert, Verwaltungshandeln gegen Antisemitismus massiv konterkarieren könnte.

Eine Schlüsselfrage für die weitere Entwicklung des Politikfeldes „Antisemitismus“ bleibt überdies ein Spannungsverhältnis: Die reale Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland zeigt unmissverständlich, dass es der Antisemitismusbeauftragten als Institutionen bedarf, um das Themenfeld dauerhaft als strukturelle Herausforderung der bundesdeutschen Politik zu erfassen – und nicht nur anlassbezogen (bei antisemitischen Vorfällen) kurzfristig und damit tendenziell effizienzlos zu reagieren:

„In den vergangenen zwei Jahren hat sich in der Antisemitismusprävention in Deutschland, auch durch die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten, viel bewegt: So wurde die zivilgesellschaftliche Erfassung antisemitischer Vorfälle vorangebracht, es wurden Beratungsstrukturen geschaffen, Expert*innengremien einberufen, Berichte verfasst und eine Bund-Länder-Konferenz eingerichtet, die die Prävention von Antisemitismus als dauerhaftes Thema im Regierungshandeln von Bund und Ländern vorantreibt und am Leben hält.“
(Korgel 2020: 149)

Lorenz Korgel betont dabei sehr deutlich, dass eine markante Funktion darin besteht, „Antisemitismus in allen seinen Formen zu benennen und zu seiner Ächtung beizutragen“ (ebd.), was eine dezidiert öffentliche bzw. mediale Aufgabe ist, die zugleich aber auch intern in Verwaltungsstrukturen hineinwirkt und damit Veränderungen auf der Ebene von Politik, Verwaltung und Recht anstoßen oder unterstützen kann.

Die Kehrseite dessen besteht aber auch darin, dass der Prozess der kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Deutschland mittlerweile – endlich – ein Prozess ist, der als politische Herausforderung begriffen wird. Zugleich ist aber die gesellschaftliche Abwehr gegen das Thema nach wie vor massiv und auch das Gewaltpotenzial im Antisemitismus wird immer größer: „[...] auf Dauer werden die Mahnungen von Antisemitismusbeauftragten nicht ausreichen, es braucht vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Haltung, die Antisemitismus in allen Formen ächtet und solidarisch an der Seite der jüdischen Community steht.“ (ebd.: 153) Hierzu gehört auch, dass antisemitische Vorfälle – von der Einzeltat bis hin zu öffentlichkeitswirksamen Großereignissen (al-Quds-Demonstrationen, BDS-Aktionen, Coronaleugner*innen-Versammlungen usw.) –

auch in ihrer Struktur begriffen werden: als Artikulation von Antisemitismus, der sich Vorwände und Anlässe als Gelegenheitsstrukturen sucht, um Antisemitismus in Wort und Tat auszuagieren, wobei jeder antisemitischen Tat ein antisemitisches Weltbild zugrundeliegt, ohne das es keine dieser Taten geben würde.

2.4. Zitierte Literatur

Adorno, Theodor W. (1951). *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. In: *Gesammelte Schriften* Bd. 4, Frankfurt: Suhrkamp 1997.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2020). *Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus Deutschland*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2021). *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Kommission.

Fischer, Ruth, Harig, Jan, Holler, Malte & Zwillig, Catarina (2020): *Mehrfachnennungen möglich. Umfragen zu jugendlichen, pädagogischen und jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus und Bildungsarbeit*. Berlin: Bildung in Widerspruch.

FRA/European Union Agency for Fundamental Rights (2020). *Antisemitism. Overview of antisemitic incidents recorded in the European Union 2009-2019*. Wien: FRA.

Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen (2008). *Antrag „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“*. BT-Drs. 16/10775 (neu) v. 04.11.2008.

Ionescu, Dana (2020). *BDS-Bewegung / Antisemitische Boykottkampagnen gegen Israel*. Berlin: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/ansprechpartner-fuer-antisemitismus/dossier_ionescu.pdf

Jikeli, Günther (2017). *Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah*. Berlin: American Jewish Committee.

Kienzl, Gabriele (2018). *Orte der Erinnerung - Denkmal für die zerstörte Synagoge Lindenstraße und Jüdisches Museum*. Berlin: Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Korgel, Lorenz (2020). Einmischen im staatlichen Auftrag. Seit zwei Jahren gibt es in Bund und Ländern erste Antisemitismusbeauftragte. Zeit für erste (selbst-)kritische Beobachtungen. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 2, 149-153.

Pickel, Gert, Reimer-Gordinskaya, Katrin & Decker, Oliver (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität - Fragmentierte Demokratie*. Magdeburg/Leipzig: FH Magdeburg-Stendal/Universität Leipzig.

Poensgen, Daniel & Steinitz, Benjamin (2019). Alltagsprägende Erfahrung. In Samuel Salzborn (Hrsg.). *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen* (S. 13-28). Baden-Baden: Nomos.

Polizei Berlin & Generalstaatsanwaltschaft Berlin (2021). *Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin*. Berlin: Polizei & Generalstaatsanwaltschaft.

Postone, Moishe (1982). Die Logik des Antisemitismus. *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, 1, 13-25.

Reimer-Gordinskaya, Katrin & Tzschiesche, Selana (2020). *Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen. Forschungsbericht zum ersten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor*. Magdeburg/Leipzig: FH Magdeburg-Stendal/Universität Leipzig.

Rensmann, Lars & Schoeps, Julius H. (eds.) (2011). *Politics and Resentment. Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union*. Leiden/Boston: Brill.

Salzborn, Samuel & Kurth, Alexandra (2021). Antisemitismus in der Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven. In Samuel Salzborn (Hrsg.). *Schule und Antisemitismus. Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten* (2. Aufl.) (S. 9-49). Weinheim: Beltz Juventa.

Salzborn, Samuel (2010). *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*. Frankfurt/New York: Campus.

Salzborn, Samuel (2020). *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne* (2. Aufl.). Mit einem Vorwort von Josef Schuster. Weinheim: Beltz Juventa.

Salzborn, Samuel (2021). Antisemitismus zwischen Tat und Straftat. Zur Dunkelfelderhellung am Beispiel des Berliner Modells der Antisemitismusbekämpfung. *Recht und Politik*, 57:2, 221-227.

Sartre, Jean-Paul (1945). Portrait de l'antisémite. *Les Temps modernes*, 1, 442-470.

Sassmannshausen, Felix (2021). *Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen in Berlin*. Berlin: SenJustVA.

Schwarz-Friesel, Monika & Reinharz, Jehuda (2013). *Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert*. Berlin/New York: de Gruyter.

Senat von Berlin (2019). *Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention*. Berlin: Senat.

SenBJF/Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hrsg.) (2020). *Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule. Alltag von Jüdinnen und Juden in Berlin, Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen, Thematisierung des Holocaust*. Berlin: SenBJF.

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2011). *Bericht: Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze*. BT-Drs. 17/7700 v. 10.11.2001.

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017). *Bericht*. BT-Drs. 18/11970 v. 07.04.2017.

Vanoni, Claudia (2021). *Bericht der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin. Berichtszeitraum: 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020*. Berlin: GStA.

VDK (Verein für Demokratische Kultur in Berlin) & RIAS Berlin (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin) (2021). *Antisemitische Vorfälle in Berlin 2020*. Berlin: VDK & RIAS.

Zentralrat der Juden in Deutschland/Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten/Kultusministerkonferenz (2021). *Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in*

Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule. Berlin: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

3. Das *Berliner Landeskonzzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention*: Umsetzung der Ziele in den fünf Handlungsfeldern

3.1. Die Arbeit des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus

Das *Berliner Landeskonzzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* hat dem Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus ausdrücklich konkrete Aufgaben übertragen, über deren Umsetzung jenseits der Umsetzung der Ziele in den fünf Handlungsfeldern berichtet wird.

Bezogen auf die Etablierung struktureller Elemente im Kontext des *Landeskonzeppts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* wurde ein Expert*innenkreis aus Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft etabliert, dem Dalia Grinfeld (ADL), Dr. Elke Gryglewski bzw. Deborah Hartmann (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz), Sigmound Königberg (Jüdische Gemeinde zu Berlin), Aycan Demirel (IBIM), Dr. Remko Leemhuis (AJC), Prof. Dr. Barbara Schäuble (ASH), Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung), Benjamin Steinitz (RIAS Berlin), Patrick Siegele (Anne Frank Zentrum), Dr. Christian Staffa (Evangelische Akademie zu Berlin), Lala Süsskind (JBDA) und Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum ZWST) angehören. Der Expert*innenkreis hat sich in seinen Sitzungen u.a. mit dem LADG und den Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung) befasst und hierfür konkrete Anregungen mit Blick auf das Themenfeld Antisemitismus an das Abgeordnetenhaus bzw. den Senat adressiert. Darüber hinaus waren das BerlHG, das FeiertG, die Arbeit der LADG-Ombudsstelle, der Berlin-Monitor, das Themenfeld Schule sowie das Themenfeld Internet Gegenstand der Beratung des Expert*innenkreises, der zu einzelnen Sitzungen Gastreferent*innen eingeladen hat.

Zudem wurden gemäß *Landeskonzzept* sowohl auf Senats- wie auf Bezirksebene Koordinierungs- und Abstimmungsrunden etabliert, in denen die Maßnahmen abgestimmt und der fachliche Aus-

tausch gefestigt wurde, die Einrichtung der ressortübergreifenden Verwaltungs-AG auf Senats-ebene erfolgte im November 2019, die der bezirklichen AG im September 2020. Neben den Sitzungen beider Gremien erfolgte auch kontinuierlich sowie anlassbezogen ein intensiver Austausch mit den für das Themenfeld relevanten Senatsverwaltungen und darüber hinaus dem Antisemitismusbeauftragten der Berliner Polizei sowie dem LKA und der Antisemitismusbeauftragten der Berliner Generalstaatsanwaltschaft sowie der Staatsanwaltschaft. Auf Senatsebene wurde zudem im August 2021 ein Fachtag Antisemitismus für die Berliner Verwaltung in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt, der auf einer engen Abstimmung zwischen SenJustVA, SenInnDS und SenBJF zurückging und sowohl an die Arbeits- wie die Leitungsebenen von Senat und Bezirken adressiert war. Aus dem Format soll eine strukturelle Implementierung von verwaltungsinternen Fortbildungen zum Thema Antisemitismus in das Angebot der VAK erfolgen, die in 2022 beginnen wird. Mit den Bezirken erfolgte vor allem ein enger Austausch anlass- und vorfallsbezogen, aber darüber hinaus auch mit den für das Thema Antisemitismus zuständigen Kolleg*innen in den Bezirksverwaltungen, der bezirklichen Runde der Integrationsbeauftragten sowie mit einzelnen bezirklichen Runden gegen Antisemitismus. Die Etablierung der bezirklichen Bündnisse gegen Antisemitismus in Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg erfolgte unter Beteiligung des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus.

Darüber hinaus arbeitet der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus regelmäßig im Runden Tisch gegen antisemitischer Gewalt (RTaG) der SenInnDS, im Beirat zu einer Dunkelfelderhellungskampagne von SenInnDS, im Beirat von Solidarisch gegen Hass und im Beirat verschiedener Studien des Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und des American Jewish Committee (AJC) mit. Der Austausch mit der AG Vielfalt (SenIAS), dem Netzwerk Vielfalt und Chancengleichheit (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung LADS, SenJustVA), dem Landesdemokratiezentrum (LDZ) und dem Berliner Beratungsnetzwerk der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) findet überdies statt, der Kontakt und Austausch mit jüdischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Antisemitismus in Berlin erfolgte vielfältig und vertrauensvoll, so u.a. mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Centrum Judaicum,

dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), OFEK Berlin, der Amadeu Antonio Stiftung, der Wertelinitiative e.V., der Jüdischen Studierendenunion (JSUD), dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), dem Jüdischen Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus (JBDA), dem jüdischen Sportverein Makkabi, dem Freundeskreis Yad Vashem e.V., dem Jungen Forum der DIG Berlin, dem Anne Frank Zentrum und der Hebrew University Jerusalem. Kennenlernbesuche fanden überdies mit der Botschaft des Staates Israel und der Französischen Botschaft statt.

Aus der Tätigkeit in der Verweisberatung bei Problemen mit Antisemitismus haben sich eine Vielzahl von konkreten Handlungen ergeben, neben der Zusammenarbeit mit Fach- und Beratungsstellen zu Antisemitismus in konkreten Fragen. Besonders hervorzuheben von den zahlreichen Kooperationen ist hierbei der Austausch mit der Landeskonzferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (LKR), aber auch mit einzelnen Präsidien (Universität der Künste, Humboldt-Universität zu Berlin, Freie Universität Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Katholische Hochschule Sozialwesen Berlin, Touro College Berlin), die enge Kooperation mit dem Fußballbundesligisten Hertha BSC Berlin im Rahmen der Unterzeichnung der IHRA-Arbeitsdefinition durch den Verein, den Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz im Rahmen einer Beratung bei der Aufstellung von Gedenkstelen, der Gedenkstätte Hohenschönhausen im Rahmen einer Überarbeitung von dortigen Ausstellungstafeln, oder die Kooperation mit der Denkmalschutzbehörde von Friedrichshain-Kreuzberg und mit dem Eigentümer eines Mauerteils der East Side Gallery, auf der sich das Gemälde „Vaterland“ befindet – das seit Jahren immer wieder antisemitisch beschmiert wird und nun gereinigt wurde und künftig fortlaufend gereinigt werden soll. Über einen längeren Zeitraum hat sich auch eine enge Zusammenarbeit mit Berlin Partner bei der Vorbereitung und Umsetzung einer Charta von Berliner Unternehmen gegen Antisemitismus ergeben (Kampagne: „Berlin gegen Antisemitismus“), an der unter anderem Microsoft, die BVG, Alstom, Pfizer, die Bayer AG, Axel Springer, Vattenfall, die Industrie- und Handelskammer Berlin sowie mehrere Hochschulen beteiligt waren und sind. Der Ansprechpartner des

Landes Berlin zu Antisemitismus hat überdies im Rahmen von Amtshilfe fachgutachterliche Stellungnahmen für den Verfassungsausschuss des Thüringer Landtages und für den Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Hannover erstellt.

Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erfolgten u.a. Interviews und Wortlautinterviews (teilweise mehrfach) mit folgenden Medien: Jüdische Allgemeine, Jüdisches Berlin, Rundfunk Berlin-Brandenburg, Radio eins, Berliner Morgenpost, epd, Der Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Tagesschau, Tagesthemen, Siegessäule, belltower.news, ZDF, Saarländischer Rundfunk, Report München, Monitor, Hessischer Rundfunk, Siegessäule, Süddeutsche Zeitung, Der Spiegel, Westdeutscher Rundfunk, taz.die tageszeitung, detektor.fm, Die Zeit, B.Z., Bild, Norddeutscher Rundfunk, Neues Deutschland, Panorama, Deutsche Welle, Jungle World, Bayerischer Rundfunk, Welt, zudem Videointerviews/Podcasts u.a. mit House of One, Amadeu Antonio Stiftung, Wertelinitiative e.V., Solidarisch gegen Hass, #2021JLID und dem Freundeskreis Yad Vashem e.V. sowie Gastbeiträge in taz.die tageszeitung und Süddeutscher Zeitung. Wissenschaftliche Aufsätze wurden u.a. veröffentlicht in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Politik und Recht, dms. der moderne staat, Einsichten + Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, POLIS. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Jahrbuch Politisches Denken, Jahrbuch Öffentliche Sicherheit, Antisemitism Studies sowie in verschiedenen Sammelbänden.

Einzelvorträge, Beteiligung an Podien und Grußworte fanden u.a. statt bei Veranstaltungen der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, dem Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk, der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK), der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, SABRA Düsseldorf, der Deutschen Richterakademie Trier, der Staatsanwaltschaft Berlin, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin, der Amadeu Antonio Stiftung, dem Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST), dem Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz (KMK), der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, der NS-Dokumentationsstelle Krefeld

in der Villa Merländer, der Justizakademie des Landes Brandenburg, der ECCAR Working Group on Antisemitism, dem Berliner Beratungsnetzwerk der Landesstelle für Gleichberechtigung – gegen Diskriminierung sowie bei verschiedenen Kundgebungen gegen Antisemitismus in Berlin.

Die Vernetzung mit dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, sowie den Amtskolleg*innen in den Ländern erfolgt über die Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK). Das Land Berlin und damit der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus hatte vom 01. Oktober 2020 bis 30. September 2021 den Co-Vorsitz – gemeinsam mit Dr. Klein – der BLK inne. Zudem fiel in diese Amtsperiode die Tätigkeit als Vorsitzender einer internen BLK-Arbeitsgemeinschaft zu antiisraelischem Antisemitismus, in deren Rahmen ein wissenschaftliches Dossier zu antiisraelischem Antisemitismus erstellt und eine Handlungsempfehlung für die BLK erarbeitet wurde, die die BLK in einem gemeinsamen Beschluss im Frühjahr 2021 angenommen hat. Das Dossier wurde von Dr. Dana Ionescu erstellt und trägt den Titel „BDS-Bewegung / Antisemitische Boykottkampagnen gegen Israel“ (vgl. Ionescu 2020).

Am 10. Juni 2021 haben der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und die Kultusministerkonferenz im Rahmen der 374. Kultusministerkonferenz eine *Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule* (vgl. Zentralrat der Juden u.a. 2021) vorgelegt und der Öffentlichkeit vorgestellt, was einen wesentlichen Meilenstein für den Kampf gegen Antisemitismus im schulischen Kontext darstellt.

Neben den regelmäßigen, pandemiebedingt virtuell durchgeführten Treffen der Antisemitismusbeauftragten der Länder, die der Bund und das Land Berlin in enger Abstimmung durchgeführt und mit der Einladung zahlreicher Gastreferent*innen zu unterschiedlichen Themen verbunden haben, fand 2021 auch die Veranstaltung „30 Jahre jüdische Zuwanderung: Erfolge und Herausforderungen“ als eigenständiger Beitrag der BLK zum Jubiläumsjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in der Landesvertretung NRW in Berlin statt, bei der die Hauptrede von

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble gehalten wurde und der Ansprechpartner des Landes Berlin ein Grußwort gehalten hat. Mit mehreren Amtskolleg*innen der Länder gab es anlassbezogen neben der BLK auch fachbezogenen Austausch, u.a. auch über Erfahrungen aus der Etablierung und Umsetzung des *Berliner Landeskonzepts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention*.

Zu den dezidiert formulierten Aufgaben des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus gehört auch die „Zusammenführung und Auswertung der Daten und Ergebnisse aus den verschiedenen Erfassungsquellen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Schule, RIAS usw.) zu Antisemitismus in Berlin“. Der Ansprechpartner hat hierzu bei der Pressekonferenz von RIAS Berlin im Frühjahr 2021, bei der deren Daten vorgestellt wurden, aktiv teilgenommen und steht in engem und kontinuierlichen Austausch mit dem Antisemitismusbeauftragten der Berliner Polizei und der Antisemitismusbeauftragten bei der Berliner Generalstaatsanwaltschaft. Die Erkenntnisse, die sich aus den unterschiedlichen Erfassungssystemen – Zivilgesellschaft, Polizei, Staatsanwaltschaft – zu antisemitischen Taten und Straftaten ergeben, hat der Ansprechpartner in der 72. Sitzung des Rechtsausschusses des Abgeordnetenhauses am 05. Mai 2021 vorgestellt und darüber hinaus eine wissenschaftliche Auswertung und Bewertung dieser Erkenntnisse in einem Fachaufsatz unter dem Titel „Antisemitismus zwischen Tat und Straftat. Zur Dunkelfelderhellung am Beispiel des Berliner Modells der Antisemitismusbekämpfung“ in der Zeitschrift „Recht und Politik“ (H. 2/2021) vorgelegt.

Im Rahmen der Tätigkeit in der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) der SenJustVA ist der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus für die fachliche Betreuung von jährlich rund 15–20 Projekten im Bereich der Antisemitismusprävention im Bereich „Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ des Berliner Landesprogrammes „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ verantwortlich. Das Fördervolumen der Projekte im Bereich Antisemitismusprävention, die in den Zuständigkeitsbereich der LADS fallen, betrug im Jahr 2021 rund 1,8 Millionen Euro.

Als zentrale Erfolge der Tätigkeit des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus sind überdies die gesetzlichen Änderungen mit Blick auf Antisemitismus zu werten: das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG, 2020) ist das bundesweit erste Gesetz auf Landesebene, das auf einfachgesetzlicher Ebene „antisemitische Zuschreibungen“ zum Gegenstand juristischer Diskriminierungsverbote (LADG § 2) gemacht hat. Und mit dem Gesetz über die Erwachsenenbildung im Land Berlin (EBiG, 2021), dem Gesetz zur Neuregelung der Partizipation im Land Berlin (Part-MigG, 2021) und dem Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft (Änderung des BerlHG, 2021) folgten drei weitere Gesetze, die sich ausdrücklich gegen „antisemitische Zuschreibung“ bzw. gegen Antisemitismus wenden. Damit ist das Land Berlin das erste deutsche Bundesland, das auf einfachgesetzlicher Ebene an mehreren Stellen die Verhinderung von antisemitischer Diskriminierung ausdrücklich zur rechtlichen und damit staatlichen Aufgabe gemacht hat.

3.2. Die fünf Handlungsfelder des *Landeskonzpts*

Die nachfolgenden Angaben zu den Maßnahmen und Umsetzungen in den fünf Handlungsfeldern des *Landeskonzpts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* orientieren sich an den im Landeskonzpt formulierten Titelvorgaben und basieren auf den Angaben der jeweils zuständigen Senatsverwaltungen.

3.2.1. Handlungsfeld „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Erwachsenenbildung“

Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zur Antisemitismus-Prävention in der frühkindlichen Bildung

Ziel 1: Einrichtungen der Kindertagesförderung bereiten Kinder adäquat auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vor, die für ihr Bestehen die aktive, verantwortungsbewusste Teilhabe ihrer Mitglieder im Geiste der Toleranz, der Verständigung und des Friedens benötigt und in der alle Menschen gleichberechtigt sind (vgl. KitaFöG Berlin, § 1.).

Das Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kinder (BBP, 2014) ist die verpflichtende pädagogische Grundlage für alle mit öffentlichen Geldern geförderte Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Kitas und Kindertagespflege in Berlin repräsentieren die Vielfalt unserer Gesellschaft. Familien und Kinder sind unterschiedlich von Abgrenzungen und Ausgrenzungen betroffen. Kinder sind aufmerksam für bewertende Botschaften. Es bedarf einer pädagogischen Praxis, die sich an den Prinzipien der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung orientieren. In Kindertageseinrichtungen sollen kritisches Denken über Einseitigkeiten und Ungerechtigkeit angeregt werden. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Solidarität stärkt. Alle Kinder sollen Zugehörigkeit erfahren und zur Beteiligung eingeladen sein. Alle haben die gleichen Regeln und Möglichkeiten; das schafft Voraussetzungen für ein kindgemäßes Erleben von Demokratie.

Acht Berliner Kitas bieten seit 2011 zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen zum BBP einen fachorientierten Erfahrungsaustausch an. Das Thema Beteiligung und Demokratiebildung ist dabei ein wichtiges Querschnittsthema, das alle Konsultationskitas in ihrem Konsultationsangebot bei Bedarf anbieten. Eine der acht Konsultationskitas hat den Schwerpunkt „Vielfalt und Inklusion – Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“.

Die Beratungsstelle „KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen“, kofinanziert vom Land, bietet Einzelfallberatung für von Diskriminierung betroffenen Kindern, Beratung von Eltern sowie Beratungen von Einrichtungen an und richtet sich an die Altersgruppe Kinder bis 12 Jahre.

Ziel 2: Die Analyse- und Handlungskompetenzen frühpädagogischer Fachkräfte in Bezug auf Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit werden gestärkt.

Der Berliner Rahmenlehrplan für die Fachschule für Sozialpädagogik legt fest, den Einfluss von kulturell und religiös bedingten, lebensweltlichen, sozialen und institutionellen Normen und Regeln auf das Verhalten und Erleben von Kindern und Jugendlichen exemplarisch bewusst zu machen, zu analysieren und in die pädagogische Arbeit mit einzubeziehen. In diesem Zusammenhang kann die Lehrkraft Antisemitismus in den Mittelpunkt des Unterrichts rücken und mit einer Lernsituation einen Anlass zur Auseinandersetzung mit dieser Thematik schaffen. Konkrete methodisch-didaktische Vorgaben dazu macht der Rahmenplan für die Fachschule für Sozialpädagogik jedoch nicht. Die Umsetzung der Inhalte und deren Schwerpunktsetzung obliegt den Lehrkräften unter Berücksichtigung u.a. der gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. aktuellen Erfordernissen.

Die Fort- und Weiterbildung für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg wird durch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) bereitgestellt, von denen themenbezogen insbesondere zu nennen sind: „Antisemitismusprävention in der Jugendhilfe – aber wie? Praxis, Theorie, Anregungen und

Methoden“, „Vorurteile und Diskriminierungen in der Kita – Handlungsalternativen stärken“ sowie „Argumentieren gegen Vorurteile und Parolen – weil Rassismus vor der Kita nicht Halt macht“.

Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zur Antisemitismus-Prävention in der Jugendarbeit

Ziel 1: Demokratiebildung und die Prävention von Antisemitismus sollen zukünftig noch stärker in der außerschulischen Jugendarbeit verankert werden.

Die Stärkung von Demokratiebildung und Partizipation durch das Jugendfördergesetz erfolgt fortlaufend.

Ziel 2: Stärkung der Medienkompetenz sowie der Analyse- und Handlungsfähigkeit junger Menschen und pädagogischer Fachkräfte insbesondere in Bezug auf antisemitische Tendenzen und Erscheinungsformen in der digitalen Kommunikation.

Vom Land gefördert werden in diesem Bereich u.a. die Projekte „Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz“ der Amadeu Antonio Stiftung und „Online gegen Antisemitismus“ von Bildung in Widerspruch e.V.

Ziel 3: Die Analyse- und Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte der Jugendarbeit in Bezug auf Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit werden gestärkt.

Das Land fördert die Projekte „Praxisstelle Jugendarbeit gegen Antisemitismus“ der Amadeu Antonio Stiftung und „ACT – Acceptance, Commitment, Training“ des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST), die Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte der Jugendarbeit mit Blick auf Antisemitismus im spezifischen Bildungskontext weiterbilden und schulen.

Die Angebote der Fortbildung wurden entsprechend der Nachfrage und dem gestiegenen Bedarf weiter ausgebaut. Insbesondere wird der Lehrkräftenachwuchs aller Fächer für die im Schulalltag auftretenden Formen von Antisemitismus im Rahmen der Lehrkräftefortbildung sensibilisiert und zum Handeln befähigt.

Bezüglich der Fortbildungsangebote für Fachkräfte in den Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe finden Angebote des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin Brandenburg (SFBB) wie beispielsweise das Fortbildungsangebot „Antisemitismus – (k)ein Thema der Jugend(sozial)arbeit?!“ statt.

Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zur Antisemitismus-Prävention für den Bereich Schule

Ziel 1: Schulen werden darin unterstützt, Konzepte der Antisemitismus-Präventionsarbeit zu entwickeln.

Seit Januar 2021 haben alle öffentlichen Schulen im Programm „Politische Bildung“ die Möglichkeit, 2.000 Euro zu verwenden für Projekte der Demokratiebildung und Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung sowie der Förderung von Schulentwicklungsprozessen im Sinne der demokratischen, an den Grund- und Menschenrechten orientierten Schule. Unter anderem können auch Projekte im Bereich der Antisemitismusprävention finanziert werden.

Im Rahmen des Projekts „Grundschulen für religiöse und weltanschauliche Vielfalt“ werden die Lehrkräfte und das pädagogische Personal unter anderem über Inhalte wie Religion, Grundrechte, Antisemitismus und Radikalisierung informiert und im Weiteren in die Lage versetzt, ihr erworbenes Wissen im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern anzuwenden. Die Schülerinnen und Schüler sollen damit beim Aufbau von Resilienz gegen fundamentalistische Ideologien unterstützt werden. Methoden, die die Eltern in die Planung und Umsetzung des Vorhabens einbeziehen, sollen erprobt werden.

Ein Dossier zum Umgang mit israelbezogenen Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts wurde erarbeitet und auf dem Bildungsserver online gestellt.

Ziel 2: Die Analyse- und Handlungskompetenz von Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie pädagogischen Fachkräften in Bezug auf Antisemitismus wird gestärkt.

Insbesondere wird der Lehrkräftenachwuchs aller Fächer für die im Schulalltag auftretenden Formen von Antisemitismus im Rahmen der Lehrkräftefortbildung sensibilisiert und zum Handeln befähigt. Themen wie die Sichtbarkeit jüdischen Lebens als Teil unserer Gesellschaft im schulischen Alltag und die Entstehungsgeschichte des Staates Israel sowie seine besondere Bedeutung für Jüdinnen und Juden sind, wie im Landeskonzept postuliert, Gegenstand von Fortbildungen.

Für die regionale Fortbildung werden Schulberaterinnen und Schulberater in einer dreijährigen Qualifizierung für Demokratiebildung & Diversity sowie Prävention gegen Diskriminierung, Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus qualifiziert und bieten seit dem Schuljahr 2018/19 landesweite Fortbildungen zur Demokratiebildung sowie regionale und schulinterne Veranstaltungen an.

Durch SenBJF erhalten spezifische Projekte eine Zuwendung, um geeignete Programme zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Diskriminierung für Schulen anbieten zu können. Hier ist zu nennen das Projekt „meet2respect“, welches verschiedene Workshops und Unterrichtsbesuche von jüdischen, muslimischen und christlichen Religionsvertreter*innen durchführt. Im Projekt „Bildung für Teilhabe und Vielfalt“ des New Israel Fund (NIF) steht die Auseinandersetzung mit Vielfalt im Zentrum. Bei den „Interreligious Peers“ lassen sich junge Juden, Christen, Muslime und Bahá'í zu Interreligious Peers ausbilden, um an Schulen Workshops beispielsweise zu Themen wie „Auseinandersetzung mit Stereotypen“ durchzuführen. Die Ausstellung „Susi, die Enkelin von Haus Nr. 4“ erzählte die

wahre Geschichte eines jüdischen Mädchens aus Berlin-Zehlendorf und ihr Schicksal, sie wird derzeit durch das FEZ überarbeitet und soll in 2021 gezeigt werden.

Zur Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus und zu jüdischem Leben in Berlin werden jährlich rund 10 bis 15 Titeln von Fachpublikationen zum Thema gemäß Abgaberegeln der Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt.

Ein spezifisches Angebot für neu zugewanderte Menschen wurde im Gesamtkonzept Partizipation und Integration Geflüchteter verankert.

Ziel 3: Die Verknüpfung der außerschulischen Angebote historisch-politischer Bildungsarbeit mit der schulischen Bildungsarbeit verbessert das Wissen über den Holocaust und über Antisemitismus.

Seit November 2020 erscheint monatlich der Newsletter „Prävention von Antisemitismus in der Schule“ von SenBJF. Dieser Newsletter soll Interessierte informieren, welche Veranstaltungen, neue pädagogische Materialien, Best Practice-Beispiele etc. es in den Kategorien Jüdisches Leben früher und heute, Antisemitismusprävention und Vermittlung des Holocausts aktuell in Berlin und Umland gibt und die relevanten Themenbereiche weiter ins schulische Leben hineinragen.

Im Schuljahr 2018/19 wurde in mehreren Fachbriefen an die Fachbereichsleitungen für die Fächer Geschichte/Politische Bildung auf Angebote der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit hingewiesen. Insbesondere durch die gemeinsamen Fortbildungsreisen von Berliner Lehrkräfte und pädagogischem Personal an die Internationale Gedenkstätte Yad Vashem (seit 2018 nehmen jedes Jahr 20 Personen an einer 10-tägigen Fortbildung in Israel teil) wurde ein Netzwerk von schulischen und außerschulischen Pädagoginnen und Pädagogen geknüpft, das zu intensiverer Kooperation zwischen Schulen und Gedenkstätten sowie anderen außerschulischen Lernorten führt. Im November 2020

konnte die jährliche Fortbildungsreise nach Israel pandemiebedingt nicht stattfinden. Durch einen gemeinsam mit der International School of Yad Vashem und dem Haus der Wannseekonferenz veranstalteten Onlinefachtag wurde die Kontinuität der Kooperation so gut es ging gewahrt.

Seit 2018 werden jährlich rund 20 Veranstaltungen zu verschiedenen Facetten des Antisemitismus in Formaten wie Tagungen, Fortbildungen, Themenveranstaltungen, Lesungen etc. durchgeführt.

Ziel 4: Konsequente Intervention bei antisemitischen Vorfällen

Der*die Antidiskriminierungsbeauftragte*r für Schulen bei SenBJF hat u.a. die Aufgabe, bei antisemitischen Vorfällen an Berliner Schulen zu intervenieren. Es besteht eine Meldepflicht für antisemitische Vorfälle in Schulen. Die Notfallpläne und Leitlinien bei Diskriminierungen an Schulen, insbesondere bei Rassismus und Antisemitismus sowie Radikalisierung befinden sich in der Überarbeitung.

Ziele und Umsetzungsstrategien für den Bereich Erwachsenenbildung

Ziel 1: Es werden regelmäßig Angebote der historisch-politischen wie der demokratiefördernden Bildungsarbeit bereitgestellt, die über Ausmaß und unterschiedliche Erscheinungsweisen des Antisemitismus in Berlin aufklären und die Reflektion adäquater Handlungsstrategien ermöglichen.

Seit 2020 gibt es Ansätze zur Sensibilisierung zum Abbau von Antisemitismus sowie zur Bewusstseinschaffung für historische Zusammenhänge für diesen Themenkomplex. Ein Beispiel dafür ist das Arbeitsheft zum Thema „Orte der Erinnerung – Denkmal für die zerstörte Synagoge Lindenstraße und Jüdisches Museum Berlin“ als Unterrichtsmaterial für Integrations- und Orientierungskurse aufgelegt, herausgegeben von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung (LpB) mit Unterstützung des Jüdischen Museums Berlin und

den Volkshochschulen Berlin Mitte und Neukölln. Es handelt sich hierbei um erwachsenenpädagogische/deutsch-didaktische Begleitmaterialien für den Besuch von Erinnerungsorten in Berlin, das landesweit eingesetzt wird. Ein Konzept zur Erhöhung der Sichtbarkeit von jüdischem Leben in den VHS-Programmen befindet sich in der fortlaufenden Entwicklung durch die Volkshochschulen. Zudem werden von Volkshochschulen Fortbildungen für VHS-Kursleitende konzipiert und durchgeführt, um VHS-Kursleitende für das Themenkomplex „Antisemitismus“ zu sensibilisieren und sie mit didaktischen Handlungsmöglichkeiten in Kurs-Settings auszustatten.

3.2.2. Handlungsfeld „Justiz und Innere Sicherheit“

Die Berliner Generalstaatsanwaltschaft (GStA) hat im September 2018 eine Antisemitismusbeauftragte ernannt (Claudia Vanoni), die Berliner Polizei hat im August 2019 einen Antisemitismusbeauftragten ernannt (Wolfram Pemp).

Ziel 1: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und der Polizei sind über die aktuellen Bedrohungen durch Antisemitismus informiert und für die Situation von Personen und Einrichtungen, die von antisemitischen Übergriffen betroffen oder bedroht sind, sensibilisiert.

Die Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin haben einen gemeinsamen Leitfadens zu antisemitischen Straftaten entwickelt. Ziel dieses Leitfadens ist es, den Kolleg*innen der Polizei Berlin und der Staatsanwaltschaft eine praxisnahe Handlungsempfehlung bei der Verfolgung von antisemitischen Straftaten zu geben und die vorhandenen Bearbeitungsstandards – auch für einen strukturierten Wissenstransfer – zu beschreiben. Gleichzeitig hilft der Leitfaden, Antisemitismus besser zu erkennen und die Sensibilität für das Thema zu fördern.

In der Justizakademie (JAK) in Königs Wusterhausen findet jährlich die Veranstaltung „Aktuelle Entwicklungen im politischen Extremismus und Terrorismus“ statt, in 2019 und in

2020 mit eigenem Referat zum Thema Antisemitismus. Im Rahmen der Veranstaltung „Politischer Extremismus und Terrorismus“ im September 2020 an der JAK hielt der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus einen Vortrag zum Thema „Antisemitismus im politischen Extremismus“. Im August 2021 fand an der JAK eine Fachtagung zum Thema Antisemitismus statt, die bundesweit die erste Tagung für Justizmitarbeitende war, die sich ausschließlich mit dem Thema Antisemitismus befasst.

Fortbildungen an der Deutschen Richterakademie (DRA) befassen sich in zahlreichen Formaten mit dem Thema (z.B. 5d/2020 „Justiz und Judentum“; 1d/2020 „Das Rosenberg-Projekt und seine Folgerungen daraus“; 5c/2019 und 22d/2020 „Praxisforum Staatsschutzstrafrecht“; 6c/2019 und 6c/2020 „Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“; 23d/2019, 26c/2021 und 28d/2021 „Zwischen Recht und Unrecht - Deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert“; 21b/2019 und 2b/2021 „Rechtsradikalismus und Neonazismus - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen“; 22d/2019, 24c/2020 und 25c/2021 „Die nationalsozialistische Justiz und ihre Aufarbeitung“), Finanzierung über das Fortbildungsbudget des GJPA / Finanzierungsanteil von Berlin an den Kosten der DRA ist jährlich angemeldet.

2019 Fortbildung am Amtsgericht Tiergarten mit dem Titel „Antisemitismus als Herausforderung für die Justiz“; 2021 Online-Fortbildung „Verschwörungstheorien - aktuelle Entwicklungen und Umgang im Justizalltag“; 2021 Symposium im Haus der Wannseekonferenz, bei dem die Zwischenergebnisse des unter der Federführung des GJPA verantworteten Gemeinsamen Forschungsprojekts der Juristischen Fakultäten von Humboldt Universität und Freier Universität zu den NS-Kontinuitäten in der Berliner Verwaltung nach 1945 vorgestellt wurden.

Regelmäßiger Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Antisemitismusprävention und den mit der Verfolgung antisemitischer Straftaten befassten Staatsanwält*innen mit den Zielen: Sensibilisierung der Staatsanwält*in-

nen für die Belange der Betroffenen, Steigerung der Akzeptanz von justiziellen Entscheidungen auf Seiten der jüdischen Gemeinschaft, Identifizierung von Optimierungsmöglichkeiten.

Informationssteuerung/-sammlung durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin als zentrale Ansprechperson: Zu sämtlichen Sachverhalten mit Antisemitismusbezug (u. a. Straftaten, Versammlungen, Veranstaltungen, Schutzmaßnahmen und Aus- und Fortbildungsmaßnahmen) wurde eine Meldeverpflichtung eingerichtet. Sämtliche Informationen werden gesammelt, bewertet und ggf. erforderliche Maßnahmen veranlasst.

Sämtliche Führungskräfte des Höheren Dienstes wurden in den Führungsrunden der Direktionen, Ämter und Serviceeinheiten durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und seinem Vertreter zu dem Thema Antisemitismus sensibilisiert.

Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden der Polizei Berlin zu Antisemitismus als Teil eines Gesamtkonzeptes zur Prävention von Hasskriminalität: Erstellung neuer und Überarbeitung bereits vorhandener Aus- und Fortbildungskonzepte in Abstimmung mit der Polizeiakademie und der Hochschule für Wirtschaft und Recht. Derzeit wird ein zusätzliches Modul Hasskriminalität/Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) konzipiert.

Ziel 2: Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wirken auf eine konsequente Strafverfolgung hin. Die Strafrichterinnen und Strafrichter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten, verfügen über Kenntnisse der unterschiedlichen Anfeindungs- und Diskriminierungsmuster im Bereich Antisemitismus.

Veranstaltungen für Rechtsreferendare zu den Themen deutsche Justizgeschichte/Nationalsozialismus/Antisemitismus/Opferschutz: Pandemiebedingt waren im Bereich der Fortbildungen im Jahr 2020 und 2021 erhebliche Einschränkungen zu verzeichnen. Den-

noch hat das Kammergericht als Ausbildungsbehörde das regelmäßige Veranstaltungsprogramm nach kurzer pandemiebedingter Unterbrechung fortgeführt: Pflichtveranstaltungen jeweils 1 Tag: „Aspekte deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert“; „DDR-Geschichte“; „Anwalts-geschichte“. Zusatzveranstaltungen: „Menschenrechtsbasierter Diskriminierungsschutz und Diversity“. Seminar „Politische Justiz im Nationalsozialismus“. Seminar „Prozessuale Fragen der Nürnberger Prozesse“.

Ländereigene Fortbildung zum Thema „Antisemitismus als Herausforderungen für die Justiz“ im Dezember 2019, an der Staatsanwält*innen, Strafrichter*innen sowie Amtsanwält*innen teilnahmen. Ziel dieser Veranstaltung war es unter anderem, die gegenseitigen Erwartungshaltungen von Betroffenen und Justiz zu beleuchten und die Teilnehmenden auf typische Verständigungsprobleme aufmerksam zu machen.

Eröffnung der aus Landesmitteln finanzierten Ausstellung „L’Chaim – Die Vielfalt jüdischen Lebens entdecken“ der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus in Kooperation mit der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin im März 2020 im Kammergericht Berlin.

Im September 2021 fand eine Fortbildung für die Fachabteilung 231 der Staatsanwaltschaft zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen und aktuellen Entwicklungen von Antisemitismus mit dem Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus statt geplant.

Im August 2019 wurde ein Antisemitismusbeauftragter (und Vertreter) der Polizei Berlin ernannt. Die derzeit als Zuzugaufgabe durch den Landespräventionsbeauftragten wahrgenommene Funktion als Antisemitismusbeauftragter der Polizei Berlin soll gesondert organisatorisch eingerichtet und zur Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (AP AGMF) weiterentwickelt werden. Zur Aufgabenwahrnehmung greift der Antisemitismusbeauftragte bzw. die Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene auf die im LKA vorhandene Expertise (Ansprechpersonen für interkulturelle Aufgaben/LSBTI) bzw. die dortigen Mitarbeitenden

zurück. Dieser Bereich soll aufgrund der aufgewachsenen Aufgabe ebenfalls um zwei Dienstkräfte erweitert werden.

Der intensiven und dauerhaften Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung kommt in der Ausbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein hoher Stellenwert zu und ist im Lehrplan als eigenständiges Leitthema sowie als Seminarangebot fest verankert und wurde zudem 2019/20 um Einführungsveranstaltungen mit dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin ergänzt.

Seit 1984 finden regelmäßige Besuche der Gedenkstätte Sachsenhausen durch die Auszubildenden der Polizeiakademie statt, zudem Exkursionen zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, jährliche Teilnahme an Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Geschehnisse des 09.11.1938 am „Gleis 17“ des Bahnhofs Grunewald, Kooperationsveranstaltungen mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dem Centrum Judaicum, seit 2007 Teilnahme am europaweiten Projekt „Züge in das Leben - Züge in den Tod“ zur Erinnerung an die lebensrettenden Kindertransporte von 1938 bis 1939 nach England.

Das vom Land finanzierte Projekt „REGISHUT - Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei“ des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) wurde als Fortbildungsangebot für die Berliner Polizei eingerichtet. Konkret ist die Entwicklung eines eintägigen Fortbildungsmoduls für Führungskräfte und Mitarbeitenden der Polizei Berlin mit einem besonderen Bezug zum Thema Antisemitismus geplant.

Der VDK e.V. plante zusammen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) eine eintägige Veranstaltung unter dem Titel: „Jüdische Gemeinden schützen - Berliner Strafverfolgungsbehörden für Antisemitismus sensibilisieren“ am 24.11.2020. Die Veranstaltung wurde coronabedingt verschoben. . Ein neuer Termin steht bislang noch

nicht fest. Neben dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin waren ca. 20 Kolleginnen und Kollegen mit besonderem Bezug zum Thema Antisemitismus zu der Veranstaltung angemeldet.

Die Polizei Berlin beteiligt sich mit dem Projekt „Jüdisches Leben und Polizei - Vergangenheit trifft Gegenwart!“ am Gesamtprojekt anlässlich des Jubiläumsjahrs 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland. Mit dem polizeieigenen Projekt soll ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit gesetzt werden. Innerhalb des Projektes wird die Geschichte jüdischen Lebens in Zusammenhang mit der Polizei Berlin aufgearbeitet und eine Brücke zur Gegenwart geschlagen.

Am 1. September 2021 wurde eine von der Polizei Berlin geplante Ausstellung auf dem Gelände der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin-Mitte feierlich eröffnet und kann dann vom 3. September bis zum 29. Oktober im Foyer des Polizeipräsidiums am Platz der Luftbrücke 6 von jedem und jeder Interessierten besucht werden. Nach dem 29. Oktober wird sie in Form einer Wanderausstellung durch verschiedene Dienststellen der Polizei Berlin führen.

Der Maßnahme einer konsequenten Strafverfolgung wird auch durch eine zentralisierte Bearbeitung von Delikten mit antisemitischer Tatmotivation im LKA 535 Rechnung getragen. Im Sinne einer konsequenten und effektiven Strafverfolgung werden Ermittlungsverfahren mit antisemitischem Hintergrund grundsätzlich in der für Staatsschutzdelikte und Hasskriminalität zuständigen Fachabteilung 231 der Staatsanwaltschaft Berlin bearbeitet. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Bearbeitungsstandards, eines effizienten Wissens- und Informationsaustauschs sowie einer personellen Kontinuität werden diese Verfahren innerhalb der Abteilung 231 von spezialisierten Dezernentinnen und Dezernenten bearbeitet. Diese sind unter anderem durch die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen zum Themenfeld Antisemitismus in besonderem Maße geschult und sensibilisiert.

Ziel 3: Antisemitische Parolen, Motive oder Zeichen von antisemitischen Organisationen und ihrer Partnerorganisationen werden auf Versammlungen im öffentlichen Straßenbild nicht mehr gezeigt oder verwendet.

In der Neufassung des Gesetzes über die Versammlungsfreiheit in Berlin (2021) wurde ein Passus ergänzt, der das Verbot von Versammlungen vereinfacht, die auf internationale Kampagnen Bezug nehmen, die zum Hass aufrufen (§ 14, Abs. 2).

Laufende Maßnahmen werden durch die Versammlungsbehörde (LKA) geprüft. al-Quds-Versammlungen werden regelmäßig auf ein Verbot/eine Beauftragung hin überprüft. Zum Thema Tragen einer adaptierten „Judenstern“-Armbinde im Rahmen von sog. Hygiene-Demonstrationen gab es einen internen Austausch (Polizei Berlin). Es erging nach Einbindung von SenInnDS die Empfehlung, für Berlin im gegebenen Fall innerhalb einer Versammlungslage, eine Beauftragung vorzunehmen und auf die Möglichkeit hingewiesen, im Einzelfall eine Sicherstellung durchführen zu können.

Ziel 4: Polizei und Justiz erfassen mit unterschiedlichen Instrumenten aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus in Berlin und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Intervention und Prävention. Die statistische Erfassung antisemitischer Vorfälle soll verbessert werden.

Die Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin haben einen gemeinsamen Leitfadens zu antisemitischen Straftaten entwickelt. Ziel dieses Leitfadens ist es, den Kolleg*innen der Polizei Berlin und der Staatsanwaltschaft eine praxisnahe Handlungsempfehlung bei der Verfolgung von antisemitischen Straftaten zu geben und die vorhandenen Bearbeitungsstandards – auch für einen strukturierten Wissenstransfer – zu beschreiben.

Die Antisemitismusbeauftragter der Generalstaatsanwaltschaft legt mit ihren Jahresberichten eine umfassende Darstellung der aktuellen Entwicklungen, die Bearbeitungsstandards der Staatsanwaltschaft, der Fallzahlen, herausgehobene Verfahren und besondere Herausforderungen bei der Verfolgung antisemitischer Straftaten vor.

Eine erste Überarbeitung des Handzettels für Zeugen/Opfer rechtsextremistischer Straftaten/von Hasskriminalität erfolgte im Jahre 2019. Eine weitere Überarbeitung erfolgte 2020, hierbei wurde der Handzettel um den OFEK e.V., der Berliner Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, ergänzt.

Die Polizei Berlin intensiviert den bereits bestehenden Erfahrungs- und Informationsaustausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Hierbei soll überprüft werden, wie Polizeiberichte und Analysen der unabhängigen „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) synchronisiert werden können, wozu regelmäßige Quartaltreffen von LKA und RIAS stattfinden. Ferner stehen den zivilgesellschaftlichen Akteuren der Antisemitismusprävention im LKA feste Ansprechpersonen zur Verfügung, ebenso sind Ansprechpartner der wesentlichen zivilgesellschaftlichen Akteure auf diesem Themengebiet bekannt.

Um in einen strukturierten Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zu treten, wurde seitens der Polizei Berlin in 2015 der „Tempelhofer Dialog“ initiiert, der seither einmal jährlich stattfindet. Teilnehmer sind neben verschiedenen Vertretern der Polizei Berlin Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, die sich insbesondere der Bekämpfung und Dokumentation der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus widmen. Ein Themenschwerpunkt war in der Vergangenheit auch „Antisemitismus - Opferorientierte Polizeiarbeit“.

Der kriminalpolizeiliche Meldedienst (KPMD) kategorisiert zentral und einheitlich antisemitisch motivierte Straftaten und schafft somit eine Datengrundlage, auf der die polizeiliche Prävention aufbauen kann.

Für das Jahr 2020 wurden die unterschiedlichen Erfassungssysteme von Zivilgesellschaft (RIAS), Polizei und Staatsanwaltschaft mit Blick auf Vorfälle, Fälle und Verfahren in einem Fachaufsatz des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus unter dem Titel „Antisemitismus zwischen Tat und Straftat. Zur Dunkelfelderhellung am Beispiel des Berliner Modells der Antisemitismusbekämpfung“ (in: „Recht und Politik“ H. 2/2021) erstmals systematisch in Beziehung gesetzt und Aspekte der Dunkelfelderhellung erörtert

Ziel 5: Die Bekämpfung von Antisemitismus und antisemitischen Strukturen im Internet und speziell in sozialen Netzwerken soll gestärkt werden.

Eine Ausweitung und Optimierung der Internetauswertung konnte 2017 mit der Besetzung dreier Stellen für „Internetauswerter*innen beim LKA erreicht werden. Die für das LKA tätigen Internetauswerter*innen stellen einen enormen Mehrwert für das Dezernat dar, da sie Internetrecherchen und -auswertung durchführen, die für die durchschnittliche Dienstkraft in der geleisteten Bandbreite und Tiefe aufgrund fehlender Fachkenntnisse nicht möglich wäre. Ferner optimieren die Internetauswerter*innen die anlassbezogene Medien- und Internetauswertung durch Strukturierung und Standardisierung der erforderlichen Arbeitsschritte. Durch die fachlich fundierten Auswertungen strafbewehrter Internetseiten wurde nach Einschätzung der StA eine deutliche Qualitätssteigerung in den Ermittlungsverfahren erzielt. Die Internetauswertung nimmt hier - nach Aussage der StA - eine quasi „gutachterliche Funktion“ wahr.

Die StA Berlin ist dabei, wie auch die anderen Landesstaatsanwaltschaften, nicht unmittelbar in das neue Meldeverfahren im Zusammenhang mit § 3a NetzDG eingebunden. Die Meldungen gehen beim BKA ein und werden dort geprüft. Hierbei wird das BKA durch die ZAC (StA Köln) unterstützt. Im Falle einer strafrechtlichen Relevanz einer Meldung führt das BKA Ermittlungen zur Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit durch. Bedarf es hierzu strafprozessualer Maßnahmen, werden diese durch die ZIT (GStA Frankfurt) veranlasst. Ergibt sich hieraus eine örtliche Zuständigkeit der StA Berlin, wird die Meldung an diese

bzw. das LKA Berlin zur weiteren Bearbeitung und Strafverfolgung abgegeben. Der Umfang der im Zusammenhang mit der neuen Meldepflicht zusätzlich aufkommenden Verfahren in Berlin kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Ergänzt werden diese Maßnahmen mit repressiver Schwerpunktsetzung durch zivilgesellschaftliche Präventionsansätze wie z.B. der aus Landesmitteln geförderten Projekte „Civic.net - Aktiv gegen Hass im Netz“ der Amadeu Antonio Stiftung sowie „Online gegen Antisemitismus“ von Bildung in Widerspruch e.V.

Ziel 6: Die Präventions- und Netzwerkarbeit zum Thema Antisemitismus wird gestärkt.

Zum Austausch zwischen Zivilgesellschaft, jüdischen Gemeinden und Senatsverwaltung hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnDS) seit September 2019 einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt“ (RTaG) etabliert.

Es finden regelmäßig Abstimmungsgespräche zwischen den Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft und dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin statt.

Zur Förderung der Vernetzung sämtlicher polizeilichen Akteure im Themenfeld Antisemitismus fand ein polizeiinterner Runder Tisch Antisemitismus (2019 und 2020) statt. Er dient der besseren Vernetzung sämtlicher Akteure und soll zu einer zusätzlichen Sensibilisierung und einer ganzheitlichen Sichtweise beitragen. Darüber hinaus wurde 2020 ein Runder Tisch gegen Hasskriminalität/gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) mit Polizei und NGOs initiiert.

Durch SenInnDS/Abt. II Verfassungsschutz wurde im April 2020 eine Informationsbrochure zum Thema „Antisemitismus in verfassungsfeindlichen Ideologien und Bestrebungen“ veröffentlicht. Sie beinhaltet neben Ausführungen zu Erscheinungsformen des Anti-

semitismus und der Entwicklung des Antisemitismus in verfassungsfeindlichen Bestrebungen seit 1945 insbesondere die Ausprägungen des Antisemitismus in den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen.

3.2.3. Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“

Ziel 1: Jüdisches Leben und jüdische Kultur werden in Berlin in ihrer Vielfalt gefördert und als historischer wie gegenwärtiger und zukünftiger Bestandteil des Stadtlebens sichtbar gemacht.

Die Jüdischen Kulturtage wurden gestärkt durch einen Mittelaufwuchs und im Haushaltsjahr 2020/21 mit jeweils 312.000 Euro gefördert.

Die Stiftung Neue Synagoge - Centrum Judaicum wurde im Jahr 2018 mit 250.000 Euro mehr gefördert als im Vorjahr, im Haushaltsplan 2020/21 erfolgte ein weiterer Aufwuchs, u.a. für die Einrichtung einer Stelle für Museumspädagogik ab 2021.

Das Land unterstützt und begleitet die Tätigkeiten des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“; im Rahmen des Jubiläumsjahres haben sich gegenwärtig 63 Einzelprojekte aus dem Land Berlin beworben, darunter auch staatliche Stellen und Institutionen.

Ziel 2: In Kultureinrichtungen sowie Kunst- und Kulturprojekten, die finanzielle Förderung durch das Land Berlin erhalten, darf Antisemitismus keinen Platz haben.

Es wird ein Passus für Zuwendungsbescheide in der Kulturförderung und in der Förderung der kulturellen Bildung angestrebt, wonach keine Diskriminierung zulässig ist nach dem AGG; aufgrund der außerordentlichen Belastungen durch Pandemie-Unterstützungs-Programme durch SenKultEu konnte die Maßnahme noch nicht umgesetzt werden, wird aber weiterhin angestrebt.

SenKultEu fördert das Projekt „Antisemitismus im Kunstfeld“ der Amadeu Antonio Stiftung, das in dem genannten Zielbereich sensibilisieren will, sowie in 2021 eine Einzelmaßnahme zum Thema Clubkultur und Antisemitismuskritik, die angesichts aktueller Debatten in der Berliner Clubszene das Anliegen verfolgte, jenseits von starken Vereinfachungen, Polarisierungen und homogenisierenden Zuschreibungen einen Prozess zu initiieren, um Rassismus- und Antisemitismus-Kritik neben- und miteinander zu ermöglichen.

Ziel 3: Der religionsübergreifende Dialog – insbesondere der jüdisch-christliche und der jüdisch-muslimische – wird gestärkt und in der Breite der Stadtgesellschaft gelebt.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden Berliner Träger mit entsprechender Zielsetzung gefördert.

Seit 2018 wurde der Teilansatz „Religionsübergreifende Zusammenarbeit und Dialog der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ im Landeshaushalt kontinuierlich erhöht und insbesondere für die Stärkung des jüdisch-muslimischen Dialogs eingesetzt.

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit hat im Landeshaushalt 2020/21 zusätzliche Fördermittel erhalten.

Anlässlich des Themenjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ hat die landesunmittelbare Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ das Thema aufgegriffen und die Stiftung Jüdisches Museum Berlin im Rahmen der Jubiläen "350 Jahre Jüdische Gemeinde zu Berlin" und "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" eine Sonderausstellung mit dem Arbeitstitel "Wir träumten von nichts als Aufklärung. Moses Mendelssohn in seiner Zeit" geplant.

3.2.4. Handlungsfeld „Wissenschaft und Forschung“

Ziel 1.: Antisemitismus als Querschnittsthema in der Lehrkräfteausbildung

Im Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft (14.09.2021), das das Berliner Hochschulgesetz (BerLHG) ändert, werden die Berliner Hochschulen (neben anderen Diskriminierungsformen) ausdrücklich dazu verpflichtet, „Diskriminierungen insbesondere wegen [...] einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung [...] zu verhindern und bestehende Diskriminierungen zu beseitigen (§ 5b Abs. 2).

Das Thema Antisemitismus wurde in den Pflichtbaustein „Konflikte und Gewaltprävention“ des „Handbuches Vorbereitungsdienst. Handreichung und Materialien für die zweite Phase der Lehrkräftebildung“ integriert.

Ziel 2.: Politische Bildung an den Hochschulen stärken

Von 2017 bis 2019 hat das Land eine Gastprofessur für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin eingerichtet, die - erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik - auf politikwissenschaftliche Antisemitismusforschung orientierte und so das historisch ausgerichtete ZfA zweijährig mit Gegenwartskompetenz erweiterte.

In 2019 fand die Dialogreihe „Tu was gegen Antisemitismus“ in Zusammenarbeit mit KlG A e.V. und der Flick-Stiftung statt.

Ziel 3.: Die Forschungsförderung zum Antisemitismus ist langfristig angelegt.

Das Arthur Langerman Archiv für die Erforschung des visuellen Antisemitismus (ALAVA) an der TU Berlin, die umfangreichste Sammlung von antisemitischen Bildern, wird seit 2020 mit jährlich 280.000 Euro vom Land gefördert.

In allen Berliner Hochschulen erfolgen laufende Maßnahmen der Antisemitismusprävention.

3.2.5. Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“

Ziel 1: Die Prävention von Antisemitismus bildet in Berlin einen zentralen Bestandteil einer umfassenden Gesamtstrategie zur Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die Grundlagen hierfür sind mit dem *Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* gelegt, der konkrete Umsetzungsstand erschließt sich im Detail aus dem hier vorliegenden Umsetzungsbericht. Langfristig bleibt erstrebenswert, die unterschiedlichen Stränge der Prävention gegen unterschiedliche Formen von Diskriminierung enger miteinander im Rahmen einer Gesamtstrategie zu integrieren. Die Grundlagen hierfür mit Blick auf die Antisemitismusprävention sind mit dem *Landeskonzept* und seiner Umsetzung entwickelt, konkrete Weiterentwicklungspotenziale werden als Empfehlungen im Folgenden (Kap. 3.3.) formuliert.

Ziel 2: Der Berliner Senat ermöglicht die dauerhafte Förderung von Präventionsmaßnahmen, die der Heterogenität der Berliner Stadtbevölkerung gerecht werden und Antisemitismus in allen seinen Ausformungen thematisiert. Maßnahmen der Antisemitismus-Prävention werden evaluiert.

Es erfolgt die fortlaufende Förderung von zuletzt 15-20 Trägern im Bereich der Antisemitismusprävention im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Vorkehrungen für eine Fortsetzung der Förderung von Maßnahmen der Antisemitismusprävention wurden getroffen. In 2020/21 wurden zudem die Maßnahmen zur Unterstützung von Betroffenen von u.a. rechtsextremer, rassistischer und antisemitischen Gewalt und Bedrohung im Rahmen des Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt und Bedrohung erweitert, u.a. für die Arbeit der Registerstellen sowie die Arbeit der Monitoring- und Beratungsstellen OFEK und RIAS.

Ziel 3: In Berlin werden antisemitische Vorfälle detailliert erfasst. Neben der behördlichen Erfassung antisemitischer Vorfälle wird eine dauerhafte zivilgesellschaftliche Erfassung ermöglicht, die auch Vorfälle ohne strafrechtliche Relevanz aufnimmt. Geeignete Maßnahmen ermutigen betroffene Personen zur Anzeige und Meldung antisemitischer Vorfälle. Im sog. „Berlin Monitor“ und in Studien zu antisemitischen Akteurinnen und Akteuren wird die Problematik des Antisemitismus in Berlin analysiert.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) gewährleistet ein (anonymisiertes) zivilgesellschaftliches Monitoring antisemitischer Vorfälle. Das Projekt „Berlin Monitor“ ermittelt das Ausmaß antisemitischer Einstellungen in der Berliner Bevölkerung. Antisemitismus wurde bei der Erhebung im Jahr 2019 als Schwerpunkt bearbeitet; im Jahr 2020 erfolgte eine qualitative Zusatzstudie zum Berlin Monitor, die bundesweit erstmalig die Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen erforscht hat und deren Erkenntnisse im Rahmen einer Fachtagung in der Landeszentrale für politische Bildung vorgestellt wurden. Vorkehrungen für eine Fortsetzung der Förderung beider Projekte wurden getroffen.

Ziel 4: Im Fall von antisemitischen Anfeindungen und Angriffen erfahren die Betroffenen eine deutlich wahrnehmbare Solidarität und erhalten eine spezifizierte Beratung und Unterstützung.

Die Beratungsstelle OFEK Berlin wurde im März 2020 als erstes spezifisches Beratungsangebot für von antisemitischen Vorfällen betroffene Menschen gegründet und wird vom Land Berlin finanziert.

Das 2019 gegründete zivilgesellschaftliche Projekt Solidarisch gegen Hass wird durch das Land finanziert und durch den Regierenden Bürgermeister begleitet, der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus gehört zum Trägerkreis der Initiative, die zivilgesellschaftliches Engagement bei antisemitischen und anderen Übergriffen stärken will.

Ziel 5: Berlin prüft eine Bundesratsinitiative, um die Erbringung von Dienstleistungen und Waren in Deutschland zu untersagen, deren Anbieterinnen und Anbieter Jüdinnen und Juden oder Israelis diskriminieren. Menschen jüdischen Glaubens werden bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen vor Diskriminierung geschützt.

Die Bundesratsinitiative wurde vom Berliner Senat beschlossen und wie geplant in den Bundesrat eingebracht. Der Bundesrat hat in seiner 1005. Sitzung am 28.05.2021 beschlossen, die Entschließung des Antrags der Länder Berlin und Bremen zur Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) „nicht zu fassen“ (Bundesrats-Drucksache 447/21 vom 28.05.2021).

3.3. Empfehlungen zur Weiterentwicklung des *Landeskonzepts*

Es ist die Aufgabe des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus gemäß des *Landeskonzepts* „Weiterentwicklungspotenzialen der Berliner Antisemitismusprävention“ zu identifizieren und zu diesem Zwecke Maßnahmen anzuregen bzw. zu entwickeln, die noch „nicht bereits in bestehenden Programmen abgedeckt werden“. Für diese Empfehlungen macht sich der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus ausdrücklich die im Zwischenbericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus vom 11. August 2020 (Drs. 18/2930 v. 14.08.2020) von Lorenz Korgel, der das Amt vor seiner hauptamtlichen Besetzung kommissarisch innehatte, formulierten Handlungsempfehlungen zu eigen, die folgendermaßen formuliert worden sind:

1. „Jüdisches Leben als selbstverständlichen Bestandteil der Berliner Stadtgesellschaft im Bewusstsein der Stadt verankern“;
2. „Ein Verständnis für den Staat Israel als Schutzraum der Berliner Juden entwickeln und darauf aufbauend ein solidarisches Verhältnis zu Israel fördern“;
3. „Jüdische Feiertage als kulturelle Selbstverständlichkeit berücksichtigen“;
4. „Den rechtlichen Diskriminierungsschutz für Jüdinnen und Juden stärken - Antisemitismus als Diskriminierungsmerkmal in das LADG aufnehmen“ (ist inzwischen umgesetzt);
5. „Antisemitismusprävention zur Daueraufgabe staatlicher Demokratieförderung machen“;
6. „Die Handlungsfähigkeit der Ansprechperson zu Antisemitismus erhöhen“.

Darüber hinaus haben sich in der intensiven Zusammenarbeit mit den Senats- und Bezirksverwaltungen, mit der jüdischen Community Berlins und den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Antisemitismusprävention weitergehende Aspekte herauskristallisiert, die es in Zukunft verstärkt zu fokussieren gilt:

1. Das *Landeskonzept* begreift Antisemitismus als Weltanschauung und folgt damit dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand der nationalen wie internationalen Antisemitismusforschung, in der betont wird, dass Antisemitismus als Weltbild grundsätzlich von Vorurteilen zu unterscheiden ist und aufgrund seines hermetischen Charakters und seiner kognitiven wie emotionalen Struktur grundlegend anderen Präventions-, Interventions- und Repressionsansätzen bedarf, als andere Formen der Diskriminierung. Davon unbenommen ist, dass es zweifelsfrei auf der Einstellungs- und Verhaltensebene eine hohe Korrelation mit anderen Formen von Diskriminierung gibt und insofern an vielen Stellen auch Schnittmengen bestehen, die unbedingt in der Präventionsarbeit genutzt werden müssen, gleichwohl sind die Funktionslogiken von Antisemitismus als Weltbild andere – was Auswirkungen mit Blick auf die Wahrnehmung von Antisemitismus, seine Deutung und Interpretation sowie daraus abgeleitet Präventions-, Interventions- und Repressionsansätze gegen Antisemitismus hat. Die Sensibilität hierfür ist an vielen Stellen im Land bereits in hohem Maße vorhanden, aber gerade mit Blick auf Schlüsselfragen – etwa Fälle, in denen Antisemitismus in als progressiv wahrgenommenen Communities, etwa im antirassistischen oder postkolonialen Kontext, formuliert wird – ist es für die erfolgreiche Antisemitismusprävention, aber auch für die ebenso wichtige und unverzichtbare Arbeit gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung, unabdingbar, dass die titelgebende Zeile des *Berliner Landeskonzepts* ohne jede Form von Missverständnissen und ohne jede Form von Einschränkung gilt: „Gegen jeden Antisemitismus!“. Es gilt mehr denn je das Bewusstsein zu fördern, dass unterschiedliche Formen von Diskriminierung nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen – dazu gehört aber auch, dass Antisemitismus ungeachtet des politischen, sozialen, kulturellen oder religiösen Kontextes als solcher erkannt, benannt und kritisiert werden muss. **Hieraus folgt die Empfehlung für die Berliner Präventionsarbeit, erstens Maßnahmen zu initiieren und/oder zu fördern, die diesem erklärten Grundsatz des Berliner Senats folgen und zweitens im Rahmen von Förderrichtlinien in allen Ressorts auszuschließen, dass Antisemitismus – gleich, welcher Provenienz – Ge-**

genstand staatlicher Förderung sein kann. Dies wäre im Kontext des Förderausschlusses für alle Formen von Diskriminierung zu sehen, Antisemitismus sollte aber ausdrücklich Erwähnung finden.

2. Antisemitismus ist aufgrund seines weltanschaulichen Charakters in sämtlichen politischen und sozialen Milieus anzutreffen – in unterschiedlicher Form, mit unterschiedlicher Geschichte und mit unterschiedlichem Stellenwert für die Binnenperspektive der jeweils handlungsleitenden Ideologien oder Selbstverortungen. Ungeachtet dessen bildet der nationalsozialistische Antisemitismus und die NS-Vernichtungspolitik, wie auch die lange Geschichte der Nicht-Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und der Shoah die zentrale Grundlage für heutigen Antisemitismus in der Bundesrepublik, wie auch in Berlin. Es sind insbesondere familiäre Traditionsbestände der Nicht-Aufarbeitung, die sich bisweilen direkt und offen, bisweilen aber auch indirekt und vermittelt – etwa bei der unbewussten Übernahme antisemitischer Stereotype im Alltag – als resistent erweisen und sowohl bei Jugendlichen, wie Erwachsenen zunehmend in Denken und Handeln (wieder) manifestieren. Dass Berlin in besonderem Maße als Stadtgesellschaft von differente staatlichen Traditionen, aber auch von Migrationsgeschichten multidimensionaler Perspektivität geprägt ist, verweist zugleich auf unterschiedliche Traditionsbestände der Nicht-Aufarbeitung: der NS-Vergangenheit, der Geschichte der Antisemitismus in West- wie Ostdeutschland, also in alter Bundesrepublik wie DDR, aber auch mit Blick auf eigenständige Traditionen von Antisemitismus in anderen europäischen und außereuropäische Gesellschaften, bei denen sich die Tradierung von Antisemitismus oftmals auf die jeweilige Kollaborationsgeschichte mit dem NS-Regime, aber auch auf eigenständige Quellen gründet. **Eine markante Leerstelle, die zugleich in erheblichem Maße als Querschnittsproblem für die Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention im Land Berlin zu verstehen ist, ist insofern die systematische Erweiterung von Projekten und Maßnahmen zu Tradierungen von Antisemitismus.** Deren Verankerung ist gerade wichtig, weil in nicht selten multidivers geprägten Familienbiografien mit allen Widersprüchen und Ambivalenzen und damit die Herausforderung einer sehr viel umfangreicheren Auseinandersetzung mit der

NS-Vergangenheit, der Shoah, der Nicht-Aufarbeitung der Vergangenheit, der Tradierung von Antisemitismus in Ost- wie Westdeutschland auch und gerade mit spezifischen bezirklichen Perspektiven wie der migrationsgeschichtlichen Thematisierung von Kollaboration und dem zweifelsfrei bestehenden Spannungsfeld von erlebter rassistischer Diskriminierung bei gleichzeitiger antisemitischer Positionierung in diesem Zusammenhang elementar erscheint.

3. Das *Landeskonzept* trägt bereits einer maßgeblichen Entwicklung antisemitischer Artikulationsformen der zurückliegenden 20 Jahre Rechnung: Neben anderen, bis heute anzutreffenden Artikulationsformen von Antisemitismus ist der antiisraelische Antisemitismus zur globalen Integrationsideologie von Antisemit*innen geworden, ungeachtet von Differenzen in anderen Fragen fungiert Antisemitismus als Bindeideologie, auch und gerade zwischen politischen Milieus, die sich in zahlreichen Fragen uneins sind, wie man besonders im Bereich der Kooperationen im rechtsextremen und islamistischen Milieu sehen kann, aber auch die antiimperialistische Ideologie in der extremen Linken hat sich als weltanschaulich und organisatorisch offen für Allianzbildungen gezeigt. Getragen wird der antiisraelische Antisemitismus im internationalen Kontext von der antisemitischen BDS-Kampagne, es ist aber sowohl international, wie auch und gerade in Berlin zu beobachten, dass Akteur*innen vom formalen Label „BDS“ immer öfter Abstand nehmen, weil dies mittlerweile öffentlich relativ eindeutig als antisemitisch erkannt wird und ihre Aktivitäten bei gleichbleibender Ideologie unter neuen, wechselnden (Tarn-)Labeln und mithilfe von Umfeld- und Vorfeldorganisationen betreiben. Mehr noch als bisher sollte die Antisemitismusprävention in Berlin dieser Entwicklung Rechnung tragen: **Auch wenn der antiisraelische Antisemitismus keineswegs die einzige Artikulationsform von Antisemitismus ist, so ist sie dennoch gegenwärtig eine der aggressivsten und - wie die antisemitischen Demonstrationen im Mai/Juni 2021 in Deutschland und Berlin gezeigt haben - auch nicht nur hypothetisch gewaltbereit, sondern aktiv gewalttätig. Die IHRA-Arbeitsdefinition, die auch dem *Landeskonzept* zugrundeliegt, hat sich als**

adäquate Arbeitsgrundlage in diesem Kontext erwiesen und sollte weiterhin als zentrale Grundlage und als Ausgangspunkt für die Bekämpfung von Antisemitismus begriffen werden, die staatlichem Handeln auf allen Ebenen zugrundeliegt. Darüber hinaus bedarf es eines unmissverständlichen Zurückweisens auch des antiisraelischen Antisemitismus, eine deutlich verstärkte Hinwendung mit Blick auf Akteur*innen dieser Form von Antisemitismus durch die Sicherheitsbehörden, sowohl was Organisationen, wie auch antisemitische Demonstrationen angeht. Neben antisemitischen Demonstrationen, die sich auf einen konkreten internationalen Vorwand beziehen, muss auch hier auf die antisemitischen al-Quds-Demonstrationen in Berlin ein verschärftes Augenmerk gelegt werden, da bei diesen generell antisemitische Äußerungen – und nach den Erfahrungen im Mai/Juni 2021 – auch eine Reihe von antisemitisch motivierten Straftaten, die sich gegen deutsche Jüdinnen und Juden, gegen Synagogen und andere jüdische Einrichtungen sowie jüdische Gemeinden richten. Das neue Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz (VersFG BE, 2021) bietet hierfür in § 14 Abs. 2 einen dezidierten Anknüpfungspunkt für mögliche Verbote antisemitischer Versammlungen. Eine weitere Konkretisierung des VersFG BE (analog zu den Formulierungen im LADG), in der „rassistische Zuschreibung“ als Verbotgrund genannt wird (§ 14 Abs. 2), mit der Formulierung „rassistische oder antisemitische Zuschreibung“ wäre wünschenswert.

4. Antisemitismus wirkt als Weltanschauung in ihrer negativ-integrativen Kraft in allen politischen Milieus – und auch in anderen Formen als nur dem antiisraelischen Antisemitismus. Die Erfahrungen mit den Demonstrationen in den Jahren 2020/21, die den Protest gegen die Coronaeindämmungspolitik zum Vorwand genommen und in massiver Weise Antisemitismus verbreitet haben, zeigen sehr deutlich, dass eine Bagatellisierung von Antisemitismus möglich ist, wenn verkannt wird, dass Antisemit*innen politische, soziale oder kulturell Ereignisse als Anlass nutzen, um ihren Antisemitismus zu artikulieren. Die Leugnung und/oder Relativierung der Shoah und des NS-Regimes waren von Beginn an zentraler Bestandteil der Demonstrationen und maßgeblicher Motor für deren Radikalisierungspro-

zesse. Da das dem zugrundeliegenden Weltbild einer antisemitischen Verschwörungsideologie sich stets neue Projektionsflächen sucht, wird auch ein Ende der Pandemie diese Erscheinungsformen von Antisemitismus nicht beenden, sondern lediglich anlassbezogen transformieren. **Für die Präventionsarbeit bedeutet das, dass die bereits im Land existierenden Ansätze zur Prävention und Intervention mit Blick auf Verschwörungsdenken noch deutlicher mit der Antisemitismusprävention verzahnt werden sollten und darüber hinaus eine Sensibilität dafür im Rahmen von Präventionsarbeit hergestellt werden sollte, dass Antisemitismus als Weltanschauung im Kontext von Verschwörungsdenken jederzeit aktivierbar und in unterschiedlichen politischen Milieus mobilisierbar ist.** Neben digitaler Präventionsarbeit muss dabei deutlich mehr als bisher auf analoge Formate orientiert werden, da ein wesentlicher Mangel mit Blick auf Verschwörungsmythen im Bereich der Inkompetenzen von Quellenprüfung und Quellenkritik besteht, die auch und gerade analog gelernt werden sollte, um sie auch im Bereich digitaler Medien anwenden zu können.

5. Das Land Berlin ist das erste und einzige Bundesland, dass in seiner Landesgesetzgebung den Kampf gegen Antisemitismus explizit verankert hat: mit dem LADG, dem EBiG, dem PartMigG und dem BerlHG wurde auf einfachgesetzlicher Ebene - jeweils mit spezifischer Bezugnahme auf den Regelungsbereich der Einzelnormen - vier Gesetze unter Einbezug der Expertise des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus erlassen bzw. angepasst, die sich explizit gegen Antisemitismus wenden. **Da die gesetzliche Dimension der entscheidende Schlüssel als normative Grundlage für sämtliche Politik und damit das zentrale Steuerungselement ist, die die Grundlage jeder politischen und gesellschaftlichen Handlung normiert, sind alle Bemühungen zur weiteren Verankerung des Kampfes gegen Antisemitismus in Landesnormen unerlässlich.**
6. Die Initiativen auf bezirklicher Ebene haben sich seit Verabschiedung des *Berliner Landeskonzpts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention* erheblich erweitert, die Zusammenarbeit mit dem Kolleg*innen auf bezirklicher Ebene ist gut, aber dennoch ist das Tätigkeitsfeld der Antisemitismusprävention in den meisten Bezirken bisher lediglich

im Rahmen einer Aufgabenzuweisung an Kolleg*innen erfolgt, die bereits mit anderen Aufgabengebieten betraut sind – allein Lichtenberg und Pankow haben bisher bezirkliche Antisemitismusbeauftragte als eigene Stellen mit diesem spezifischen Aufgabengebiet zugewiesen. **Es wird angeregt, diesen Prozess dringend fortzusetzen und in allen Berliner Bezirken hauptamtliche Stellen für Antisemitismusbeauftragte einzurichten, da das Themenfeld als Querschnittsaufgabe die kontinuierliche, nicht nur anlassbezogene Befassung bedarf und die Bezirke aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschichten, ihrer spezifischen Sozialstrukturen und den jeweils auch in den Stadtteilen und Kiezen höchst unterschiedlichen Problemlagen nur mit spezifischem, bezirklichem vollumfänglich die Herausforderung der Antisemitismusbekämpfung umsetzen können.** Zudem würden bezirkliche Antisemitismusbeauftragte die Möglichkeit eröffnen, antisemitische Vorfälle auf Bezirksebene, die gegenwärtig umfangreich durch den Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus bearbeitet werden, auf der bezirklichen Ebene in den Blick nehmen zu können.

7. Ein Schlüsselfeld der Antisemitismusprävention ist und bleibt der schulische Bereich. Die Maßnahmen in Berlin im Bereich der außerschulischen (Erwachsenen-)Bildung und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften durch außerschulische Trägerstrukturen sind gut etabliert, die Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen stellt für den Alltag ein wichtiges Instrument dar. Darüber hinaus sollte stärker auf die Regelstrukturen im schulischen Kontext fokussiert werden: die Schlüsselprobleme in diesem Zusammenhang liegen im Bereich der Lehramtsausbildung, der Rahmenrichtlinien und Lehrpläne sowie der Schulbücher. Es erweist sich als Defizit, dass die Kompetenz zur Auswahl von Schulbüchern in die alleinige Hoheit der Schulen verlegt ist und komplementär greifen Schulbücher, die nach internationalen Studien bis heute das zentrale Medium sind, aus dem sich Schüler*innen informieren, nur diejenigen Themen auf, die in Rahmenrichtlinien und Lehrplänen vorgegeben sind. **Es sollte angestrebt werden, dass Themenfeld Antisemitismus als Querschnittsthema verbindlich für den Schulunterricht zu verankern und dabei darauf Wert zu legen, dass alle Formen von Antisemitismus Gegenstand sind und**

dabei nicht nur im **Geschichtsunterricht, sondern zentral im Politikunterricht verankert werden.** Drüber hinaus besteht ein eklatanter Mangel in der Darstellung jüdischen Lebens in Schulbüchern, Jüdinnen und Juden werden fast ausnahmslos nur mit Bezug auf den Nationalsozialismus und – dann extrem einseitig und in vielen Fällen dezidiert antiisraelisch – mit Blick auf den Nahostkonflikt zum Gegenstand schulischer Bildung. Soll aus dem Jubiläumsjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland (2021) eine langfristige Wirkung folgen, muss die Darstellung jüdischen Lebens, jüdischer Religion, jüdischer Kultur und Geschichte zum selbstverständlichen Bestandteil des Schulunterrichts werden.

7. Berlin ist im Bundesvergleich dasjenige Bundesland, das sowohl qualitativ wie quantitativ das größte Engagement gegen Antisemitismus entwickelt – auf Senats- und Bezirksebene, aber auch mit Blick auf die zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Antisemitismus. Zugleich ist im Bundesvergleich festzustellen, dass die öffentliche Wahrnehmung für Maßnahmen in anderen Ländern, die oftmals dem Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung folgen und/oder z.T. langfristig in Berlin etablierte Strukturen übernehmen, ungleich größer ist. Hinzu kommt, dass aus der Praxis der Einzelfallberatung durch den Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, aber auch durch dessen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und der jüdischen Community, deutlich wird, dass nur ein Bruchteil der Maßnahmen und Angebote einer breiten Öffentlichkeit bekannt sind. **Vor diesem Hintergrund wird angeregt, eine digitale Plattform zu schaffen, die einerseits über Umsetzungsmaßnahmen der Antisemitismusbekämpfung in Berlin informiert und die andererseits ein möglichst vollständiges Verweissystem für Vernetzungs-, Beratungs- und Informationsangebote zur Verfügung stellt, kurzum: das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung in seiner Breite und Tiefe vorstellt und sämtliche Aktivitäten auf Ebene der Senatsverwaltungen, der Bezirke und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Antisemitismus vernetzt.** Für eine solche Maßnahme, wie auch mit Blick auf die umfangreichen Anforderungen und Herausforderungen der Tätigkeit des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus ist jedoch eine personelle Ausstattung

der Stelle unverzichtbar (siehe hierzu auch den Punkt „Die Handlungsfähigkeit der Ansprechperson zu Antisemitismus erhöhen“ im Zwischenbericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus vom 11. August 2020, Drs. 18/2930 v. 14.08.2020).

8. Auf Basis der empirischen Studien des Berlin-Monitors ist dokumentiert, dass Antisemitismus von Jüdinnen und Juden in Berlin in allen Lebensbereichen erfahren wird und ein Mangel an Solidarität von Nichtjuden wahrgenommen wird, sich gegen Antisemitismus zu positionieren und Jüdinnen und Juden zu stärken. Die zentrale Defizitwahrnehmung der Berliner Jüdinnen und Juden besteht der Studie zufolge darin, in allen Lebensbereichen eben nicht ohne Einschränkung, ohne Diskriminierung und damit nicht selbstbestimmt leben zu können. Antisemitische Aggressionen gehen dabei von fast allen Bevölkerungsgruppen aus, wobei die Aggressionen von non-verbalen Gesten, Kommentaren, Beleidigungen bis zu körperlichen Angriffen reichen. **Um dies zu verändern, bedarf es der fortwährenden Intensivierung des Kampfes gegen Antisemitismus auf allen Ebenen, aber auch eine dauerhafte, proaktive Integration der umfangreichen Tätigkeiten der jüdischen Community Berlins in den Berliner Alltag, die nicht anlassbezogen, sondern kontinuierlich und selbstverständlich erfolgen muss.** Ein wesentliches Moment dieses Ansatzes ist auf der bezirklichen Ebene zu lokalisieren, so dass gerade hier Bündnisse zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, aber auch die Einrichtung von Antisemitismusbeauftragten in allen Bezirken, dazu beitragen kann, im sozialen Nahraum der Kieze jüdisches Leben zu einem selbstverständlichen Teil der Berliner zu Stadtgesellschaft zu machen – das es normativ und dem politischen Willen folgend natürlich schon längst ist, aber empirisch wird dieses normative Faktum durch Antisemit*innen eben immer wieder in Frage gestellt.

Zusammenfassend wird zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention im Land Berlin empfohlen,

- Förderrichtlinien für alle Ressorts zu entwickeln, die den Grundsätzen der Antisemitismus-Prävention des Berliner Senats folgen und mit diesen verbindlich auszuschließen, dass Antisemitismus – gleich, welcher Provenienz – Gegenstand staatlicher Förderung sein kann (Empfehlung 1);
- den Bereich der Erinnerungspolitik als Querschnittsaufgabe anzusehen und im Hinblick auf „Tradierungen von Antisemitismus“ zu erweitern (Empfehlung 2);
- den antiisraelischen Antisemitismus als gegenwärtig eine der aggressivsten Artikulationsformen von Antisemitismus zu begreifen und zu dessen Bekämpfung die IHRA-Arbeitsdefinition, die auch dem *Landeskonzzept* zugrundeliegt, zur Grundlage staatlichen Handelns auf allen Ebenen zu machen (Empfehlung 3);
- den kausalen Zusammenhang von Antisemitismus und Verschwörungsdenken, das sich anlassbezogen fortlaufend reaktualisieren kann, zum Bestandteil einer Präventionsstrategie zu machen, die breit im Rahmen der Präventionsarbeit verankert werden sollte (Empfehlung 4);
- die bereits erzielten Erfolge bei der Verankerung von Antisemitismusbekämpfung in der Landesgesetzgebung zum Anlass für weitere Landesgesetzgebung und Gesetzesreformen zu nehmen, in denen Antisemitismus ausdrücklich thematisiert wird (Empfehlung 5)
- bezirkliche Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus zu stärken und in allen Bezirken Antisemitismusbeauftragte zu etablieren (Empfehlung 6);
- das Themenfeld Antisemitismus für die schulische Präventionsarbeit als Querschnittsaufgabe zu begreifen, die neben dem Geschichtsunterricht in anderen Fächern, insbesondere im thematisch primär zuständigen Politikunterricht verbindlich verankert wird, wobei alle Formen von Antisemitismus Gegenstand sein sollten (Empfehlung 7);
- die Vernetzung und Sichtbarkeit der Antisemitismusprävention im Land Berlin sichtbarer und das umfangreiche Informationsangebot in seiner Breite und Tiefe im Rahmen einer

digitalen Plattform zugänglich zu machen, die Maßnahmen auf Ebene des Senats, der Bezirke und der Zivilgesellschaft vernetzt (Empfehlung 8)

- eine proaktive Integration der umfangreichen Tätigkeiten der jüdischen Community Berlins in den Berliner Alltag herzustellen, die nicht anlassbezogen, sondern kontinuierlich und selbstverständlich erfolgen muss (Empfehlung 9).

4. Tabellarische Übersicht: Umsetzungen auf Senatsebene

Sachstand: 05.10.2021 (Eigenangaben der jeweiligen Senatsverwaltungen)

4.1. Senatskanzlei

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
Senatskanzlei	Unterstützung des Arthur-Langerman-Archiv am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) (S. 25-26).	Unterstützung des Landes 2020/2021 vorgesehen. (Etablierung der Sammlung erfolgt seit 2018. Seit Schenkung in 2019 wird die Sammlung erschlossen und inventarisiert, um sie Stu-	Vgl. 0330/68569 280.000 € jeweils. <i>Haushalterische Absicherung durch Beschluss AH ist erfolgt, Finanzierung erfolgt seit 01.01.2020.</i>

		dierenden und Forschenden zur Verfügung stellen zu können.)	
Senatskanzlei	Einrichtung eines Lehrstuhls für außerschulische Politische Bildung (S. 25): Gastprofessur am ZfA.	a) 2017 bis 2019: besetzt mit <i>Prof. Dr. Samuel Salzborn</i> b) Aktuell: <i>Dr. Reut Yael Paz</i>	0330/68559 (Zuschüsse an Hochschulen nach dem Hochschulpakt 2020) ca. 98.000 € / Jahr Förderung im Rahmen des Bund-Länder-Hochschulpaktes 2020, Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger.
Senatskanzlei	Weitere Gastprofessur Antisemitismusforschung am ZfA (forscht zur deutsch-jüdischen Geistes- und Philosophiegeschichte, Religionsphilosophie).	<i>Laufend; Oktober 2018 - September 2020: Prof. Dr. Yael Kupferberg</i>	Finanzierung aus TU-Mitteln

Senatskanzlei	Dialogreihe „Tu was gegen Antisemitismus“ / nicht Teil des Landeskonzeptes.	Start 16.5.2019, es wurden im Laufe des Jahres 2019 in Zusammenarbeit mit der KlG A e.V. und der Flick-Stiftung fünf Veranstaltungen durchgeführt. Eine Evaluierung bestätigte den Erfolg der Dialogreihe.
Senatskanzlei	Initiative Unternehmen gegen Antisemitismus / nicht Teil des Landeskonzeptes	<p>Gemeinsame Initiative der Bevollmächtigten mit dem Berlin-Partner-Netzwerk, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne der Unternehmen gegen Antisemitismus zu entwickeln und in den Unternehmen einen Code of Conduct dazu zu formulieren. Von Beginn an waren IHK, HWK, Bayer, Pfizer und TouroBerlin dabei, mittlerweile konnten weitere 23 Unternehmen für die Initiative gewonnen werden.</p> <p>Gemeinsam soll die Bekämpfung des Antisemitismus als selbstverständlicher Bestandteil der Berliner Unternehmenskultur etabliert werden. Das Berlin-Partner-Netzwerk fungiert dabei als gemeinsame Plattform der Initiative mit eigener Homepage.</p> <p>Nach dem Auftakt am 19.11.2019 und weiteren Sitzungen im März und Mai 2021 wurde am 21.5. die Charta „Berlin gegen Antisemitismus“ veröffentlicht.</p> <p>Alle Aktionen, Veranstaltungen, Kampagnen und Diskussionen sollen zum Mitmachen anregen: Zu Beginn startete als starkes Statement die Social-Media-Aktion „Gesicht zeigen“. Es sollen Informationsveranstaltungen an Schulen folgen sowie die Kampagne „Menschen im</p>

		Mittelpunkt“ (Storytelling jüdischer Berliner/-innen). Bei einem weiteren Treffen am 15.09.2021 wurden weitere konkrete Vorschläge besprochen, darunter die Vorstellung eines Schülerwettbewerbs im Rahmen des Wirkungsbereiches „Kinder und Jugendliche“.
Senatskanzlei	Vorbereitung und Begleitung einer Gedenkstättenreise nach Auschwitz durch Bv.	29.5.-31.5.2019 (Reise)
Senatskanzlei	Begleitung eines Gedenkstättenbesuchs einer Willkommensklasse in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen durch Bv.	15.5.2019

Senatskanzlei	Fachbesuch des Direktors der Auschwitz-Birkenau-Foundation in Berlin zum Thema NS-Gedenkstätten in Deutschland.	18.-20.9.2019
Senatskanzlei	Maßnahmen an Berliner Hochschulen.	In allen Berliner Hochschulen erfolgen laufende Maßnahmen der Antisemitismusprävention (vgl. Landeskonzept S. 39 ff.).
Senatskanzlei	Initiative „Solidarisch gegen Hass“	Seit Gründung der Initiative in 2019 Begleitung durch den Regierenden Bürgermeister, Videostatement in 2020.

4.2. Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
-----------------------------	---	--------------------	-------------

SenInnDS	Ernennung eines Antisemitismusbeauftragten (und seines Vertreters) der Polizei Berlin	<p>Erfolgte am 20. August 2019</p> <p>Über die Einrichtung der Funktion des Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin wurde im Intrapol unter „Aus erster Hand“ informiert.</p> <p>Die derzeit als Zuzugleichaufgabe durch den Landespräventionsbeauftragten (Leitung LKA PräV) wahrgenommene Funktion als Antisemitismusbeauftragter der Polizei Berlin soll gesondert organisatorisch eingerichtet und zur Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (AP AGMF) weiterentwickelt werden.</p> <p><u>Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</u></p> <p>Der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin wird seit dem 01. Februar 2021 durch die Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (AP AGMF) unterstützt. (vgl. Anlage 2 - Organigramm LKA PräV neu).</p> <p>Zur Aufgabenwahrnehmung greift der Antisemitismusbeauftragte bzw. die Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</p>
----------	---	---

		auf die Expertise der acht Ansprechpersonen für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beim LKA PräV 1 zurück.
--	--	---

SenInnDS	<p>Die Mitarbeitenden der Polizei Berlin sind über die aktuellen Bedrohungen durch Antisemitismus informiert und für die Situation von Personen und Einrichtungen, die von antisemitischen Übergriffen betroffen oder bedroht sind, sensibilisiert. (S. 16 Ziel 1)</p>	<p>Andauernde Maßnahme</p> <p><u>Informationssteuerung/-sammlung durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin als zentrale Ansprechperson</u></p> <p>Zu sämtlichen Sachverhalten mit Antisemitismusbezug (u. a. Straftaten, Versammlungen, Veranstaltungen, Schutzmaßnahmen und Aus- und Fortbildungsmaßnahmen) wurde eine Meldeverpflichtung per E-Mail an das Dienststellenpostfach: <u>Antisemitismusbeauftragter@polizei.berlin.de</u> eingerichtet. Sämtliche Informationen werden gesammelt, bewertet und ggf. erforderliche Maßnahmen pp veranlasst.</p> <p><u>Sensibilisierung Führungskräfte</u></p> <p>Sämtliche Führungskräfte des Höheren Dienstes wurden in den Führungsrunden der Direktionen, Ämter und Serviceeinheiten durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und seinem Vertreter zu dem Thema Antisemitismus sensibilisiert. Ziele und Tätigkeiten des Antisemitismusbeauftragten wurden vorgestellt.</p> <p><u>Informationen zu den Hohen Jüdischen Feiertagen</u></p>
----------	--	--

		Alle Mitarbeitenden der Polizei Berlin werden seit 2019 jährlich zu den Hohen Jüdischen Feiertagen durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin über Intrapol informiert und per E-Mail sensibilisiert.
--	--	--

SenInnDS	Veröffentlichung von Informationen im Bereich Antisemitismus/Opferschutz auf der Seite der Polizei zu den Themen Antisemitismusbeauftragter/Prävention/Rechtsextremismus	<p>Andauernde Maßnahme</p> <p><u>Informationen zum Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin im Intrapol/Internet</u></p> <p>Im Intrapol und auf der Internetseite der Polizei Berlin wurden die Aufgaben, Ziele und Informationen zum Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin bereitgestellt.</p> <p>https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/antisemitismusbeauftragte-r/</p> <p><u>Flyer Antisemitismusbeauftragter der Polizei Berlin</u></p> <p>Ein mehrsprachiger Flyer des Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin wurde in den Sprachen Deutsch, Englisch, Russisch, Hebräisch erstellt und veröffentlicht. Dieser kann auf den Seiten des Antisemitismusbeauftragten im Intrapol und Internet abgerufen werden.</p> <p>Vgl.: https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/antisemitismusbeauftragte-r/</p> <p><u>Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin</u></p> <p>Um die Ermittlungsarbeit in dem Bereich Antisemitismus zu stärken, haben der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin, Wolfram Pemp, und die Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Claudia Vanoni, einen ersten gemeinsamen Leitfaden</p>
----------	--	--

		<p>zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin und ein dazugehöriges Hinweisblatt zur Anzeigenaufnahme bei antisemitischen Straftaten erstellt.</p> <p>Eine presse-/barrierefreie Version des Leitfadens wurde ebenfalls erstellt und unterscheidet sich von der Grundversion nur insofern, als einige persönliche Erreichbarkeiten herausgenommen wurden. Der Leitfaden ist nicht eingestuft und wird durch LKA PräV auf Nachfrage an Expert/innen, Presse pp herausgegeben.</p> <p>Mit dem Leitfaden wird den Mitarbeitenden der Polizei Berlin sowie der Amts- und Staatsanwaltschaft in Berlin eine praxisnahe Handlungsempfehlung für die Verfolgung antisemitischer Straftaten gegeben. Gleichzeitig hilft der Leitfaden, Antisemitismus besser zu erkennen und die Sensibilität für dieses wichtige Thema zu fördern.</p> <p>Vgl.: gemeinsame Pressemitteilung (Hand in Hand gegen Antisemitismus):</p> <p>https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1100837.php</p> <p><u>Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Definition von Antisemitismus</u></p> <p>Das Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Definition von Antisemitismus (https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/d3006107-519b-11eb-b59f-</p>
--	--	---

		<p><u>01aa75ed71a1</u>) wurde intern an die mit der Thematik betrauten Stellen per E-Mail versandt. Erstellt wurde es vom Bundesverband RIAS, der Generaldirektion Justiz und Verbraucher (Europäische Kommission) sowie der International Holocaust Remembrance Alliance.</p> <p>Das Handbuch ist auch auf der Intranet- und Internetseite des Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin verlinkt. <u>Vgl.: https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/antisemitismus-beauftragte-r/</u></p> <p><u>Flyer: Berlin gegen Hassgewalt - Soforthilfefonds für Betroffene in Berlin (Amadeu Antonio Stiftung)</u></p> <p>Der Flyer „Berlin gegen Hassgewalt - Soforthilfefonds für Betroffene in Berlin“ der Amadeu Antonio Stiftung wird Betroffenen bei Bedarf ausgehändigt.</p> <p>In Arbeit:</p> <p>Aufbau einer Intrapolseite Hasskriminalität mit einer Unterseite Antisemitismus.</p>
--	--	---

SenInnDS	Erarbeitung und Verteilung von Handzetteln für Zeugen/Opfer rechtsextremistischer Straftaten/von Hasskriminalität	<p>Andauernde Maßnahme</p> <p><u>Handzettel für Zeugen/Opfer rechtsextremistischer Straftaten/von Hasskriminalität</u></p> <p>Eine erste Überarbeitung des Handzettels erfolgte im Jahre 2019. Eine weitere Überarbeitung erfolgte 2020, hierbei wurde der Handzettel um den OFEK e.V., eine Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, ergänzt. Der aktualisierte Handzettel wurde im Juni 2020 per FN bekannt gegeben und veröffentlicht.</p>
----------	---	--

SenInnDS	<p>Hinsichtlich der materiell technischen Prävention und der Sicherheitsvereinbarungen besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen in diese Thematik eingebundenen Dienststellen der Polizei Berlin. Eine anlassbezogene Überprüfung der Sicherheitskonzepte findet statt. Dabei wird auch überprüft, wie der Schutz von jüdischen NGOs bzw.</p>	<p>Andauernde Maßnahme</p> <p>Durch LKA KoSt ST 4 werden ständig und über Jahre hinweg etwa 20 Bauvorhaben betreut, die aufgrund des Staatsvertrages des Landes Berlin mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB) durch das Land Berlin finanziert werden. Dabei handelt es sich um jüdische Objekte, die sich dem Schutz der JGzB angeschlossen haben, wie z.B. Kindergärten, Altenheime sowie Synagogen. Bei den umzusetzenden Baumaßnahmen handelt es sich um technische Sicherungen, die durch LKA KoSt ST 4 in Absprache mit dem Sicherheitsverantwortlichen der JGzB errichtet werden. Dazu finden regelmäßig jeden Monat Projektsteuerungsrunden statt, in denen u.a. mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Senatsverwaltung für Kultur und EU, Architekten und Planern die Bauvorhaben betreut werden.</p> <p>LKA KoSt ST aktualisierte u.a. die sicherungstechnischen Empfehlungen für den Umbau der Synagoge Chabad Lubawitsch, 10709 Berlin am 28.06.2021.</p> <p>Der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin steht bei Fragen/Problemen zur Sicherheit von schutzwürdigen Objekten zur Seite. Er berät auch bei jüdisch israelischen Veranstaltungen und vermittelt erforderlichenfalls an die zuständigen Dienststellen weiter, so z.B.</p>
----------	---	--

	Organisationen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, verbessert werden kann. (S. 17 Ziel 1)	bei der Eröffnung der Ausstellung „Antisemitismus für Anfänger“, die am 15.06.2021 eröffnet wurde.
SenInnDS	Durchführung von Schutzmaßnahmen für von Antisemitismus betroffene Personen sowie Objektschutz	Andauernde Maßnahme

SenInnDS	<p>Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wirken auf eine konsequente Strafverfolgung hin. Die Mitarbeitenden, die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten, verfügen über Kenntnisse der unterschiedlichen Anfeindungs- und Diskriminierungsmuster im Bereich Antisemitismus.</p> <p>Für diese werden spezielle Fortbildungen</p>	<p>Andauernde Maßnahme</p> <p>Der Maßnahme wird auch durch eine zentralisierte Bearbeitung von Delikten mit antisemitischer Tatmotivation im LKA 535 Rechnung getragen.</p> <p>(siehe unter Aus- und Fortbildung)</p>
----------	--	---

	zum Themenfeld Antisemitismus angeboten. (S. 17 Ziel 2)	
SenInnDS	Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Informationsangebote zu den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus entwickelt. Die o.g. „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ bildet dafür die Grundlage. (S. 17, Ziel 1)	(Vgl. Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin und Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Definition von Antisemitismus)

SenInnDS	<p>Aus-und Fortbildung</p> <p>Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden an der HWR und der Polizeiakademie (S.17 Ziel 2)</p>	<p>Laufende Maßnahme</p> <p>Aus-und Fortbildung durch die Polizeiakademie (PA) im Themenfeld Antisemitismus.</p> <p>Der intensiven und dauerhaften Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung kommt in der Ausbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein hoher Stellenwert zu und ist im Lehrplan als eigenständiges Leitthema sowie als Seminarangebot fest verankert.</p> <p><u>Sensibilisierung der HWR-Studierenden/Auszubildenden der Polizei Berlin</u></p> <p>Bei den drei Einführungsveranstaltungen im Okt. 2019 sensibilisiert der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin die neuen HWR-Studierenden zum Thema Antisemitismus/Hasskriminalität. Zusätzlich stellt er an 2 Terminen 2020 in Zusammenarbeit mit der HWR seine Arbeit als Antisemitismusbeauftragter den Studierenden des geh. Dienstes vor.</p> <p>In der Einführungswoche der Nachwuchskräfte des Einstellungsjahrganges F 20 hielt der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin eine Rede zum Thema Antisemitismus/Hasskriminalität und Haltung.</p>
----------	---	---

	<p>Verstärkung der politischen/ historischen Bildung durch Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten (S. 17 Ziel 2)</p>	<p>Digitale Vertiefungsseminare im Themenfeld Antisemitismus fanden ebenfalls 2021 statt und wurden durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin begleitet/unterstützt.</p> <p>Laufende Maßnahme</p> <p><u>Ausbildung</u></p> <p>Seit 1984 regelmäßige Besuche der Gedenkstätte Sachsenhausen durch die Auszubildenden der PA,</p> <p>Exkursionen zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas,</p> <p>jährliche Teilnahme an Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Geschehnisse des 09.11.1938 am „Gleis 17“ des Bahnhofs Grunewald,</p> <p>Kooperationsveranstaltungen mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dem Centrum Judaicum,</p> <p>seit 2007 Teilnahme am europaweiten Projekt „Züge in das Leben – Züge in den Tod“ zur Erinnerung an die lebensrettenden Kindertransporte von 1938 bis 1939 nach England.</p>
--	--	--

	<p>Für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten, werden spezielle Fortbildungen angeboten, in denen aktuelle Kenntnisse der unterschiedlichen Anfeindungs- und Diskriminierungsmuster im Bereich Antisemitis-</p>	<p>Die Polizei Berlin unterstützte 2021 wie auch in vergangenen Jahren die Veranstaltung „I Remember - Züge in den Tod“ am Berliner Denkmal für Kindertransporte am 03.09.2021. Der Antisemitismusbeauftragte, Herr Pemp, hielt eine Rede.</p> <p><u>Projekt REGISHUT</u></p> <p>Das Projekt „REGISHUT - Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei“ ist ein Fortbildungsangebot für die Polizei Berlin in Zusammenarbeit mit dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK).</p> <p>Die Durchführung der Fortbildungen startet nun unter der Federführung der PA <u>ab dem 13. September 2021</u> im Rahmen von mehreren 2-tägigen Fortbildungsveranstaltungen unter dem Titel: „Antisemitismus heute, ein polizeiliches Problem?!“ für einen Teilnehmerkreis von 10 - 15 Personen (Mitarbeitende der Polizei Berlin) über das Bildungsportal (iBMs) und ist im Intrapol einseh- und buchbar (alle drei Termine im September sind bereits ausgebucht).</p> <p>Die Ansprechpersonen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit von LKA PräV 1 (AP GMF) werden die ersten Fortbildungen begleiten.</p>
--	---	---

	<p>mus thematisiert werden. Die Veranstaltungen sollen dabei auch der Vernetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dienen. (S. 17 Ziel 2)</p>	<p>Die ursprünglich schon für das Jahr erste Halbjahr 2020 geplanten Fortbildungsveranstaltungen mussten coronabedingt nach hinten verschoben werden.</p> <p>REGISHUT ist ein von der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) finanziertes Kooperationsprojekt zwischen dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (vdk) und der Polizei Berlin.</p> <p>Zum Ende der Projektzeit ist eine Evaluation geplant.</p> <p><u>Antisemitismus Fachtag für die Berliner Verwaltung (LADS)</u></p> <p>Am 24.08.2021 fand der Fachtag Antisemitismus für die Berliner Verwaltung statt. Der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin nahm als Referent teil. Die Einladung wurde per E-Mail intern bekannt gegeben.</p> <p>In Arbeit</p> <p><u>Veranstaltung „Jüdische Gemeinden schützen - Berliner Strafverfolgungsbehörden für Antisemitismus sensibilisieren“ (VDK e.V.)</u></p> <p>Der VDK e.V. plante zusammen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte</p>
--	--	---

	<p>Aus- und Fortbildung für die Mitarbeitenden der Polizei Berlin (S. 17/Ziel 2)</p> <p>Im Bereich des mittleren Dienstes (m.D.) werden an der PA in Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen Projekttag mit dem Themenbezug „Jüdisches Leben“</p>	<p>(BDIMR) eine eintägige Veranstaltung unter dem Titel: „Jüdische Gemeinden schützen - Berliner Strafverfolgungsbehörden für Antisemitismus sensibilisieren“ zunächst für den 24.11.2020. Die Veranstaltung wurde jedoch coronabedingt verschoben. Ein neuer Termin steht bislang noch nicht fest. Neben dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin waren ca. 20 Kolleginnen und Kollegen mit besonderem Bezug zum Thema Antisemitismus zu der Veranstaltung angemeldet.</p> <p><u>Projekt: „Jüdisches Leben und Polizei/Vergangenheit trifft Gegenwart (JLUP)“</u></p> <p>Die Polizei Berlin beteiligt sich mit dem Projekt „Jüdisches Leben und Polizei - Vergangenheit trifft Gegenwart!“ am Gesamtprojekt anlässlich des Jubiläumsjahrs 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland. Mit dem polizeieigenen Projekt soll ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit gesetzt werden. Innerhalb des Projektes wird die Geschichte jüdischen Lebens in Zusammenhang mit der Polizei Berlin aufgearbeitet und eine Brücke zur Gegenwart geschlagen.</p> <p>Am 1. September 2021 wurde eine von der Polizei Berlin geplante Ausstellung auf dem Gelände der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin-Mitte feierlich eröffnet und kann dann vom 3. September bis zum 29. Oktober, jeweils Montag bis Freitag, 9 bis 15 Uhr, im Foyer des Polizeipräsidiums am Platz der Luftbrücke 6 von jedem und jeder</p>
--	---	--

	<p>durchgeführt, auch um persönliche Begegnungen mit Jüdinnen und Juden zu ermöglichen. (S. 18, Ziel 2)</p> <p>Zudem Präventions- und Netzwerkarbeit (S. 19/Ziel 6)</p>	<p>Interessierten besucht werden. Nach dem 29. Oktober wird sie in Form einer Wanderausstellung durch verschiedene Dienststellen der Polizei Berlin führen. Unter: https://juedisches-leben-und-polizei.berlin.de wird die Ausstellung bereits ab dem 1. September digital zugänglich sein.</p> <p>Der Fokus der Wanderausstellung liegt auf Personen im Polizeikontext, die sich in der Vergangenheit und in der Gegenwart antisemitischem Handeln entgegenstellten und -stellen, ohne dabei den historischen Kontext von Polizei und jüdischem Leben zu Zeiten des sogenannten Dritten Reiches sowie aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu vernachlässigen. An der Gestaltung/Erarbeitung der Ausstellung haben junge Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter mitgewirkt. Das Thema Haltung steht im Mittelpunkt des gesamten Projektes.</p> <p><u>Informationsbroschüre</u></p> <p>Durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung II, Verfassungsschutz wurde im April 2020 eine Informationsbroschüre zum Thema „Antisemitismus in verfassungsfeindlichen Ideologien und Bestrebungen“ veröffentlicht. Sie beinhaltet neben Ausführungen zu</p>
--	---	---

	<p>Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden der Polizei Berlin zu Antisemitismus als Teil eines Gesamtkonzeptes zur Prävention von Hasskriminalität (S. 18)</p>	<p>Erscheinungsformen des Antisemitismus und der Entwicklung des Antisemitismus in verfassungsfeindlichen Bestrebungen seit 1945 insbesondere die Ausprägungen des Antisemitismus in den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen. Die Broschüre ist auch unter www.verfassungschutz-berlin.de online abrufbar.</p> <p>In Arbeit</p> <p>Erstellung neuer und Überarbeitung bereits vorhandener Aus- und Fortbildungskonzepte in Abstimmung mit der PA und HWR. Derzeit wird ein zusätzliches Modul Hasskriminalität/Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) konzipiert. Zusätzlich gab es bereits erste Gespräche mit Herrn Steinitz (RIAS e.V.) über eine mögliche Einbindung von RIAS bei der Aus- und Fortbildung.</p>
--	--	---

SenInnDS	<p>Antisemitische Parolen, Motive oder Zeichen von antisemitischen Organisationen und ihrer Partnerorganisationen werden auf Versammlungen im öffentlichen Straßenschild nicht mehr gezeigt oder verwendet. Die zuständigen Behörden nutzen alle Möglichkeiten durch Auflagen antisemitischen Bekundungen auf Aufmärschen wie</p>	<p>Laufende Maßnahme durch Versammlungsbehörde (LKA St 6) geprüft.</p> <p>Al-Quds-Versammlungen werden regelmäßig auf ein Verbot/eine Beauflagung hin überprüft.</p> <p>Zum Thema Tragen einer adaptierten „Judenstern“-Armbinde im Rahmen von sog. Hygiene-Demonstrationen gab es einen internen Austausch (Polizei Berlin) mit zwei Abstimmungsgespräche u.a. mit PPr Just 1.</p> <p>PPr Just 1 empfiehlt nach Einbindung von SenInnDS für Berlin im gegebenen Fall innerhalb einer Versammlungslage, eine Beauflagung vorzunehmen und verwies auf die Möglichkeit, im Einzelfall eine Sicherstellung durchführen zu können. Eine Sensibilisierungs-E-Mail wurde seitens PPr Just 1 an LPD St 112 gesteuert.</p> <p>LPD St 111 konkretisierte intern per E-Mail vom 08.06.2021 die rechtliche Würdigung des Tragens von Armbinden pp. mit adaptiertem „Judenstern“ bei Versammlungen unter Berücksichtigung des § 14 VersFG BE (diesbezüglich findet auch eine fortlaufende Erkenntnisverdichtung unter Einbeziehung sämtlich verfügbarer Quellen statt). Zusätzlich wurde</p>
----------	---	--

	<p>zum Beispiel am sogenannten „Al-Quds-Tag“ vorzubeugen</p> <p>(S. 18 Ziel 3)</p>	<p>per E-Mail am 11.06.2021 mittels zweier Übersichten des LKA 52 im Hinblick auf die potentielle Strafbarkeit von Flaggen, Symbolen und Parolen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt sensibilisiert.</p>
--	--	--

SenInnDS	<p>Die Polizei Berlin intensiviert den bereits bestehenden Erfahrung- und Informationsaustausch mit NGO. Hierbei soll überprüft werden, wie Polizeiberichte und Analysen der unabhängigen „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) synchronisiert werden können. (S. 19 Ziel 4 Abs.2)</p>	<p>Regelmäßige Quartaltreffen zwischen LKA 5 (LKA 53 und LKA KoSt ST 1 KPMD) und RIAS e.V. Der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin nimmt regelmäßig an dem quartalsmäßigen Austausch teil.</p> <p>An der längeren Abstimmungs- und Planungsphase vom Projekt REGISHUT war RIAS e.V. eng eingebunden (vgl. unter: Aus- und Fortbildung).</p> <p>Ferner stehen den NGOs im LKA 5 feste Ansprechpartner zur Verfügung, ebenso sind Ansprechpartner der wesentlichen NGOs auf diesem Themengebiet bekannt.</p> <p>Die Dezernatsleitung des LKA 5 vertritt die Polizei Berlin im Berliner Beratungsnetzwerk.</p> <p>Um in einen strukturierten Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zu treten, wurde seitens der Polizei Berlin in 2015 der „Tempelhofer Dialog“ initiiert, der seither einmal jährlich stattfindet. Teilnehmer sind neben verschiedenen Vertretern der Polizei Berlin die Berliner Protagonisten von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, die sich insbesondere der Bekämpfung und Dokumentation der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus verschrieben haben. Ein Themenschwerpunkt war in der Vergangenheit auch „Antisemitismus - Opferorientierte Polizeiarbeit“.</p>
----------	--	--

SenInnDS	<p>Der kriminalpolizeiliche Meldedienst kategorisiert einheitlich antisemitisch motivierte Straftaten. Allerdings wird von NGOs bemängelt, dass in der PMK-Statistik die wissenschaftliche Sichtweise besser abgebildet werden müsste. Der Senat unterstützt die Bemühungen von Bund und Ländern, die statistische Erfassung zu erneuern (S. 19 Ziel 4/3. Abs.)</p>	<p>Der kriminalpolizeiliche Meldedienst (LKA KoSt ST 1 KPMD) kategorisiert zentral und einheitlich antisemitisch motivierte Straftaten und schafft somit eine Datengrundlage, auf der die polizeiliche Prävention aufbauen kann.</p> <p>Auf der 214. Sitzung der IMK wurde unter TOP 61 die statistische Erfassung von fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten behandelt. Im Nachgang wurde auf Entscheidung SenInnDS die bisherige Erfassungspraxis bei antisemitischen Straftaten im Rahmen des KPMD-PMK bei der Polizei Berlin in der Form angepasst, dass antisemitische Straftaten, bei denen keine eindeutige Tätermotivation erkennbar ist, unter dem Phänomenbereich PMK –nicht zuzuordnen- erfasst werden. Bei der Polizei Berlin wurde die Erfassungspraxis daraufhin am 03.08.21 rückwirkend unter Sichtung sowie ggf. Neubewertung der bislang für das laufende Jahr erfassten Fälle zum 01.01.2021 geändert. Die Statistiken zu den vorangegangenen Jahren bleiben von dieser Änderung dagegen ausdrücklich unberührt.</p> <p>Zudem wird die Polizei Berlin im Rahmen der Gremienbefassung in der Kommission Staatsschutz sowie in der AG Kripo auf eine Änderung der bisherigen Erfassungsrichtlinien und damit auf bundesweit einheitliche Erfassungskriterien hinwirken.</p>
----------	---	--

SenInnDS	Die Bekämpfung von Antisemitismus und antisemitischen Strukturen im Internet und speziell in sozialen Netzwerken soll gestärkt werden. (S. 19 Ziel 5)	<p><u>Internetauswertung</u></p> <p>Eine Ausweitung und Optimierung der Internetauswertung konnte 2017 mit der Besetzung dreier Stellen für „Internetauswerter/-innen mit besonderen Ermittlungsaufgaben im LKA 53 AE“ erreicht werden.</p> <p>Die für LKA 53 tätigen Internetauswerter/-innen stellen einen enormen Mehrwert für das Dezernat dar, da sie Internetrecherchen und -auswertung durchführen, die für die durchschnittliche Dienstkraft in der geleisteten Bandbreite und Tiefe aufgrund fehlender Fachkenntnisse nicht möglich sind. Ferner optimieren die Internetauswerter/-innen die anlassbezogene Medien- und Internetauswertung durch Strukturierung und Standardisierung der erforderlichen Arbeitsschritte. Durch die fachlich fundierten Auswertungen strafbewehrter Internetseiten wurde nach Einschätzung der StA eine deutliche Qualitätssteigerung in den Ermittlungsverfahren erzielt. Die Internetauswertung nimmt hier - nach Aussage der StA - eine quasi „gutachterliche Funktion“ wahr.</p> <p>Im Themenfeld Internetauswertung steht noch ein Informationsgespräch mit dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und den Internetauswertern des LKA 5/8 und deren Vorgesetzten aus, um dieses Themenfeld näher zu beleuchten und mögliche Lücken/Handlungserfordernisse zu detektieren.</p>
----------	---	---

SenInnDS	Die Präventions- und Netzwerkarbeit zum Thema Antisemitismus soll gestärkt werden. (S. 19 Ziel 6)	<p>Andauernde Maßnahme.</p> <p>Ernennung eines Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und einer Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als zentrale Ansprechpersonen und für die interne Koordinierung und Steuerung.</p> <p><u>Polizeiinterner Runder Tisch Antisemitismus</u></p> <p>Zur Förderung der Vernetzung sämtlicher polizeilichen Akteure im Themenfeld Antisemitismus fand ein polizeiinterner Runder Tisch Antisemitismus (2019 und 2020) statt. Er dient der besseren Vernetzung sämtlicher Akteure und soll zu einer zusätzlichen Sensibilisierung und einer ganzheitlichen Sichtweise beitragen.</p> <p><u>Erster Runder Tisch gegen Hasskriminalität/gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) mit NGOs</u></p> <p>Am 20.10.2020 fand ein erster Runder Tisch gegen Hasskriminalität/GMF mit NGOs statt. Bei unterschiedlichen Gelegenheiten ist seitens einiger NGOs der Wunsch zu einem regelmäßigen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizei Berlin zum Thema Rassismus und Hasskriminalität geäußert worden. Vertretende der jüdischen Community nahmen coronabedingt an dem ersten Treffen bedauerlicherweise nicht teil.</p>
----------	---	--

	<p>Die Präventions- und Netzwerkarbeit zum Thema Antisemitismus soll gestärkt werden. (S. 19 Ziel 6)</p>	<p>Der zweite Runde Tisch gegen Hasskriminalität/GMF mit NGOs ist für Dienstag, den 14.09.2021 geplant. Diverse Vertretende unterschiedlicher NGOs haben bereits zugesagt, auch aus der jüdischen Community.</p> <p><u>Treffen Dir E/V - Zentraler Objektschutz (ZOS)</u></p> <p>Ein Treffen des Antisemitismusbeauftragten mit ZOS zu Fragen des Objektschutzes im Zusammenhang mit jüdisch/israelischen Objekten fand am 28.11.2019 statt.</p> <p><u>Gedankenaustausch mit jüdischen Kolleginnen und Kollegen</u></p> <p>Um eine ganzheitliche Sichtweise zu erhalten, unterschiedliche Perspektiven zu beleuchten und Betroffene noch stärker einzubinden, fand 2019 und 2020 ein Gedankenaustausch mit jüdischen Kolleginnen und Kollegen statt.</p> <p><u>Vernetzung Sicherheitsbehörden/Justiz</u></p> <p>Am 24.10.2019 fand ein erstes Abstimmungsgespräch zwischen den Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft (Frau Vanoni und Herr Eisenbach) und dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin (Herr Pemp) und dem Vertreter statt. In dem Gespräch wurde u. a. sowohl eine noch engere Abstimmung, verbesserte Kommunikation und</p>
--	--	--

SenInnDS		<p>Pressearbeit als auch mögliche, gemeinsame Aus- und Fortbildungsveranstaltungen erörtert. Es wurde vereinbart, sich zukünftig regelmäßig zu treffen.</p> <p>Herr Pemp und Frau Vanoni stehen im engen Austausch zu antisemitischen Sachverhalten. Zusammen entwickelten sie den Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin (vgl. S. 3 f.).</p> <p>Die Staatskanzlei und das Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt lud u.a. den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin zu einer Gesprächsrunde zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen am 6. Mai 2021 ein, an dem Herr Pemp von der Polizei Berlin teilnahm.</p> <p><u>Runder Tisch antisemitische Gewalt (RTaG) bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport</u></p> <p>An dem turnusmäßigen Runden Tisch antisemitische Gewalt bei SenInnDS nimmt der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin regelmäßig teil.</p> <p><u>Vernetzung mit dem Ansprechpartner des Landes Berlin für Antisemitismus</u></p> <p>Der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin ist fachlich im engen Austausch mit dem Ansprechpartner für Antisemitismus des Landes Berlin, Herrn Prof. Dr. Salzborn.</p>
----------	--	---

	<p>Die Präventions- und Netzwerkarbeit zum Thema Antisemitismus soll gestärkt werden. (S. 19 Ziel 6)</p>	<p>Das <u>Projektvorhaben „Jüdisches Leben und Polizei/Vergangenheit trifft Gegenwart“</u> dient ebenfalls der Netzwerkarbeit (vgl. oben).</p> <p><u>Veranstaltungen/ Netzwerktreffen</u></p> <p>Der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin(/Vertreter) nahm 2019 an 23, 2020 an 14 und 2021 an 6 Netzwerktreffen/Veranstaltungen mit NGO teil. Coronabedingt sind einige Veranstaltungen 2020/2021 ausgefallen.</p> <p>Die Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nahm ebenfalls an diversen Netzwerktreffen und Veranstaltungen im Jahre 2021 teil.</p> <p><u>Pressetermine/ Interviews</u></p> <p>Der Antisemitismusbeauftragter bzw. die Ansprechperson für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der Polizei Berlin nahmen diverse Pressetermine wahr und beantwortete grundsätzlich in enger Abstimmung mit der Pressestelle mehrere Presseanfragen, insbesondere zum Thema des Nahost-Konfliktes der im Mai 2021 erstarkte sowie zum Projekt JLUP (s.o.).</p>
--	--	--

		<p>In Arbeit:</p> <p>Besuch und Gespräch des Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin mit Schülerinnen und Schülern jüdischer Schulen in Berlin.</p>
<p>SenInnDS / Landeskommission Berlin gegen Gewalt</p>	<p>„ACT - Acceptance, Commitment, Training“</p> <p>Bildungs- und Beratungsprogramm für Schule, Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit. Schulen werden im Umgang mit Antisemitismus gestärkt und professionalisiert. Unterstützung der Schule in der Entwick-</p>	<p>Das Modellprojekt, das zum 01.07.2019 begonnen hat, wurde 2020 und wird 2021 durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt weitergefördert. Es ist geplant, das Modellprojekt 2022 weiter zu fördern.</p>

	lung eigener Konzepte zur Prävention von Antisemitismus und Intervention und Sensibilisierung von Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften sowie Schülerinnen und Schüler (S. 12-13).	
--	---	--

<p>SenInnDS / Landeskommission Berlin gegen Gewalt</p>	<p>Make Hummus Not Walls</p> <p>Das Modellprojekt ist ein partizipatives Projekt zu den Themen Antisemitismus und Nahostkonflikt. Ziel ist es, Feindbilder aufzulösen und Vorurteilen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken, um damit Gewalttaten in diesem Bereich die Grundlage zu entziehen. Zielgruppe</p>	<p>Das Modellprojekt, das zum 01.07.2019 begonnen hat, wurde 2020 und wird 2021 durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt weitergefördert. Es ist geplant, das Modellprojekt 2022 weiter zu fördern.</p>
--	--	---

	sind Stadtteilmütter/Kiezmütter als im Bezirk verankerte und gut vernetzte Multiplikatorinnen (S. 22).	
--	--	--

<p>Kofinanzierung einer Maßnahme beim LKA PräV: SenInnDS/Landeskommission Berlin gegen Gewalt</p>	<p>Jüdisches Leben und Polizei (JLUP).</p> <p>Das Projekt, das durch das LKA Prävention umgesetzt wird, setzt ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus. Innerhalb des Projektes wird die „Geschichte jüdischen Lebens“ aufgearbeitet und eine Brücke zur Gegenwart geschlagen. Das Projekt sensibilisiert insbesondere junge Polizeischüler/innen.</p>	<p>Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt beteiligt sich an dem Projekt mit einer Kofinanzierung. (siehe oben)</p>
---	---	--

4.3. Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenJustVA	Ernennung eines/einer Ansprechpartners/in für Antisemitismus (S. 3).	Ernennung erfolgte im Mai 2019 (zunächst kommissarisch); endgültige Besetzung ist zum 01. August 2020 erfolgt.	
SenJustVA	Dauerhafte Förderung von Präventionsmaßnahmen, die der Heterogenität der	Fortlaufende Förderung des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus“.	Vorkehrungen für eine Fortsetzung der Förderung von Maßnahmen der Antisemitismusprävention im Kap. 0601 / Titel 68406 wurden getroffen.

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
	Berliner Stadtbevöl- kerung gerecht wer- den (S. 28).		
SenJustVA	Antisemitische Vor- fälle und antisemiti- sche Einstellungen in der Berliner Bevölke- rung werden zivilge- sellschaftlich erfasst und analysiert (28 f.).		<p>Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) gewährleistet ein (anonymisiertes) zivilgesellschaftliches Monitoring antisemitischer Vorfälle.</p> <p>Das Projekt „Berlin Monitor“ ermittelt das Ausmaß antisemitischer Einstellungen in der Berliner Bevölkerung. Antisemitismus wurde bei der Erhebung im Jahr 2019 als Schwerpunkt bearbeitet; im Jahr 2020 erfolgte eine qualitative Zusatzstudie zum Berlin Monitor, die die Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen erforscht hat und deren Erkenntnisse im Rahmen einer Fachtagung in der Landeszentrale für politische Bildung vorgestellt wurden.</p> <p>Vorkehrungen für eine Fortsetzung der Förderung beider Projekte im Kap. 0601 / Titel 68406 wurden getroffen.</p>

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenJustVA	Bundesratsinitiative zur Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungs- gesetzes (AGG) (S. 30).		Die Bundesratsinitiative wurde vom Berliner Senat beschlossen und in den Bundesrat einge- bracht. Der Bundesrat hat in seiner 1005. Sitzung am 28.05.2021 beschlossen, die Entschlie- ßung des Antrags der Länder Berlin und Bremen zur Novellierung des Allgemeinen Gleich- behandlungsgesetzes (AGG) „nicht zu fassen“.

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenJustVA	Ausbau von Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus im digitalen Raum (im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus) (S. 10).	2020 ff.	Vorkehrungen im Kap. 0601 / Titel 68406 wurden getroffen. Gefördert werden in diesem Bereich u.a. die Projekte „Civic.net - Aktiv gegen Hass im Netz“ der Amadeu Antonio Stiftung & „Online gegen Antisemitismus“ von Bildung in Widerspruch e.V.

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenJustVA	Förderung des Angebots der Beratung einer antisemitismuskritischen Jugendarbeit, die auf die Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte abzielt (Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus) (S. 11).	2020 ff.	Vorkehrungen für eine Teilfinanzierung im Kap. 0601 / Titel 68406 wurden getroffen. Konzeptionelle Abstimmung mit SenBJF ist erfolgt. Förderung der „Praxisstelle Jugendarbeit gegen Antisemitismus“ der Amadeu Antonio Stiftung

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenJustVA	Weiterentwicklung des Landeskonzepes gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Koordination eines konsultativen Prozesses mit Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft (S. 27).	Fortlaufend	Einrichtung einer ressortübergreifenden Verwaltungs-AG im Nov. 2019. Die Weiterentwicklung erfolgt außerdem fortlaufend in Zusammenarbeit mit dem „Expert_innenkreis Antisemitismus“.
SenJustVA	Unterstützung und Vernetzung der bezirklichen Arbeit in	Fortlaufend	Einrichtung einer AG im Sept. 2020 mit den in den Bezirken für Antisemitismus zuständigen Personen

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
	der Antisemitismusprävention		
SenJustVA	Vernetzung mit den Antisemitismusbeauftragten des Bundes und der Länder	Fortlaufend	Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK); mit Co-Vorsitz des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus vom 01.10.2020 bis 30.09.2021
SenJustVA	Förderung eines kooperativen Projekts jüdisch-muslimischer Jugendlicher / Akteure der Zivilgesellschaft (S. 29).	Vorkehrungen im Kap. 0601 Titel 68406 wurden getroffen. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden Berliner Träger mit entsprechender Zielsetzung gefördert.	

Zuständige Senatsverwaltung	Senats-	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenJustVA		Unterstützung eines auf Antisemitismus spezialisierten Beratungsangebots (S.29).		Die Vorkehrungen im Kap. 0601 Titel 68406 wurden getroffen. Gründung der Beratungsstelle OFEK Berlin im März 2020 als erstes spezifisches Beratungsangebot für von antisemitischen Vorfällen betroffene Menschen
SenJustVA, SenInnDS, SenBJF		Fachtag (Fortbildung) für die Berliner Verwaltung zu Antisemitismus	Durchgeführt am 24.08.2021 in der Landeszentrale für politische Bildung	Kooperation SenJustVA, SenInnDS, GStA, SenBJF, LpB
SenJustVA		Expert*innen-Workshop(s) des Landesdemokratiezentrum (LDZ) zum Thema Allianzen/Bündnisse	in Vorbereitung	

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
	gegen Rassismus und Antisemitismus		
SenJustVA	Online-Portal „Demokratie. Vielfalt. Respekt“. Die Plattform soll im Hinblick auf die Antisemitismusprävention weiter ausgebaut werden (S. 31).	Fortlaufend.	Angebote zur Antisemitismusprävention wurden aufbereitet.
SenJustVA	Fortbildungsmaßnahmen für Richter/innen	Pandemiebedingt sind im Bereich der Fortbildungen im Jahr 2020 und 2021 erhebliche Einschränkungen zu verzeichnen, da die Fortbildungen zur Antisemitismus-Sensibilisierung	

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
	<p>und Staatsan- wälte/innen zum Thema Antisemitis- mus sowie zur Sensi- bilisierung im Um- gang mit den Opfern rassistischer Taten (S.16, 35).</p>		<p>grundsätzlich dialog- und gruppenbildungsorientiert sind und sich daher für eine digitale In- teraktion wenig anboten. Die Antisemitismusprävention ist ständiges Thema in der Pro- grammplanung und wird mit Ende der pandemischen Einschränkungen im gleichen Maße wie zuvor wiederaufgenommen.</p> <p>Die dennoch durchgeführten bzw. in Planung befindlichen Fortbildungen sind aufgeführt.</p> <p>Fortbildungen an der Justizakademie (JAK) in Königs Wusterhausen:</p> <p>Jährliche Veranstaltung „Aktuelle Entwicklungen im politischen Extremismus und Terrorismus“ in 2019 am 30.09.2019 und in 2020 am 11.09.2020 mit eigenem Referat zum Thema Antise- mitismus.</p> <p>Im Rahmen der Veranstaltung „Politischer Extremismus und Terrorismus“ am 11.09.2020 an der JAK hielt der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Herr Prof. Dr. Samuel Salzborn, einen Vortrag zum Thema „Antisemitismus im politischen Extremismus“.</p>

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
			<p>Am 30.08.2021 fand erstmalig die Fachtagung Antisemitismus statt, bundesweit die erste Tagung für Richter*innen, Amts- und Staatsanwält*innen sowie Polizeibeamt*innen, die sich ausschließlich mit dem Thema Antisemitismus befasst. Die Fachtagung soll künftig jährlich stattfinden.</p> <p>Fortbildungen an der Deutschen Richterakademie:</p> <p>z.B. 5d/2020 „Justiz und Judentum“; 1d/2020 „Das Rosenberg-Projekt und seine Folgerungen daraus“; 5c/2019 und 22d/2020 „Praxisforum Staatsschutzstrafrecht“; 6c/2019 und 6c/2020 „Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“; 23d/2019, 28d/2021 „Zwischen Recht und Unrecht - Deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert“; 21b/2019 und 2b/2021 „Rechtsradikalismus und Neonazismus - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen“; 22d/2019, 24c/2020 und 25c/2021 „Die nationalsozialistische Justiz und ihre Aufarbeitung“.</p>

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
		Sonstige Fortbildungen	<p>2019 Fortbildung am Amtsgericht Tiergarten mit dem Titel „Antisemitismus als Herausforderung für die Justiz“; 2021 Online-Fortbildung „Verschwörungstheorien - aktuelle Entwicklungen und Umgang im Justizalltag“; 2021 Symposium im Haus der Wannseekonferenz, bei dem die Zwischenergebnisse des unter der Federführung des GJPA verantworteten Gemeinsamen Forschungsprojekts der Juristischen Fakultäten von Humboldt Universität und Freier Universität zu den NS-Kontinuitäten in der Berliner Verwaltung nach 1945 vorgestellt wurden.</p> <p>Finanzierung über das Fortbildungsbudget des GJPA / Finanzierungsanteil von Berlin an den Kosten der DRA ist wie jedes Jahr angemeldet.</p>
SenJustVA	Veranstaltung zur Fortbildung und Ver- netzung für Strafrich-	Am 30.08.2021 fand erstmalig die Fachtagung Antisemitismus statt, bundesweit die erste	Tagung für Richter*innen, Amts- und Staatsanwält*innen sowie Polizeibeamt*innen, die sich

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
	ter/innen, Staatsan- wälte/innen sowie die Polizeibeamten/in- nen, die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten (S.17, 36).		ausschließlich mit dem Thema Antisemitismus befasst. Die Fachtagung soll künftig jährlich stattfinden.
SenJustVA	Veranstaltungen für Rechtsreferendare zu den Themen deutsche Justizgeschichte / Nationalsozialismus / Antisemitismus / Op- ferschutz (S.35).		Pandemiebedingt sind im Bereich der Fortbildungen im Jahr 2020 und 2021 erhebliche Ein- schränkungen zu verzeichnen. Dennoch hat das Kammergericht als Ausbildungsbehörde das unten aufgeführte regelmäßige Veranstaltungsprogramm nach kurzer pandemiebedingter Unterbrechung fortgeführt. 1) Pflichtveranstaltungen jeweils 1 Tag:

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
			<p>„Aspekte deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert“; „DDR-Geschichte“; „Anwaltsge- schichte“.</p> <p>2) Zusatzveranstaltungen:</p> <p>„Menschenrechtsbasierter Diskriminierungsschutz und Diversity“.</p> <p>Seminar „Politische Justiz im Nationalsozialismus“.</p> <p>Seminar „Prozessuale Fragen der Nürnberger Prozesse“.</p> <p>12.09.2019 Fortbildung „Herausforderungen und Probleme des NSU-Verfahrens aus Sicht des Generalbundesanwalts“.</p>
SenJustVA	Entwicklung von Infor- mationsangeboten für Mitarbeitende der		- Ländereigene Fortbildung zum Thema „Antisemitismus als Herausforderungen für die Jus- tiz“ (Referent: Carl Chung, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus) am

Zuständige Senats- verwaltung	Maßnahme / Seiten- zahl im Landeskon- zept gegen Antise- mitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
	Gerichte und Staats- anwaltschaften zu ak- tuellen Erscheinungs- formen von Antisemi- tismus (S. 17, 36).	5. Dezember 2019, an der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Strafrichterinnen und Straf- richter sowie Amtsanwältinnen und Amtsanwälte teilnahmen. Ziel dieser Veranstaltung war es unter anderem, die gegenseitigen Erwartungshaltungen von Betroffenen und Justiz zu be- leuchten und die Teilnehmenden auf typische Verständigungsprobleme aufmerksam zu ma- chen. Weitere Veranstaltungen vergleichbarer Art sollen nach Ende der pandemischen Lage folgen.	- Eröffnung der Ausstellung „L’Chaim - Die Vielfalt jüdischen Lebens entdecken“ der Kreuz- berger Initiative gegen Antisemitismus in Kooperation mit der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin am 16.03.2020 im Kammergericht Berlin, Finanzierung über die LADS; Dauer der Ausstellung bis Mitte Mai; es waren zudem eine Eröffnungsver- anstaltung sowie Führungen zu dieser Ausstellung geplant. Diese mussten aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
			Am 18. August 2021 fand eine Fortbildung für die Fachabteilung 231 der Staatsanwaltschaft Berlin zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen und aktuellen Entwicklungen von Antisemitismus statt; Vortragender war der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Herr Prof. Dr. Samuel Salzborn; an den Vortrag schloss sich ein Austausch und eine Diskussion über den Umgang mit antisemitischen Sachverhalten im strafrechtlichen Kontext an.
SenJustVA, SenInnDS	Hinwirken auf eine konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten und Sensibilisierung für die Belange der Betroffenen (S. 16, 17)		Regelmäßiger Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Antisemitismusprävention (RIAS, OFEK, dem Antisemitismusbeauftragten der Jüdischen Gemeinde und einem Vertreter von Kahal Adass Jisroel) und den mit der Verfolgung antisemitischer Straftaten befassten Staatsanwält*innen der Fachabteilung 231 sowie der Leiterin der Zentralstelle Hasskriminalität der StA Berlin mit den Zielen: Sensibilisierung der Staatsanwält*innen für die Belange der Betroffenen, Steigerung der Akzeptanz von justiziel-

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
			<p>len Entscheidungen auf Seiten der jüdischen Gemeinschaft, Identifizierung von Optimierungsmöglichkeiten - Treffen am 03.09.2020 und 16.05.2021; nächstes Treffen voraussichtlich im November 2021</p> <p>Erstellung eines gemeinsamen Leitfadens der Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin im Juni 2021: Mit dem Leitfaden wird den Mitarbeitenden der Polizei Berlin sowie der Amts- und Staatsanwaltschaft in Berlin eine praxisnahe Handlungsempfehlung für die Verfolgung antisemitischer Straftaten gegeben. Gleichzeitig hilft der Leitfaden, Antisemitismus besser zu erkennen und die Sensibilität für dieses wichtige Thema zu fördern. Ferner beschreibt der Leitfaden die vorhandenen Bearbeitungsstandards - auch für einen strukturierten Wissenstransfer.</p>

4.4. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenBildJugFam	Stärkung von Demokratiebildung und Partizipation durch Jugendfördergesetz (S. 9).	Fortlaufend.	

SenBildJugFam	Lehrkräftefortbildung zum Thema Antisemitismus und jüdisches Leben.	<p>Insbesondere wird der Lehrkräftenachwuchs aller Fächer für die im Schulalltag auftretenden Formen von Antisemitismus im Rahmen der Lehrkräftefortbildung sensibilisiert und zum Handeln befähigt. Themen wie die Sichtbarkeit jüdischen Lebens als Teil unserer Gesellschaft im schulischen Alltag und die Entstehungsgeschichte des Staates Israel sowie seine besondere Bedeutung für Jüdinnen und Juden sind, wie im Landeskonzept postuliert, Gegenstand von Fortbildungen.</p> <p>Für die regionale Fortbildung wurden Schulberaterinnen und Schulberater in einer dreijährigen Qualifizierung für Demokratiebildung & Diversity sowie Prävention gegen Diskriminierung, Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus qualifiziert. Diese bieten seitdem regionale Fortbildungen zur Demokratiebildung und Antisemitismusprävention an, unter anderem zu Themen wie z.B. „Bildung gegen Antisemitismus“ oder „Prävention von Erscheinungsformen des Antisemitismus“.</p> <p>Die Regionale Fortbildung Berlin bietet zur Prävention von Antisemitismus fortlaufend Fortbildungen und Beratungen zu verschiedenen Themenfeldern an. Dazu gehören Fortbildungen zu den Themen Umgang mit Vielfalt, Prävention von und Umgang mit Antisemitismus,</p>
---------------	---	--

		Islam- und Muslimfeindlichkeit, Mobbing, Diskriminierung und Extremismus. In diesen Kursen werden auch die Rolle der Lehrkraft, demokratische Wertevermittlung und Möglichkeiten der Partizipation in der Klassen- und Schulgemeinschaft thematisiert.
SenBildJugFam	Praxisstelle Bildung und Beratung.	<p>Die Schulen erhielten im Schuljahr 2020/21 durch die „Praxisstelle Bildung und Beratung“ und andere ebenfalls durch Zuwendungen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie finanzierte Programme Angebote für eine prozessorientierte, dauerhafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus.</p> <p>Langfristige Fortbildungsreihen zu den Demokratiecurricula „Hands for kids“ und „Hands across the campus“, Angebote im Bereich demokratische und diversitätsbewusste Schulentwicklung und Fortbildungen im Bereich der Demokratiepädagogik, zum Beispiel zum Klassenrat, ergänzen die genannten Angebote.</p>

SenBildJugFam	Programm Politische Bildung	Ab dem 1.1.2021 haben alle öffentlichen Schulen im Programm „Politische Bildung“ die Möglichkeit, 2.000 € zu verwenden für Projekte der Demokratiebildung und Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung sowie der Förderung von Schulentwicklungsprozessen im Sinne der demokratischen, an den Grund- und Menschenrechten orientierten Schule. Im Idealfall entfalten die im Rahmen des Programms laufenden Angebote Wirkung für die gesamte Schulgemeinschaft und werden insgesamt von dieser als Bedarf definiert. Unter anderem können auch Projekte im Bereich der Antisemitismusprävention finanziert werden.
SenBildJugFam	Förderung von Projekten wie meet to respect, interreligious peers, Susi-Ausstellung	Durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erhalten spezifische Projekte eine Zuwendung, um geeignete Programme zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Diskriminierung für Schulen anbieten zu können. Hier ist zu nennen das Projekt „meet2respect“, welches verschiedene Workshops und Unterrichtsbesuche von jüdischen, muslimischen und christlichen Religionsvertreterinnen und -vertretern durchführt. Bei den „Interreligious Peers“ lassen sich junge Juden, Christen, Muslime und Bahá'í zu Interreligious Peers ausbilden, um an Schulen Workshops beispielsweise zu Themen wie „Auseinandersetzung mit Stereotypen“ durchzuführen. Die Ausstellung „Susi, die Enkelin von Haus Nr. 4“ erzählte die wahre Geschichte eines jüdischen Mädchens aus Berlin-Zehlendorf und ihr Schicksal, sie wird derzeit durch das FEZ überarbeitet und soll in 2022 gezeigt werden.

SenBildJugFam	Newsletter	Monatlich erscheint der Newsletter „Prävention von Antisemitismus in der Schule“. Dieser Newsletter soll Interessierte informieren, welche Veranstaltungen, neue pädagogische Materialien, Best Practice-Beispiele etc. es in den Kategorien Jüdisches Leben früher und heute, Antisemitismusprävention und Vermittlung des Holocausts aktuell in Berlin und Umland gibt und die relevanten Themenbereiche weiter ins schulische Leben hineintragen.
SenBildJugFam	Rahmenlehrplan der Jahrgangsstufen 1-10.	Für die im seit dem Schuljahr 2017/18 gültigen Rahmenlehrplan obligatorischen übergreifenden Themen „Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity)“, „interkulturelle Bildung“ und „Demokratiebildung“ sind im Rahmen von Projektvereinbarungen mit dem LISUM Orientierungs- und Handlungsrahmen erarbeitet worden. Die OHR „Demokratiebildung“ und „Interkulturelle Bildung“ wurden im Dezember 2020 veröffentlicht und an alle Schulen versandt. Ende 2021 wird eine Handreichung zum OHR „Demokratiebildung“ veröffentlicht.
SenBildJugFam	Förderung der ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassistismuskritische Jugendarbeit	Die Praxisstelle ju:an: konzentriert sich auf die offene Kinder- und Jugendarbeit. Zielgruppen sind insb. Multiplikator_innen der Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken. Antisemitismus wird themenzentriert bearbeitet, sie verfolgt einen rassistismuskritischen Ansatz. Empowerment diskriminierter Gruppen und Förderung von Teilhabe ist ein Ziel. ju:an ist in zahlreichen Bezirken gut vernetzt. Ko-Finanzierung durch SenJustVA.

SenBildJugFam	Ausbau der Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit zu Antisemitismus (S. 11).	<p>Die Angebote der Fortbildung wurden entsprechend der Nachfrage und dem gestiegenen Bedarf weiter ausgebaut. Insbesondere wird der Lehrkräftenachwuchs aller Fächer für die im Schulalltag auftretenden Formen von Antisemitismus im Rahmen der Lehrkräftefortbildung sensibilisiert und zum Handeln befähigt.</p> <p>Bezüglich der Fortbildungsangebote für Fachkräfte in den Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe siehe z.B. die entsprechenden Angebote des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin Brandenburg (SFBB) wie beispielsweise das Fortbildungsangebot „Antisemitismus - (k)ein Thema der Jugend(sozial)arbeit?!“ am 10.12.2019 und 11.12.2019.</p>
---------------	--	--

SenBildJugFam	Erstellung von Handreichungen für Lehrkräfte zur Antisemitismusprävention an Grundschulen und Bildungsmaterialien zum Umgang mit israelbezogenen Antisemitismus (S. 12).	Die Handreichung wurde im Dezember 2019 fertiggestellt und an alle Grundschulen versandt. Ende 2021 erfolgt eine Neuauflage.	Ein Dossier zum Umgang mit israelbezogenen Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts wurde erarbeitet und auf dem Bildungsserver online gestellt. In 2022 sollen weitere Materialien dazu entwickelt werden.
SenBildJugFam	Unterstützung von Lehrkräften und PädagogInnen bei der Organisation und Durchführung von Exkursionen zu außerschulischen Lernorten (S. 14).	Im Schuljahr 2018/19 wurde in mehreren Fachbriefen an die Fachbereichsleitungen für die Fächer Geschichte/Politische Bildung auf Angebote der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit hingewiesen. Insbesondere durch die gemeinsamen Fortbildungsreisen von Berliner Lehrkräfte und pädagogischem Personal an die Internationale Gedenkstätte Yad Vashem (seit 2018 nehmen jedes Jahr 20 Personen an einer 10-tägigen Fortbildung in Israel teil) wurde ein Netzwerk von schulischen und außerschulischen Pädagoginnen und Pädagogen geknüpft, das zu intensiverer Kooperation zwischen Schulen und Gedenkstätten sowie anderen außerschulischen Lernorten führt.	

		<p>In 2020 und 2021 konnte die jährliche Fortbildungsreise nach Israel pandemiebedingt nicht stattfinden. Durch einen gemeinsam mit der International School of Yad Vashem und dem Haus der Wannseekonferenz veranstalteten Onlinefachtag 2020 wurde die Kontinuität der Kooperation so gut es ging gewahrt, ein Fachtag ist auch für November 2021 geplant. In 2022 soll erneut die Reise nach Israel geplant werden.</p>	
SenBildJugFam, LZ	Veranstaltungen, Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus und zu jüdischem Leben in Berlin (S.7)	2018 ff.	Jährliche rd. 20 Veranstaltungen zu versch. Facetten des Antisemitismus in Formaten wie Tagungen, Fortbildungen, Themenveranstaltungen, Lesungen etc.
SenBildJugFam, LZ	Publikationen, Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus und zu	Seit 2018	Zur Verfügung Stellung von jährlich rd.10-15 Titel von Fachpublikationen zum Thema gemäß Abgaberegeln der LZ.

	jüdischem Leben in Berlin (S.7)		
SenBildJugFam, LZ	Angebot für neu zugewanderte Menschen (S. 7/8)	2020/2021	Dieses Angebot ist auch im Gesamtkonzept Partizipation und Integration Geflüchteter verankert.
SenBildJugFam	Auch im Feld der Erwachsenenbildung gibt es Ansätze zur Sensibilisierung zum Abbau von Antisemitismus sowie zur Bewusstseins-schaffung für historische Zusammenhänge für diesen Themenkomplex. Ein Beispiel dafür ist das	Ab 2020 - fortlaufend	Herausgeberin der beiden Arbeitshefte ist die Berliner Landeszentrale für politische Bildung mit Unterstützung des Jüdischen Museums Berlin und den Volkshochschulen Berlin Mitte und Neukölln. Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.

	<p>Arbeitsheft für VHS <u>Kursteilführende</u> / <u>Kursteilnehmende</u> „Orte der Erinnerung - Denkmal für die zerstörte Synagoge Lindenstraße und jüdisches Museum. Eine Exkursion für Integrations- und Orientierungskurse“. Es handelt sich hierbei um erwachsenenpädagogische / deutschdidaktische Begleitmaterialien für den Besuch der o.g. Erinnerungsorte in Berlin.</p>		
--	---	--	--

	<p>Diese Arbeitshefte werden</p> <ul style="list-style-type: none"> a) auf Deutschkurse für Geflüchtete sowie VHS Elternkurse erweitert. b) landesweit an möglichst vielen Deutschkursen an Volkshochschulen angewandt. 		
SenBildJugFam	<p>Von Volkshochschulen werden Fortbildungen für VHS-Kursleitende konzipiert und durchgeführt, um VHS Kursleitende für das Themenkomplex</p>	Ab 2020 - fortlaufend	<p>Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.</p>

	„Antisemitismus“ zu sensibilisieren und sie mit didaktischen Handlungsmöglichkeiten in Kurs-Settings auszustatten.		
SenBildJugFam	Von Volkshochschulen wird ein Konzept zu mehr Sichtbarkeit von jüdischem Leben in ihrem Programm unter Mitwirkung von Expert*innen sowie Einrichtungen zu dem Thema entwickelt (u.a. Kursangebote	Ab 2020 - fortlaufend	Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.

	i.V.m. Museums- und Stadtführungen).		
SenBildJugFam	Orientierung an Prinzipien der vorurteilsbewussten Bildung und Stärkung der Partizipation in Kitas und der Kindertagespflege gemäß Berliner Bildungsprogramm	Ab 2014 - fortlaufend	Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.
SenBildJugFam	Projekt Konsulationskitas mit dem Querschnittsthema Partizipation - Angebot von fachorientiertem Erfahrungsaustausch	Ab 2020 - fortlaufend	Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.

	u.a. zum Thema „Vielfalt und Inklusion - vorurteilsbewusste Bildung“.		
SenBildJugFam	<p>Die Beratungsstelle „KiDs - Kinder vor Diskriminierung schützen“ wird von der SenJustVA/LADS grundfinanziert und von der SenBJF / Kitareferat kofinanziert.</p> <p>Das Angebot der Beratungsstelle beinhaltet Einzelfallberatung von Diskriminierung</p>	Ab 2020 - fortlaufend	Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.

	<p>betroffener Kinder, Beratung von Elterngruppen, Beratungen von Einrichtungen.</p>		
SenBildJugFam	<p>Stärkung der Analyse- und Handlungskompetenz frühpädagogischer Fachkräfte in Bezug auf Antisemitismus und Demokratie-feindlichkeit in der Ausbildung frühpädagogischer Fachkräfte. Grundsätzlich müssen die Lehrkräfte die oben genannten Dimensionen im Unterricht in den sechs</p>	<p>Fortlaufend</p>	<p>Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.</p>

	<p>Lernfeldern der Erzieher*innen-Ausbildung aufgreifen und umsetzen. Das Lernfeld 3 im Rahmenlehrplan für die Fachschule für Sozialpädagogik „Lebenswelten und Diversität wahrnehmen, verstehen und Inklusion fördern“ zielt mit einem Umfang von 240 Unterrichtsstunden ausdrücklich auf vertieftes Wissen und Fertigkeiten zu den oben genannten Aspekten</p>		
--	--	--	--

	in der sozialpädagogischen Arbeit ab.		
SenBildJugFam / SFBB Berlin-Brandenburg	Fort- und Weiterbildung für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg wird durch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) bereitgestellt. Den Fachkräften in der Kindertagesbetreuung wird dabei ein vielfältiges Angebot an Fort- und Weiterbildungsthemen	Fortlaufend	Diese Maßnahme taucht noch nicht in der Landeskonzeption gegen Antisemitismus auf; es wäre empfehlenswert, bei der Überarbeitung der Konzeption dies nachzuholen.

	<p>und -formaten gewidmet, Angebote zur Stärkung des diskriminierungskritischen Wissens und Könnens sind dabei fester Bestandteil. Zudem zielt der Programmteil ‚Vielfalt diskriminierungssensibel gestalten‘ explizit auf die Stärkung dieser Kompetenzen ab. Exemplarische Fortbildungsangebote:</p> <ul style="list-style-type: none">• Antisemitismusprävention in der Jugendhilfe - aber wie?		
--	--	--	--

	<p>Praxis, Theorie, Anregungen und Methoden</p> <ul style="list-style-type: none">• Vorurteile und Diskriminierungen in der Kita - Handlungsalternativen stärken• Argumentieren gegen Vorurteile und Parolen - weil Rassismus vor der Kita nicht Halt macht		
--	--	--	--

4.5. Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Zuständige Senatsverwaltung	Maßnahme / Seitenzahl im Landeskonzept gegen Antisemitismus	Umsetzungszeitraum	Bemerkungen
SenKultEU	Passus für Zuwendungsbescheide in der Kulturförderung und in der Förderung der kulturellen Bildung, wonach keine Diskriminierung zulässig ist nach dem AGG (S. 21).	Erarbeitung des Passus bis Ende 2019 angestrebt, Umsetzung in Zuwendungsbescheiden ab 2020. Maßnahme noch in der Erarbeitung, Umsetzung in 2020 geplant	<i>Umsetzung konnte pandemiebedingt noch nicht weiter verfolgt werden (seit März 2020 außerordentlich große Arbeitsbelastung der betroffenen Bereiche/Referate durch Soforthilfe-Programme etc.)</i> <i>Update: Oktober 2021: außerordentliche Belastung durch Pandemie-Unterstützungs-Programme besteht weiter, Umsetzung der Maßnahme wird aber weiterhin angestrebt.</i>

SenKultEU	Stärkung der Jüdischen Kulturtage.	<p>Kapitel 0820 / Titel 68303: Senatsentwurf sieht für die Haushaltsjahre 2020/21 einen Aufwuchs der Förderung für die Jüdischen Kulturtage vor (von derzeit 277.000 € auf 312.000 € in 2020 und 2021).</p> <p>Realisiert im Haushaltsplan 2020/2021 (Mittelaufwuchs auf jeweils 312.000 € in 2020 und 2021)</p> <p><i>Maßnahme umgesetzt</i></p>	
SenKultEU	Stärkung der Stiftung Neue Synagoge - Centrum Judaicum (S. 21).	Seit 2018 (250.000 € mehr gegenüber 2017 zum Abbau eines strukturellen Defizits).	<p>Kapitel 0820 / Titel 68433:</p> <p>Senatsentwurf sieht für die Haushaltsjahre 2020/21 einen weiteren Aufwuchs der Förderung für die Stiftung Neue Synagoge - Centrum Judaicum vor, u.a. für die Einrichtung einer Stelle für Museumspädagogik ab 2021.</p> <p>Realisiert im Haushaltsplan 2020/2021</p> <p><i>Maßnahme umgesetzt</i></p>

SenKultEU	Zusätzliche Mittel für den Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für Förderung von Projekten zur Stärkung des jüdisch-muslimischen Dialogs (S. 22).	Seit 2018 (Erhöhung des Teilansatzes „Religionsübergreifende Zusammenarbeit und Dialog der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ von 65.000 € im Jahr 2017 auf 100.000 € in den Jahren 2018 und 2019).	<p>Kapitel 0820 / Titel 68444:</p> <p>Senatsentwurf sieht für die Haushaltsjahre 2020/21 Erhöhung des Teilansatzes „Religionsübergreifende Zusammenarbeit und Dialog der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ von 100.000 € auf 160.000 € in 2020 und 2021 vor, insbesondere auch für die Stärkung des jüdisch-muslimischen Dialogs.</p> <p>Realisiert im Haushaltsplan 2020/2021</p> <p><i>Maßnahme umgesetzt</i></p>
SenKultEU	Zusätzliche Mittel für Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (S. 22)	2020/21 die Fortführung der Förderung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit i. H. v. 96.000 € vor.	<p>Vgl. Kapitel 0820 / Titel 68444.</p> <p>Realisiert im Haushaltsplan 2020/2021</p> <p><i>Maßnahme umgesetzt</i></p>

SenKultEU	Kulturelle Aktivitäten des Landes Berlin zu "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland"	Im Themenjahr 2021	<p>Die landesunmittelbare Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“ greift das Thema auf; der gegenwärtige Arbeitstitel ist noch nicht finalisiert.</p> <p>Die Stiftung Jüdisches Museum Berlin plant im Rahmen der Jubiläen "350 Jahre Jüdische Gemeinde zu Berlin" und "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" eine Sonderausstellung mit dem Arbeitstitel "Wir träumten von nichts als Aufklärung. Moses Mendelssohn in seiner Zeit".</p> <p>Das Land Berlin unterstützt und begleitet die Tätigkeiten des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“. Es wird die Tätigkeiten des Vereins auch öffentlichkeitswirksam flankieren. Das Land Berlin beteiligt sich finanziell an der o.g. Sonderausstellung. Es haben sich gegenwärtig 63 Einzelprojekte aus dem Land Berlin, darunter auch staatliche Stellen und Institutionen, für Veranstaltungen unter dem Schirm des Vereins beworben.</p>
-----------	---	--------------------	---

SenKultEU	Förderung des Projekts „Antisemitismus im Kunstfeld“ (Amadeu Antonio Stiftung)	1. Februar bis 31. Mai 2021	Das Projekt will eine belastbare Problemanalyse zu Antisemitismus in Kunst und Kultur erarbeiten. Bisher existieren keine vergleichbaren Projekte, so dass die modellhafte Erprobung hier im Vordergrund steht. Das Projekt organisiert neue Allianzen, Gesprächsformat und öffentliche Plattformen in zwischen Zivilgesellschaft und Kunstinstitutionen. (Kooperation mit der Volksbühne Berlin)
SenKultEU	<i>Einzelmaßnahme zum Thema Clubkultur und Antisemitismus-Kritik.</i> Förderung der Veranstaltung „boycott on the dancefloor - Clubkultur und der Israel-Palästina-Konflikt“	September 2021	Angesichts aktueller Debatten in der Berliner Clubszene war es das Anliegen der Veranstaltung, jenseits von starken Vereinfachungen, Polarisierungen und homogenisierenden Zuschreibungen einen Prozess zu initiieren, um Rassismus- und Antisemitismus-Kritik neben- und miteinander zu ermöglichen. (Im Rahmen der Aktionswochen gegen Antisemitismus der Amadeu Antonio Stiftung und mit finanzieller Unterstützung der AAS und SenKultEuropa; Audiomitschnitt online verfügbar)

5. Tabellarische Übersicht: Umsetzungen auf Bezirksebene

Sachstand: 05.10.2021 (Eigenangaben der Bezirke)

5.1. Bezirk: Charlottenburg-Wilmersdorf

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Digitaler Salon der Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf	4. Dezember 2020	Multiplikator*innen, Interessierte Stadtgesellschaft		Interaktiver Livestream mit dem Titel: Fake Facts! Über Normalität, Kontinuität und Attraktivität von Verschwörungserzählungen
Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf: Häuserprojektion im Stadtraum	2. November 2021	Multiplikator*innen, Interessierte Stadtgesellschaft	Register C-W, Museum Charlottenburg-Wilmersdorf	Fassadenprojektion antisemitischer Vorfällen, Beitrag zu den Aktionswochen gegen Antisemitismus 2021
Podium: „Solidarisch Sein“-Gesprächsrunde mit A. Mansour über sein Buch „So-	02.09.2021	Interessierte Bürger*innen	In Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdi-	

lidarisch Sein“- Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass.			sche Zusammenarbeit in Berlin e.V. und der Kaiser - Wilhelm- Gedächtniskirche	
--	--	--	---	--

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
„Nie den Mut verlieren“- Zeitzeugenbegegnung	Donnerstag, 26.8.2021	Erwachsene	VHS; Bibliothek; Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit	https://www.wir-bieten-vielfalt-einen-ort.de/events/nie-den-mut-verlieren-zeitzeugen-begegnung-in-der-heinrich-schulz-bibliothek/
„Iraner*innen und Jüd*innen gegen Antisemitismus!“	1.8.20 - 31.12.2021	Erwachsene	Iranische Gemeinde Berlin - Union Progressiver Juden - Zentrum gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit Brandenburg	
Gefördertes Projekt der Partnerschaft für Demokratie, umgesetzt durch Kultur-Gut Kiez e.V.: „Ein Dorf rettet!“	1.9.-31.12.2021	Schüler*innen	Verschiedene Schulen des Bezirks	Schulprojektftage zum Thema Antisemitismus und Zivilcourage

Gedenkveranstaltung am 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus			JFE Eiche, Ev. Kirchengemeinde, zwei Schulen des Bezirks	Die Gedenkveranstaltung findet im Online-Format statt
Führung: Auf dem Pfad der Erinnerung- Führung in Charlottenburg- Nord	04.09., 06.11. und 04.12.2021	An Erinnerungskultur interessierte Bürger*innen	In Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Charlottenburg - Wilmersdorf, der Ev. Kirchengemeinde Charlottenburg Nord & dem Ökumenischen Gedenkzentrum	Auf der 3,5stündigen Führung erhält man einen Eindruck von der Gedenkreigion Charlottenburg - Nord und wird mit der damit verbundenen Geschichte vertraut gemacht.
Führung: Mahnmal Gleis 17 - die Deportation der jüdischen Bevölkerung	10.10.2021	An Erinnerungskultur interessierte Bürger*innen		Die Mordmaschinerie der Juden begann am heutigen Mahnmal Gleis 17 und erfolgte bis zum März 1945 als der letzte Zug nach Theresienstadt fuhr. Dieser Rundgang zeichnet ihre Deportation aus Berlin nach und berichtet über einzelne Schicksale.
Gesprächsrunde: "Nie den Mut verlieren"- Zeitzeugenbegegnung mit Petra und	26.08.2021	An Erinnerungskultur interessierte Bürger*innen	In Kooperation mit der Christlich - Jüdischen Gesellschaft e.V. und der Heinrich - Schulz - Bibliothek	Franz Michalski, geboren 1934, berichtet von der Ge-

Franz Michalski -Moderation: Bernd Streich				schichte und der dramatischen Rettung seiner Familie während der NS-Zeit.
Thema „Gedenken. Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus“ mit 16 Geschichtsorten im Themenportal „Schauplatz Charlottenburg-Wilmersdorf“ der Berlin-History-App	laufend, seit Launch 12.2020	Berliner und touristisches Publikum	Aktives Museum e.V. (Auftragnehmer*in Recherche und Redaktion)	
BerlinHistory e.V. (App und technische Umsetzung)				
„Wer war Mod?“. Nationalsozialismus erinnern in der diversen Stadtgesellschaft. Pilotprojekt und Bildungsangebot, Biografisches Lernen zu Mod Helmy	geplant 04.2021 bis 03.2022	Jugendliche (Oberstufenklassen Integrierter Sekundarstufen und Gymnasien, sowie außerschulische Gruppen dieser Altersgruppe)	Ufuq e.V.	Mittel beantragt, Stiftung EVZ Programm Local History
Putz- und Kiezspaziergänge zu Orten von Antisemitismus in Vergangenheit & Gegenwart	2 Termine im Okt/Nov 2021 geplant	Berliner*innen	Register Charlottenburg-Wilmersdorf	Die VA finden im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus statt, koordiniert von

				der Amadeu-Antonio-Stiftung u. dem Anne Frank Zentrum
--	--	--	--	---

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Kawod ist ein sozialwissenschaftlich orientiertes Praxisforschungsprojekt. Es erhebt und interpretiert Daten einerseits durch teilnehmende Beobachtungen eigener Praxisformate oder anderer Praxen in den für das Projekt relevanten Themenbereichen. Andererseits untersucht es sowohl Umfang und Qualität der Problemlagen im Bereich Antisemitismus und anderer Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) im bezirklichen Raum als auch die zur Verfügung stehenden Ressourcen des Bezirkes	01.01.2020 bis zum 31.12.2020 und 01.01.2021 bis zum 31.12.2021	jugendliche bzw. heranwachsende Muslime und Musliminnen, interessierte Akteure aus der Sozialen Arbeit, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Sicherheitsorgane	Partnerschaft für Demokratie C-W; Integrationsbüro CW;	

bzw. der Bezirksgesellschaft als Gesamtgemeinwesen, um Problemlagen zu begegnen				
Gefördertes Projekt der Partnerschaft für Demokratie, umgesetzt durch Naturfreunde Berlin e.V.: „Kein Platz für Rassismus und Antisemitismus in Charlottenburg-Wilmersdorf“	1.5.2020-15.12.2021	Jugend, Interessierte Stadtgesellschaft	Naturfreunde Berlin e.V.	Verschiedene Maßnahmen der politischen Bildung: z.B. Stadtrundgänge, Stammtischtrainings etc.
Politische Bildungsarbeit zu den Themen Rassismus und Antisemitismus	ganzjährig	Kinder und Jugendliche des Bezirkes	Bezirkliche und freie Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	
Dauerhafte Ausstellung zum Leben der Anne Frank	dauerhaft	Kinder und Jugendliche	Ausstellung im Haus der Jugend Anne Frank	
Gemeinsames Projekt Haus der Jugend Anne Frank, Ju:an	Juli 2021	Kinder und Jugendliche	Amadeu-Antonio-Stiftung	
Teilnahme an der Aktionswoche gegen Rassismus	März 2021	JFEs des Bezirkes, Haus der Jugend Anne Frank		Teilnahme an der Aktionswoche gegen Rassismus
Unterstützung durch FuA Mittel: Stolpersteinprojekt in der Region 2	Ganzjährig in 2021	Anwohner*innen, Passant*innen	Freie Träger des Bezirkes	

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Führung: Mythos & Millionäre - Jüdische Geschichten und Tragödien vom Kurfürstendamm	07.11.2021	An Erinnerungskultur interessierte Bürger*innen		Während dieser Führung werden die facettenreichen Geschichten jüdischen Lebens und Leids am Kurfürstendamm während der Zeit des Nationalsozialismus aufgezeigt.
„Being Here“ Zum deutsch-jüdischen Festjahr zeigt die Kommunale Galerie Berlin die Ausstellung »Hiersejn,-Being Here« von jüdischen und deutschen Künstler*innen, die in Berlin leben. Mit multimedialen Kunstwerken	05.09.-21.11.2021	Kinder, Jugendliche, Erwachsene	#2021 - 321-2021: 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland e.V.	Die Ausstellung wird gefördert vom Bundesministerium des Inneren.

<p>wird eine facettenreiche Sicht auf soziale, kulturelle Identitäten und auf die jüdische und deutsche Geschichte präsentiert. Ausgangspunkt ist die Wahrnehmung der Gegenwart mit Blick auf Herkunftsorte, familiäre und historische Geschichte. »Hiersein, Being Here,« bedeutet einen Dialog zu schaffen: zum Hier und Jetzt, zur jüdisch-deutschen Geschichte und aktuellen politischen Themen.</p>				
<p>Bildungsangebot zur interreligiösen Vielfalt um die Familie Mendelssohn/Oppenheim</p>	<p>Frühjahr 2021 (Konzeptionsphase)</p>	<p>Grundschulen</p>	<p>Miphgasch/Begegnung e.V. (Auftragnehmer*in)</p>	<p>Die Villa Oppenheim ist Sitz des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf.</p>
<p>Rahmenprogramm zur Ausstellung „Hier Sein-Being Here“: Kunst und Bücher: Ein Gespräch zum Publizieren von jüdischer Geschichte und Geschichten</p>	<p>17.10.2021</p>	<p>Jugendliche/Erwachsene</p>		

k.A.				
------	--	--	--	--

7. Weitere/andere Themenfelder				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Interreligiöser Dialog	Das ganze Jahr	Konfessionsübergreifenden Gremium im Bezirk	IntB; beteiligte Gemeinden	
Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf ist Mitglied im Bündnis „Gegen den Quds-Marsch Berlin“	dauerhaft	Zivilgesellschaft, Interessierte Stadtgesellschaft	Weitere Mitglieder des Bündnisses „Gegen den Quds-Marsch Berlin“	Verschiedene Maßnahmen im Kontext des antisemitischen Al-Quds-Marsches

5.2. Bezirk: Friedrichshain-Kreuzberg

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Bezirkliches Bündnis gegen Antisemitismus mit Akteur*innen des Bezirks (Auftrittstreffen)	24.11.2020 (Zoom)	Expert*innen aus verschiedenen Institutionen und jüdischen Communities	Jüdisches Museum, Synagoge Fraenkelufer, KiGa e.V., Jüdische Gemeinde zu Berlin (Beauftragter gegen Antisemitismus), ViA e.V. (Partnerschaft für Demokratie), LADS (Ansprechperson für Antisemitismus)	Es fand ein erster Austausch per Zoom statt. Voraussichtlich einmal im Quartal soll sich getroffen werden. Entwicklung einer Arbeitsgruppe, Kartierung von Projekten im Bezirk wird von ViA e.V. bis Ende Januar 2021 erstellt.
Bezirkliche Antisemitismusbeauftragte / Ansprechperson		unklar		Bisher keine Stelle eingerichtet, noch nicht entschieden, wo verortet im Bezirk
Implementierung des Landeskonzeptes	5. Juni 2019	Interne als auch externe Zielgruppen		BA- Beschluss und BVV „Bezirkliches Strategie gegen Antisemitismus“

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Stolpersteine	kontinuierlich	Angehörige, Nachbarschaft, Öffentlichkeit		<p>Seit 2017 finanziert der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Stolpersteine, deren Verlegung von Angehörigen initiiert werden. Das Museum FHXB hat die administrative Koordination im Bezirksamt.</p> <p>https://www.fhxb-museum.de/index.php?id=20</p>
Gedenkveranstaltung jedes Jahr 09.11.		Öffentlichkeit	Synagoge Fraenkelufer	Koordination durch Fachbereich Kultur und Geschichte (FHXB Museum)
Veranstaltung „Hinter den Steinen“	29.01.2020	Öffentlichkeit		Veranstaltung des FHXB Museums: Vortrag von Shoshana Friedman über die Geschichte der Kreuzberger Familie Schipper, zu deren Erinnerung 2015 Stolpersteine in der Reichenberger Str. 127 verlegt wurden.

Tag des Gedenkens an die Opfer des NS	27.01.2020	Ehrenamtliche Stolpersteininitiativen Berlins	Bundesfamilienministerium	Die Kulturstadträtin und Bundesfamilienministerin haben ehrenamtliche Stolpersteininitiativen und die Freunde der Synagoge Fraenkelufer e.V. zum Gespräch eingeladen, anschließend gemeinsames Stolpersteinputzen.
Veranstaltung „Briefe aus Stein“	19.09.2019	Öffentlichkeit	Jüdisches Museum Berlin	Veranstaltung des FHXB Museums: Vortrag zur deutschen Übersetzung des Buchs „Briefe aus Stein“ (Metropol Verlag), die vom Museum maßgeblich unterstützt und initiiert worden ist.
Ausstellungen „Letter of Stones. Das Schicksal einer jüdischen Familie in Berlin“	2017	Öffentlichkeit		Ausstellung im FHXB Museum: auf der Grundlage von Briefen der Familie Robinski wird ihre Geschichte im Kontext des wachsenden Antisemitismus, systematischer Diskriminierung, Vertreibung und Auslöschung im nationalsozialistischen Berlin der 1930er

				und 1940er Jahre dargestellt.
Gedenktafelprogramm / Benennung von Straßen	kontinuierlich	Öffentlichkeit		Koordination durch Fachbereich Kultur und Geschichte (FHXB Museum) https://www.fhxb-museum.de/index.php?id=19
Benennung von Straßen z.B. Edith-Kiss-Straße	offizielle Benennung der Edith-Kiss-Straße erfolgte am 13. Februar 2014	Öffentlichkeit		Vorschlag folgte am 19. Dezember 2012 in der Bezirksverordnetenversammlung

3. Bildung und Jugend

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg	Seit 2020	Pädagog*innen, Angehörigen sowie Kinder und Jugendliche die von Antisemitismus an Schule / Kita betroffen sind	Jugendamt F-K im Kooperationsverbund mit der "RAA Berlin/Die Werkstatt-Familie, Schule und Jugendhilfe gemeinsam denken"	Neben Beratung auch Fortbildungen für Pädagog*innen

Thematisierung von Antisemitismus bzw. Umgang in Sozialraum AG's bzw. Bildungsnetzwerken (durch Jugendamt)	fortlaufend	Träger der Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Einrichtungen wie Unterkünfte etc.		z.B. auch Inhalt von Schulbüchern
Praxisprojekt Ju:an	2021	FKs der Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit F-K	Amadeu Antonio Stiftung	Das Praxisprojekt behandelte fortlaufend verschiedene Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in diesem Rahmen auch Antisemitismus

4. Justiz und Innere Sicherheit

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Vorfälle	Etabliert, regelmäßig aktualisiert.	Betroffene von Antisemitismus	Registerstelle F-K	Registerstelle Friedrichshain-Kreuzberg greift Vorfälle auf und macht diese regelmäßig auf ihrer Website sichtbar, jedoch nur Vorfälle. Keine Informationen bzgl. erfolgreichen Vorgehens gegen Antisemitismus.

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Kooperation mit der Synagoge Fraenkelufer				Sowohl Veranstaltungen oder Gedenkveranstaltungen, der Bezirk setzt sich für Sanierung der Räumlichkeiten ein

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Partnerschaft für Demokratie	2020-2024	Diverse Gruppen	RAA Berlin, Schule am Königstor; KIGa,	Im Handlungskonzept 2020-2024 liegt ein großer Fokus auf die Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus. Konkrete Handlungsziele sind hierzu genannt. Handlungskonzept als pdf https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuz-

				berg/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/demokratie-leben/
Zusammenarbeit mit der Registerstelle			Partnerschaft für Demokratie	Eine Kooperation besteht bereits, Verlinkung auf Website des Integrationsbüros

5.3. Bezirk: Lichtenberg

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Schaffung Position Antisemitismusbeauftragte/r	Seit 1. Juni 2021	Alle	Bund, Senat, Zivilgesellschaft, Institutionen, Jüd. Gemeinschaft	Seit dem 1. Juni ist André Wartmann der erste bezirkliche Antisemitismusbeauftragte
Bearbeitung des Themas regelmäßig im AK „Demokratie und Toleranz“ des Präventionsrates unter Leitung des BzBm, auch auf Basis der Daten der bezirklichen Registerstelle Planung von Maßnahmen und Aktivitäten	laufend	Alle	BVV, Zivilgesellschaft	

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Gedenkveranstaltungen 27. Januar, 9. November	jährlich	Bürgerinnen und Bürger	Schulen, Bezirksverordnetenversammlung, Parteien	
Stolpersteinaktionen	laufend	Bürgerinnen und Bürger	Netzwerkstelle „Lichtblicke“	
Broschüren Stolpersteinspaziergänge in Braille-Schrift	laufend	Bürger*innen mit und ohne Seheinschränkung	Netzwerkstelle „Lichtblicke“ und Beauftragte für Menschen mit Behinderung	
Museum Lichtenberg: Digitales Gedenkbuch	laufend	Bürger*innen und Angehörige, Schulen	Museum Lichtenberg	Das Projekt gibt es schon seit 2006 und soll weiter fortgeführt werden

3. Bildung und Jugend

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Unterschiedliche Projekte von Schulen und JfEs Bildungsveranstaltungen und Fahrten	laufend	Schülerinnen und Schüler, Jugendliche	Vereine, u.a. Amadeu-Antonio-Stiftung, JFDA	

4. Justiz und Innere Sicherheit

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Planung von Weiterbildungs- und Präventionsveranstaltungen mit der Polizeidirektion 3	Ab Herbst 2021	Polizeibeamt*innen	TKVA, Regishut, Polizeidirektion 3 (Frau Göbel)	

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Chanukkah (Durchführung abhängig von Pandemieentwicklung)	Nov/Dez 2021	Jüdische und nicht-jüdische Bürger*innen	TKVA, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde	

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Unterstützung jüd. Barbetreiber nach Angriffen und Brandanschlag	Seit 2020	Opfer Besitzer	Zivilgesellschaft, Verwaltung	Am 28. August 2021 wurde die Kneipe mit einem Straßenfest mit Unterstützung des Bezirksamts und der Zivilgesellschaft wiedereröffnet.

Sensibilisierung der Verwaltung durch Präventionsveranstaltungen	Laufend	Verwaltungsmitarbeiter*innen	mbr, RIAS, Kompetenzzentrum (angefragt)	
--	---------	------------------------------	---	--

7. Weitere/andere Themenfelder				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Bezirksübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Beauftragten	Laufend	Bezirksämter und Zivilgesellschaft	Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde, TKVA	Wenn weitere Beauftragtenstellen eingerichtet sind wird auch mit diesen eine Kooperation angestrebt

5.4. Bezirk: Marzahn-Hellersdorf

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Das bezirkliche „Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“ arbeitet im Rahmen seiner Arbeitsgruppen zu Gedenk- und Erinnerungskultur bzw. -politik in verschiedenen Formaten zum Thema Antisemitismus (z.B. Aufklärungs- und Präventionsarbeit mit Schulen, Ausstellungen, Stolpersteinrundgänge)	über das ganze Jahr verteilt	Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf bzw. alle im Bezirk lebenden Bürgerinnen und Bürger	Im „Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“ sind aktuell knapp 40 Mitglieder aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Parteien, Vereine, Kirchen, Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger, Bezirksamt) vertreten.	./.
Bezirkliche Berichte über Antisemitismusedwicklung im Rahmen der Arbeit der beiden Registerstellen (vgl. https://berliner-register.de/marzahn-hellersdorf). Die jährlich erscheinende Broschüre „Dunkelziffer unbekannt“ (vgl.	ganzjährig	Zivilgesellschaft, Politik, Bezirksamt, Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf	Registerstelle der Alice Salomon Hochschule, Bezirkliche Registerstelle Marzahn-Hellersdorf und Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung	./.

<p>https://berliner-register.de/artikel/marzahn-hellersdorf/magazin-dunkelziffer-unbekannt-mit-registerauswertung-2019-erschienen) und der „Demokratiebericht Marzahn-Hellersdorf“ (vgl. https://berliner-register.de/artikel/marzahn-hellersdorf/demokratiebericht-marzahn-hellersdorf-f%C3%BCr-das-jahr-2019-erschienen/17654) dokumentieren und berichten über antisemitische Vorfälle im Bezirk.</p>				
<p>bezirksübergreifende Zusammenarbeit mit Fach- und Netzwerkstellen und bezirklichen Antisemitismusbeauftragten. Es werden Fachtage und -gespräche, Lesungen u.ä. auch zum Thema „Antisemitismus“ veranstaltet. Auch im Rahmen der „nachgefragt!“-Reihe wird Antisemitismus thematisiert (vgl. https://nach-gefragt.org)</p>	<p>ganzjährig</p>	<p>Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger von Berlin</p>	<p>Fach- und Netzwerkstellen in Berlin (Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung M-H, „Moskito“, „LichtBlicke“, Demokratiezentrum, „Demokratie in der Mitte“) und „Treptow-Köpenick für Vielfalt und gegen Antisemitismus“ (vgl. https://www.pad-berlin.de/demokratie/tkva-treptow-koepenick-fuer-</p>	<p>./.</p>

			<u>vielfalt-und-gegen-antise- mitismus)</u>	
öffentliche Sichtbarmachung von Aktivitäten zum Thema Antisemitismus auf den Websites des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“, der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung M-H, der Registerstellen M-H, des Bezirksamts (z.B. über Pressemitteilungen) und der Parteien	ganzjährig	Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf	./.	./.

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
historische Bildungsarbeit und Gedenken sowie Pflege von historischen Gedenkorten: insbes. alljährliches „Stilles Gedenken“ zum 27. Januar auf dem Parkfriedhof Marzahn, in der BVV und an weiteren Orten sowie Gedenkaktivitäten rund um den	ganzjährig	Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf und Zivilgesellschaft	„Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“	./.

8./9. Mai und den 9. November (z.T. mit Gedenkwoche mit verschiedenen Bildungsformaten für Schülerinnen und Schüler und die Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf)				
Besuch der Gedenkstätte Sachsenhausen im Rahmen einer Bildungsfahrt des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf (inkl. Führung und anschließender Diskussionsveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der Gedenkstätte)	01.02.2020	Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf	„Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“, Bezirksamt, Alice Salomon Hochschule, Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung	./.
Stolpersteine, Thematisierung von Stätten der NS-Verfolgung durch Erinnerungstafeln und proaktive Benennung von Straßen, Plätzen und Einrichtungen nach lokal bedeutsamen jüdischen Persönlichkeiten: erfolgt schon seit vielen Jahren durch eine	ganzjährig	Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf	„Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“, Heimatverein M-H, Stadtteilzentrum Kaulsdorf	./.

<p>sehr regsame und aktive Gedenk- und Erinnerungskultur im Bezirk durch das „Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“ (eigene AG zum Thema „Erinnerungskultur“), den Heimatverein M-H, diversen Akteuren der Zivilgesellschaft und den Parteien. Es gibt regelmäßige Stolperstein-Rundgänge, Neuverlegungen, Lesungen, eine Dauerausstellung zum Thema Stolpersteine (vgl. http://ponte.pad-berlin.de/ausstellung-wider-das-vergessen-stolpersteine-in-marzahn-hellersdorf-im-abgeordnetenbuero-regina-kittler-manuela-schmidt), Putzaktivitäten, inhaltliche Veranstaltungen und die Errichtung zahlreicher Gedenktafeln u.a. zum</p>				
---	--	--	--	--

Thema „Zwangsarbeiter-Lager Marzahn“, Gedenken an die „Euthanasie“-Opfer.				
Ausstellung: „Töten aus Überzeugung - Die nationalsozialistischen "Euthanasie"-Morde in Deutschland und Europa“ (vgl. www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.776800.php?)	01.02.- 29.03.2019	Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf	VHS M-H, CDU M-H, Die Linke M-H, FDP M-H, SPD M-H, IG Kirche (Wuhlgarten e.V.)	./.
Besuch des Holocaust-Mahnmals	2014-2019	Sinti und Roma aus Marzahn-Hellersdorf	AWO-Stadtteiltreff Mahlsdorf-Süd („Haus der Begegnung“)	einmal jährlich
Vortrag zu Elsa Ledetsch und ihrer Tochter Gisela	geplant für 10/2021	Biesdorfer Bürgerinnen und Bürger	Heimatverein M-H	Am 19.10.1987 wurden beide Frauen von der Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

3. Bildung und Jugend

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
--------------------	--------------------	---------------	---------------------------	-------------

antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der (Jugend-)Bildung durch das „Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“ (z.B. Lesungen, Kinovorführungen und Diskussionsveranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern)	meistens im Rahmen des November-Gedenkens	Schülerinnen und Schüler bzw. Jugendliche im Bezirk	„Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“	./.
Projekt „Kaulsdorf aktiv gegen Diskriminierung, Rassismus und Mobbing“ (gefördert durch die „Partnerschaften für Demokratie“ Hellersdorf)	01.09.2019-31.12.2019	Schülerinnen und Schüler bzw. Jugendliche in Kaulsdorf	Schulen in Kaulsdorf	./.
Projekt „Vorurteilsbewusste Bildungsangebote für Roma-Kinder und Ihre Eltern in Marzahn-Hellersdorf“	2013-2019	Roma-Familien in Marzahn-Hellersdorf	AWO-Stadtteiltreff Mahlsdorf-Süd („Haus der Begegnung“)	./.
Internationaler Tag gegen Rassismus	2014-2019	alle interessierten Akteure (insbes. pädagogisches Personal)	AWO-Stadtteiltreff Mahlsdorf-Süd („Haus der Begegnung“), kiek in gGmbH, pad gGmbH etc.	einmal jährlich

Jugendbegegnung des Kinder- und Jugendzirkus „Cabuwazi“ in Israel und Berlin	seit zehn Jahren einmal im Jahr (Ausfall 2020 wg. Corona-Pandemie)	Kinder und Jugendliche aus Einrichtungen in Israel und Berlin	israelische Gruppe „Acro Emek“	gemeinsame Besuche der Teilnehmenden beider Länder (u.a. „Yad Vashem“ in Jerusalem, Holocaust-Mahnmal in Berlin)
„Mir macht es Mut zu erzählen, wer ich bin“ (Sensibilisierungsworkshops zu Rassismus für Kinder und Jugendliche)	2020	Kinder und Jugendliche aus Schulen	interkulturelle Begegnungsstätte „Haus Babylon“ und Alice Salomon Hochschule	Projekt der „Partnerschaft für Demokratie“ Hellersdorf

4. Justiz und Innere Sicherheit

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen

gemeinsame Begehung des „Mitzvah Days“ zusammen mit der Jüdischen Gemeinde Berlin, Bezirkspolitik, Zivilgesellschaft sowie Migrantinnen und Migranten (vgl. https://www.lichtenberg-marzahnplus.de/mitzvah-day-2019-bei-der-spielplatzinitiative-marzahn)	17.11.2019	Jüdische Gemeinde Berlin, Migrantinnen und Migranten, Politik und Zivilgesellschaft	Spielplatzinitiative Marzahn-Hellersdorf	./.
Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin hielt am 24.01.2019 eine Rede in der BVV von Marzahn-Hellersdorf zum Gedenken an die Opfer der Shoah (vgl. http://ponte.pad-berlin.de/gedenktag-der-opfer-des-nationalsozialismus)	24.01.2019	Jüdische Gemeinde, Politik und Zivilgesellschaft.	BVV	./.
Ausstellung in der VHS Marzahn-Hellersdorf: „L'Chaim - Auf das Leben!“ (vgl. http://ponte.pad-berlin.de/16-5-30-6-2018-lchaim-auf-das-leben-in-	16.05.- 30.6.2018	./.	VHS M-H, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus	./.

<u>der-vhs-marzahn-hellersdorf)</u>				
Konzert in der Krankenhauskirche im Wuhlgarten im Rahmen des Louis-Lewandowski-Festivals	einmal jährlich (im Dezember)	Bürgerinnen und Bürger	Verein der Freunde und Förderer des Synagoga Ensemble Berlin e.V.	2020 wegen Pandemie ausgefallen

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
„Partnerschaft für Demokratie“ Marzahn und „Partnerschaft für Demokratie“ Hellersdorf im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	2015-2019 und 2020-2024	Bürgerinnen und Bürger (Hauptzielgruppe: Kinder- und Jugendliche)	<p>Projekte: „Kiezgruppe gegen Rassismus“ und „Radikal respektvoll - Auf deine Worte folgen Taten“ (Themen: Antidiskriminierungsarbeit, pädagogische Deeskalationsarbeit)</p> <p>Projekte: „Solidarische Kieze“ und „Radio selber machen“ (Themen: Rassismus, Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit)</p>	Zielstellung ab 2020 ist, dass die Region Vielfalt als Ressource begreift und ein solidarisches Zusammenleben demokratisch gestaltet wird. Als ein Teilziel wird die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie das Entstehen für Demokratie, Vielfalt und solidarisches Zusammenleben definiert.

			<p>Projekt: „Respekt- und Neugier-Festival“ (Themen: Rassismus, Antiziganismus, Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit)</p> <p>Demokratiekonferenz zum Thema „Demokratie in der Vertrauenskrise?“ (phänomenübergreifende Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus)</p>	
--	--	--	--	--

5.5. Bezirk: Mitte

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Bezirkliches Bündnis... Vorbereitung	Seit Jan. 21	wie benannt	Sind zum Teil angefragt	Noch kein Rücklauf
Bezirklicher Bericht über Antisemitismusentwicklung				Liegt nicht vor
Bezirkliche Antisemitismusbeauftragte	Seit Ende Okt. 2020		Jugendamt RSD und Projektmanagement	Noch keine öffentlich deutliche Zuweisung der Verantwortlichkeit.
Implementierung des Landeskonzpts und der IHRA-Definition. Das Jugendamt Mitte fördert im engeren Sinne keine eigenen Maßnahmen zur Antisemitismus-Prävention	Seit 2015	Junge Menschen	Partnerschaft für Demokratie „ Moabit“ und „ Wedding/Brunnenstraße“	Im Rahmen des Bundesmodellprogramms Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit
Öffentliche Sichtbarmachung der Aktivitäten	Regelmäßig	Alle interessierten Menschen/Bürger	BA Web-Seite Web-Seite: „Sie waren Nachbarn“	

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
27.01.: Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus	Jährlich	Menschen/Bürger		Gedenken und Kranzniederlegung
27.1.21 Zoomkonferenz mit der Partnerstadt Holon/Israel	Wegen der Pandemie nur dieses Jahr		Bürgermeister von Holon Einladung zu: „Zikaron BaSalon“	Einladung kam aus Holon/Israel
28.02.: Gedenken an die Fabrik-Aktion von 1943	Jährlich			Gedenken und Kranzniederlegung
20.07.: Das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944	Jährlich			Gedenken und Kranzniederlegung
09.11.: Antijüdische Pogrome im Jahr 1938 Mahnmal Levetzowstraße Mahnmal Putlitzbrücke Gedenkort Güterbahnhof Moabit	Jährlich		Gymnasium Tiergarten „Sie waren Nachbarn e.V.“, Verband der Verfolgten d.... und viele mehr. In Moabit sehr aktiv (Bürgerschaftlichesengagement) „Sie waren Nachbarn e.V.“	2020 kein Sternmarsch durch Moabit, wegen der Pandemie. Aber gut besucht mehrere 100 Teilnehmer. Mit Grußwort einer Jüdin aus Halle. Sie war während des Anschlags zu Jom Kippur in der Synagoge.

<p>Gedenktafel Quizowstraße</p> <p>Sehr viele Gedenktafeln für Widerstandskämpfer, NS-Verfolgte und Opfer sowie Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft und „Gerechte unter den Völkern“, ca. 250 bis 300 und mehr.</p> <p>Stolpersteine, mehrere Hundert im Bezirk Mitte.</p> <p>Ideenwettbewerb „Letzter Weg“</p> <p>1510 Justizmord Hostienschändungsprozess</p> <p>Gedenken / Kranzniederlegung</p>	<p>2020</p> <p>18.7.21</p> <p>Erstmalig/Einmalig?</p>	<p>Künstler*innen</p> <p>Bürger*innen</p>	<p>Veröffentlichten wiederholt im Schaukasten vor dem Rathaus Mitter, die Adressen und Namen der deportierten Jüdinnen und Juden aus Moabit. Im Internet Audio-Walk „Ihr letzter Weg“ und sehr viel mehr Information zum jüdischen Leben in Moabit.</p> <p>Fachbereich Kunst, Kultur, Geschichte</p>	
---	---	---	--	--

Gedenkstele geplant Grünfläche vor der Marienkirche. Versteckt Verschlössen Vergeße - ein Projekt. Ausstellung Schaukasten Rathaus Tiergarten	Ab jetzt Jährlich? Ab 4.10.21	Bürger*innen, Schüler*innen	Französisches Gymnasium, Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule, Gleis 69 e.V. Gefördert: IHRA, Auswärtiges Amt	
--	--------------------------------------	-----------------------------	---	--

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Dialog und Kompetenz-netzwerk „Mitte im Dialog“	Seit 2018	kulturelle, soziale oder migrantische Organisationen und Vereine	Fabrik Osloer Straße e.V. in Kooperation mit African Rural and Urban Development (NARUD)e.V. und Zentrum für interkulturellen Dialog Berlin Moabit (ZiD) e.V.	
Veranstaltung Bibel- und Koran in Mitte	29.09.2020	Lesung	Evangelische Gemeinde Am Humboldthain und Versöhnung, der katholischen Gemeinde St. Sebastian, dem Familienzentrum Wattstraße, dem Quartiersmanagement	Ausgewählte Texte aus den jüdischen, christlichen und muslimischen Quellen wurden von muttersprachlich

			Brunnenstraße und Ackerstraße sowie der jüdischen Reformgemeinde Beth Haskala (Lichtburg Forum / Gesundbrunnen-Center)	Lesenden jeweils in Hebräisch, Arabisch, Türkisch und Deutsch vorgetragen.
Modernes Hebräisch	laufend	Sprach- und Kulturinteressierte	VHS-Mitte, Liniestraße	zz. online
Israelisches Sommerfest	2018, 2019, 2020 Pandemie, soll wieder veranstaltet werden.	Sprach- und Kulturinteressierte	VHS-Mitte, Liniestraße	Sehr gut besucht, 2019 Schwerpunktthema: jüdisch-jemenitische Kultur
Jüdische Friedhöfe: Schönhauser Allee, Weißensee, Potsdam	14.03.2021, 25.03.2021, 28.03.2021	Führung	VHS-Mitte, Liniestraße	

4. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Städtepartnerschaften	Seit 1980		Holon/Israel	

Schulklassen besuchen sich in den Partnerstädten Mitte-Holon/Israel		Oberschüler	Holon Navon Highschool- John-Lennon-Gymnasium	Seit Dez. 2020 monatlich Videokonferenz der beteiligten Schüler*innen
Internationaler Jugendaustausch	2016	Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren	Jugendamt Holon	Mit Unterbrechungen besteht der Jugendaustausch seit 1981
Transagency e.V. - „Make Hummus Not Walls“ Im Träger ist das Themenfeld Antisemitismus Querschnittsaufgabe	2020	Stadtteilmütter/Kiezmütter Akteurinnen aus dem Kiez junge Frauen aus dem Kiez Multi	Stadtteilmütter-Projekt	Workshops zu den Themenbereichen: Islam und Muslimfeindlichkeit, Judentum und Antisemitismus, Nahostkonflikt; Exkursionen in Synagoge und Mosche, Hummus Kurs. Partizipation: Biografische Narrative der Teilnehmerinnen und Trainerinnen werden einbezogen. Begegnungen: Die Angebote ermöglichen interreligiösen Austausch. Geschützter Rahmen: Die Workshops werden ausschließlich von Frauen angeboten.

5. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungs- zeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5.6. Bezirk: Neukölln

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz-Birkenau	Herbst 2021	Jugendliche aus Neukölln	<ul style="list-style-type: none"> • Kinderring Berlin e. V. • Neuköllner Jugendfreizeiteinrichtungen 	Fahrt ist für Herbst 2021 geplant. Verantwortlich im Jugendamt: Fachsteuerung, Robert Thärig
Stolperstein-Putzaktion im Rahmen der Berliner Freiwilligentage organisiert von der bezirklichen Freiwilligenagentur	15.09.2021-19.09.2021	Bürger*innen	<ul style="list-style-type: none"> • Aufstehen gegen Rassismus • Pro Neubritz, • Schalom Rollberg, • Hufeisen gegen Rechts • Solidarische Nachbarschaft im Richardkiez 	

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Jeladot.im Neukölln	seit Juli 2021, mindestens 2 x pro Monat	jüdische Familien, vor allem aus Neukölln	<ul style="list-style-type: none"> Nachbarschaftsheim Neukölln e. V. 	<p>Empowermentgruppe für jüdische Familien, vor allem aus Neukölln. Mindestens zwei Treffen pro Monat in einem Neuköllner Familienzentrum. Diverse Workshops aus den Bereichen Kunst, Musik, Theater etc.</p> <p>Sehr großer Bedarf. Muss unbedingt in 2021 fortgeführt werden.</p> <p>Derzeit finanziert über FUA-Mittel des Jugendamtes.</p> <p>Verantwortlich im Jugendamt: SRK NW</p>
Kicken und Checken	Seit August 2021	Kinder und Jugendliche aus Nord-Neukölln	<ul style="list-style-type: none"> Outreach gGmbH Shaolom Rollberg (Morus 14) Jugendamt Neukölln 	niedrigschwellige, hinausreichende Antisemitismusprävention auf Spiel- und Sportplätzen. Zugang vor allem Mittels Spiel und Sport. Streetworkteams der Träger

				<p>outrach und Shalom-Rollberg arbeiten in Teams. Events: Z. B. Respect-Cup mit mehreren hundert Teilnehmenden. Sehr großer Bedarf. Muss unbedingt in 2021 fortgeführt werden. Derzeit begrenzt auf einen Kiez. Ausweitung wäre wünschenswert.</p> <p>Derzeit finanziert aus Mitteln der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Verantwortlich im Jugendamt: SRK NO (SRK NW)</p>
Fach-AG zum Thema antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit	Seit Anfang 2021	Fachkräfte der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit	<ul style="list-style-type: none"> Amadeu Antonio Stiftung (Projekt ju:an) 	<p>Es sollen hieraus ggf. weiterführende Fort- und Weiterbildungen bzw. Fachveranstaltungen entstehen. Verantwortlich im Jugendamt: SRK NO</p>
Austauschrunde Projekte gegen Antisemitismus in Nord-Neukölln	Seit Juli 2021, alle zwei Monate	Austausch zwischen Projekten gegen Antisemitismus in Nord-Neukölln, Jugendamt, Integrationsbeauftragte	<ul style="list-style-type: none"> Nachbarschaftsheim Neukölln e. V. 	

Projekttage Albert-Schweitzer-Gymnasium		Schüler*innen	<ul style="list-style-type: none"> • Kiga 	
Sensibilisierungsveranstaltungen der offenen Jugendarbeit		Jugendliche	<ul style="list-style-type: none"> • Madonna/Outreach 	
Projekt „Stärkung der Demokratie am Droryplatz“	01.08.2018 - 30.06.2021	Akteure (Bildung/Jugend/Elternarbeit), Familien, Kinder am Droryplatz	<ul style="list-style-type: none"> • Bildungsverbund am Droryplatz mit seinen Einrichtungen 	
Respect Cup	21.08.2021	Kinder zwischen 8-14 Jahren	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendamt Neukölln • Streetplayers, • Bunt Kickt Gut, • Outreach, • AWO Jugendclub Scheune 	
Shalom Rollberg	seit 2014	Kinder und Jugendliche	<ul style="list-style-type: none"> • Morus 14 e.V. • Bildungseinrichtungen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen im Quartier Rollbergsiedlung 	interkulturelle und interreligiöse Begegnung zwischen Menschen der jüdischen Community und vorwiegend muslimischen Kindern und Jugendlichen aus dem Quartier

Jüdisches Puppentheater Bubales an der Regenbogen Schule	2019	Grundschul Kinder	Regenbogen Grundschule	Träger: Morus 14 e.V. Gefördert durch Aktionsfonds Aktionsfonds des QM Rollbergsiedlung
Evangelische Schule Neukölln im Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“		Schüler/innen der Evangelischen Schule Neukölln		

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
--	--	--	--	--

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Pons! Etablierung von Beratungsstrukturen für Jugendliche in Neukölln	seit August 2021	von Diskriminierung, Mobbing und Rassismus betroffene Neuköllner Jugendliche	<ul style="list-style-type: none"> • cultures interactive e.V. • diverse Neuköllner Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen 	<p>geschützte, jugendgerechte, flexible und mobile Angebote für Heranwachsende in Neukölln um über Erfahrungen von Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt zu sprechen und gezielte Beratung und Unterstützung zu erfahren. Jugendkulturelle Elemente werden zum Beziehungsaufbau genutzt.</p> <p>Derzeit ist eine Finanzierung über Mittel der Landeskommision Berlin gegen Gewalt leider nur bis Ende 2021 gesichert.</p> <p>Verantwortlich im Jugendamt: SRK NW (SRK S, SRK NO)</p>
QM Anlaufstelle des Berliner Register	Seit 2016	Bewohner aus Neukölln	Berliner Register	

What are you thinking about?	2018-2019	Jugendliche mit arabischem Hintergrund, überwiegend Palästinenser	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendtreff The Corner/ Evangelischer Kirchenkreis Neukölln • Vertreter der jüdischen Gemeinde zu Berlin 	Finanzierung Programm Soziale Stadt Workshops zum Nahostkonflikt und Antigewalttrainings: Aktionen, Veranstaltungen, Diskussionen zum Nahostkonflikt, Besuch von Einrichtungen jüdischen Lebens in Berlin, Austausch und Diskussion zu (eigenen und fremden) Lebensgeschichten; gemeinsames Kochen, Besuch eines typischen jüdischen Festes in Berlin usw.
------------------------------	-----------	---	---	--

5.7. Bezirk: Pankow

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Schaffung einer Stelle „Bezirkliche Ansprechpartner:in zu Antisemitismus und Antidiskriminierung“	Start zum 01.01.2022 geplant	Bezirksweite Netzwerkbildung, Akteure der Antisemitismusprävention sowie allgemeine Sichtbarmachung,		Auswahlgespräche fanden im September 2021 statt

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Dauerausstellung in den Räumen der Janusz-Korczak-Bibliothek zum Jüdischen Waisenhaus	Dauerausstellung	Besucher:innen und Nutzer:innen der Bibliothek	Cajewitz-Stiftung	
VHS-Kursangebote: „Martin Bubers Ich-Du Prinzip“ (Vortrag im Rahmen ‚1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland‘)	Herbst 2018 bis Frühjahr 2021	Kursteilnehmer:innen		Angebote werden z. T. jedes Semester wiederholt

<p>„Blumberg 1933. Ein KZ vor der Haustür“</p> <p>„Anfänge der Kibbuzim-Bewegung“</p> <p>„Richard Tauber - Morgen muss ich fort von hier!“</p>				
<p>Programmangebote des Museum Pankow:</p> <p>Die Flaschenfabrik Latte und die Ausbildung jüdischer Auswanderer in Berlin-Niederschönhausen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Juni 2016, Platzbenennung nach Sema und Paul Latte - Juli 2016, Schülerprojektwoche zur Geschichte der Hachscharah Niederschönhausen - Frühjahr 2020, „Am Gelände von Herrn Latte fing ein reges 	<p>2016-2020</p>	<p>Interessierte Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit , SchülerInnen des Max Delbrück Gymnasiums</p>		<p>Mehrstufiges Projekt zur Erforschung, Kennzeichnung und Vermittlung eines hist. Ortes</p>

Leben an...Publika- tion, Hentrich & Hentrich				
Audiorundgang „Jüdische Geschichte(n) in Prenzlauer Berg“	2015 ff	Interessierte StadtwanderIn- nen	Unabhängiges Jugendzent- rum Pankow e.V., gefördert durch die EVZ	
Aufbruch und Reformen. Pio- nierinnen und Pioniere der modernen Sozialarbeit in Prenzlauer Berg - u.a. Zer- schlagung nach 1933 und Vertreibung und Verfolgung vieler Mitarbeitende des Ju- gendamtes.	2021			z.Zt. Corona bedingt ge- schlossen, digit. Angebote in Vorbereitung
Projekt „Kurt Jakubowski- Kantor der Liberalen Ge- meinde Norden- Eine Spu- rensuche“	2021-2022	u.a. Interessierte an Synago- gal Musik	In Kooperation mit der Groß- enkelin Jeanette Jakubowski	
Stolpersteingruppen in den drei Bezirksregionen Stolpersteinausstellung im Jahr 2018 mit Begleitpro- gramm zur Vorbereitung der Gründung der Gruppe in	In Prenzlauer Berg und Pan- kow seit ca. ei- ner Dekade In Weißensee seit 2018	Bürger*innen	Museumsverbund Pankow SPK/Büro für Bürgerbeteili- gung Stolpersteine Berlin Moskito Pankow	Die Gruppen arbeiten bis heute und organisieren Stolpersteinführungen und Aktivitäten zu verschiede- nen Anlässen und Feiertag- en.

Weißensee, inkl. Organisation von Führungen auf dem Friedhof Weißensee				
Kranzniederlegung am 9. November auf den Jüdischen Friedhöfen in Weißensee und an der Schönhauser Allee durch Bezirksbürgermeister	wiederkehrend			
Lichterkette am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, am ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in Pankow im Beisein des Bezirksbürgermeisters	wiederkehrend (sofern möglich)		organisiert durch Kommission für Bürgerarbeit in Pankow das Bezirksamt unterstützt	Siehe unter: http://lichterkette.alt-pankow.de/
Egmont-Schaefer-Preis für Zeichnung, Galerie Parterre	Frühjahr 2022, zweijährlich	Alle Bürger:innen, interessierte Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit, Kunstpublikum aller Bereiche	organisiert durch Verein Berliner Kabinett und Galerie Parterre Berlin	Der Zeichner Egmont Schaefer galt wegen seines jüdischen Vaters unter den Nationalsozialisten als „Halbjude“ und war mit Berufsverbot belegt. Sein Bruder wurde 1943 deportiert. In begleitenden Veranstaltungen wird regelmäßig an dieses Schicksal erinnert. 2016 war z.B. Anita Lasker-

				Wallfisch zu Gast, 2018 gab es ein Konzert mit Musik jüdischer Komponisten, die z.T. in Theresienstadt ermordet worden sind.
--	--	--	--	--

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Städtepartnerschaft mit der Stadt Ashkelon	Seit 1994 ff.	Bürgerinnen und Bürger beider Städte, Politik und Stadtverwaltung, Kinder und Jugendliche, Künstler:innen, Sportler:innen, Unternehmen	Verein Freundeskreis Berlin Pankow-Ashkelon e.V. Sport-Jugendclub Prenzlauer Berg e.V.- Kolle 8, Jugendkunstschule, Gymnasium am Europapark, Art-spring, BVV, Bezirkselementar-ausschuss, Büro für Wirtschaftsförderung, TIC Pankow	
Aufbau eines hebräischsprachigen Bestandes in der Bettina-von-Arnim-Bibliothek	Seit 2018 dauerhaft	Nutzer:innen, die sich für hebräische Literatur interessieren	Engagierte Mitglieder der Jüdischen Gemeinde	Dieses Projekt ist einmalig in Berlin. Im Verbund der öffentlichen Bibliotheken gab es bisher keinen quali-

				fiziert aufgebauten Bestand an hebräischer Literatur.
Literarische Veranstaltung: Tomer Gardi: Eine Runde Sache; 1700 Jahre jüdische Leben in Berlin	07.10.2021, 19.30 Uhr	Frei für alle interessierten Anmeldung erbeten		
Ausstellung jüdisches Leben in Berlin/ Weißensee Wolfdietrich-Schnurre-Bibliothek	07.10. bis 10.11.2021			
Angebot von Literatur zum Thema Judentum/Antisemitismus	Immer	Besucher:innen und Nutzer:innen der Bibliothek		
VHS-Kursangebote: „Zwischen Querdenken 711 und COVID-19-Leugner*innen“ „Ist eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und Palästina möglich?“	Frühjahr 2020 bis Frühjahr 2021	Kursteilnehmer:innen		Angebote werden z. T. jedes Semester wiederholt
VHS-Sprachkurse „Iwrit - modernes Hebräisch“	dauerhaft im Programm	Kursteilnehmer:innen		

VHS-Kochkurs „Israelisches Streetfood“	Frühjahr 2019 bis Frühjahr 2021	Kursteilnehmer:innen		Angebot wird jedes Semester wiederholt
Fachlicher Erfahrungsaustausch bei einem Besuch von ca. 50 israelischen Lehrkräften und Student*innen aus Musik-Konservatorium aus Akko	2015	Lehrkräfte und Schüler*innen der Musikschule	Die BRÜCKE, Musikschule Béla Bartók, Pankow, Konservatorium in Akko (Israel)	Es ging um das Kennenlernen des Deutschen Musikschulsystems. Viele Unterrichtsräume standen zur Hospitation offen. Berliner und israelische Musikpädagogin kamen ins Gespräch
Klang(t)räume-Projekt mit Geflüchteten	2019/20 2020/21	Kinder aus Willkommensklassen, Kinder aus der Nachbarschaft Weißensee, Kinder der Musikschule Béla Bartók	Trixiwiz e.V. Nachbarschaftshaus Weißensee BA-Pankow, Musikschule Béla Bartók	Gemeinsam wird Musik aus vielen Nationen und in verschiedenen Sprachen erlebt und erarbeitet. Kein direktes Projekt zum Thema Antisemitismus, jedoch zu Toleranz und Völkerverständigung vom Kindesalter an.
Hufelandschule Berlin-Buch, Workshops zu Judentum, Christentum und Islam	April-Mai 2021	Jugendliche aus Willkommensklassen der Hufelandschule Berlin-Buch	Respekt Coachin (Caritas), MaMis en Movimiento	

„Intersektionale Bibliothek“ Büchersammlung in der Stadtteilbibliothek Buch	Januar 2021-			Die Sammlung ist im Aufbau: Es ist geplant, auch das Thema Antisemitismus aufzugreifen.
---	--------------	--	--	---

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Pankower Register bei der Fach- und Netzwerkstelle Moskito	Fortlaufend		Moskito, Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Vielfalt Interne Koordinierungs- und Fachstelle Partnerschaften für Demokratie in Pankow c/o Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH	Siehe unter: https://www.pfefferwerk.de/moskito/

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen

<p>VHS-Kursangebote:</p> <p>„Alter Jüdischer Friedhof an der Schönhauser Allee“</p> <p>„Kiezspaziergang rund um den Kollwitzplatz“</p> <p>„Welche Feste feiern Ihre muslimischen, jüdischen oder buddhistischen Nachbarn?“</p> <p>„Reise durch die Weltreligionen in Berlin“ (darunter Einführung in das Judentum mit Synagogen-Besuch)</p> <p>„Patienten aus anderen Ländern - Interreligiöse Kompetenzen in der Pflege“</p> <p>„Kunst und Prominenz in der Fasanenstraße - Stadtführung“</p>	<p>Frühjahr 2018 bis Herbst 2021</p>	<p>Kursteilnehmer:innen</p>		<p>Angebote werden z.T. jedes Semester wiederholt</p>
--	--------------------------------------	-----------------------------	--	---

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen

Schulung aller Mitarbeiter:innen zum Thema Diversity und Antidiskriminierung	2020	Mitarbeiter:innen der Stadtbibliothek		Neben dem Thema Privilegien, wurden unterschiedliche Aspekte von Diskriminierung wie Rassismus, Antisemitismus behandelt.
Schulung aller Mitarbeiter:innen zum Thema Diversity und Antidiskriminierung	2021 (geplant)	Mitarbeiter:innen der Volkshochschule	Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung (MBT)	
VHS-Kursangebot: „Brauchen wir eine diskriminierungsfreie Sprache?“	Frühjahr 2021	Kursteilnehmer:innen		
Projekt Interkultour	Seit 2017 finanziert vom Bezirksamt	Schüler:innen	Religionsgemeinschaften	Gemeinsame Projektwoche mit Schüler:innen aus Willkommensklassen und eines Gymnasiums mit Besuchen interkultureller Orte u.a. einer Synagoge und einer Moschee in Pankow
Holocaust Fakten, Orte, Menschen	2018	Arabische Geflüchtete	Ökumenischer Kirchenkreis Prenzlauer Berg und Al Dar e.V.	Interkulturelles Erinnerungsprojekt (mit Veranstaltungen und Exkursionen in Deutsch und Arabisch)

Gesprächsrunde für geflüchtete Männer in Karow	Seit 2018	Arabische Geflüchtete	durchgeführt vom Verein Al Dar e.V., gefördert durch Bezirksamt Pankow, IntB	
Bildungsangebote für Afghanen in Unterkünften	Seit 2017	Afghanische Geflüchtete	durchgeführt vom Verein Yaar e.V., nunmehr von Zaki e.V.	beinhaltet Gesprächsrunden, Infoabende und Beratung
BeVisible	Seit 2016	Geflüchtete Menschen	Gefördert durch Bezirksamt Pankow, IntB	Einjährige Schulungsreihe, in der Geflüchtete und Menschen mit Fluchtgeschichte zu Flüchtlingsberater:innen, Mediator:innen und Empowerment-Trainer:innen für die Arbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen ausgebildet werden.
Workshop zum Thema Antisemitismus	Februar 2021	Integrationsbeirat Pankow	Gefördert durch Bezirksamt Pankow, IntB	
Projekt Extremismus entlarven (Demokratielotsen e.V.)	2020	Alteingesessene Nachbarnschaften und Geflüchtete	Im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie Pankow Nord/Süd	Projekt über Antisemitismus im Islamismus und Rechtsextremismus
Präventionsrat Pankow inkl. AG Rassismus	Seit 2018	Initiativen, Bürger*innen jeden Alters, Multiplikatoren aus Einrichtungen (Träger)	Alle Bereiche und Abteilungen des Bezirksamtes Pankow	hier u.a. auch Erörterung und Vergabe der Mittel für kiezorientierte Gewaltprävention

			Federführung beim Bezirksbürgermeister/SPK Pankow	
Projekt Extremismus entlarven (Demokratielotsen e.V.)	2020/2021	Alteingesessene Nachbarnschaften und Geflüchtete	Im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie Pankow Nord/Süd	Projekt über Antisemitismus im Islamismus und Rechtsextremismus
Workshop-Reihe „Zivilcourage“ in Berlin-Buch	Sommer-Herbst 2021	Lokale Einrichtungen, Nachbar*innen	Chaska Stern, Stadtteilzentrum Buch, Willkommenskulturprojekt Buch BENN Buch	Austausch über Erfahrungen im öffentlichen Raum, mögliches Handeln, Selbstbehauptung, Handlungssicherheit. Keine explizite Fokussierung auf Antisemitismus.
Netzwerk für Demokratie und Respekt Buch-Karow	2015 ff.	Nachbar*innen aus Buch, Karow, Einrichtungen	Unter Federführung von Moskito verschiedene Beteiligte wie BENN Buch, Stadtteilzentrum Buch, Willkommenskulturprojekt Buch, JFE „Der Alte“, Bezirksamt Pankow, IntB, usw.	Der Schwerpunkt des Netzwerkes verlagerte sich im Frühjahr 2021 von Rechtsextremismus zu Rassismus. Zudem öffnete sich das Netzwerk für Nachbar*innen. Bisher fanden 2021 zwei Workshops statt.
Schulung von Mitarbeiter:innen und Kooperationen mit	2021 ff.	Fachbereich Kunst und Kultur		

der Integrationsbeauftragten				
------------------------------	--	--	--	--

7. Weitere/andere Themenfelder				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Theateraufführungen, Theater unterm Dach: „Unterm Teppich“ „Empfänger Unbekannt“	Spielzeit 2020/2021	Schüler*innen, Besucher*innen altersübergreifend		Die Inszenierungen thematisieren am Beispiel von biografischem Material den Holocaust und den Umgang damit sowie die Verdrängungsmechanismen. Die Inszenierungen werden z.T. von Vor- und Nachbereitungsgesprächen begleitet.
Kultursommer Weißensee mit vier Schwerpunkten, darunter einer für „Geschichte(n) in Weißensee“	Ende August/ Ende September 2021	Bürger*innen, Initiativen, Multiplikatoren	Vor Ort aktive Menschen, die die Geschichte von Weißensee mit allen Facetten, insbesondere auch das jüdische Leben den Neuhinzugezogenen näherbringen wollen Kerngruppe der Veranstaltungswochen: KBW e.V.,	

			BENN Weißensee, Strandbad Weißensee, Freilichtbühne Weißensee, Kirchgemeinden, Bürger*innen, SPK Pankow/Büro für Bürgerbeteiligung, Musikschule Weißensee	
Initiative „Kette der Verständigung“ des Vereins Steine ohne Grenzen e.V.	2017-2021	Nachbar*innen und Kinder in Buch	Jugendfreizeiteinrichtung „Der Alte“, Gemeinschaftsunterkunft Wolfgang-Heinz Str., Waldschule Buch, Montessori-Schule Buch, Bürger*innen	Projekt für Vielfalt und Demokratie gegen Rechtspopulismus und Ausgrenzung. Eine gemeinsame Kette aus Steinen wurde von ca. 70 Menschen gestaltet und vor dem Jugendclub „Der Alte“ installiert.
Jugendtheateretage: Workshop Projekt „Mix it“	27.-31.01.2020		Bilder bewegen e.V. in Kooperation mit der Deutschen Filmakademie und Kunsthaus e.V. (Jugendtheateretage)	div. Projekte, u.a. für Jugendliche mit/ohne Flucht-/Zuwanderungserfahrung, im Rahmen des Internationalen KuKi-Festivals
Jugendtheateretage:	28.-29.8.2021 und 30.-31.10.2021	Fortbildung zur Diversitätssensibilität für Erzähler*innen, die in Schulen agieren	Erzählkunst e.V. in Kooperation mit Kunsthaus e.V.	

Workshop „What are you talking about?“ (zwei Wochenenden)				
---	--	--	--	--

5.8. Bezirk: Reinickendorf

Gemäß dem Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen (SenBJF, 2019) ist in Reinickendorfer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen Antisemitismusprävention durch politische Bildung (siehe Kapitel 5) und kulturelle Bildung (Kapitel 9) konzeptimmanent.

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Projekttag zum Thema „die dunklen Seiten im Netz“ im Meredo	ganzjährig	Schüler/innen	Schule	4,5 h
Projekttag zum Thema „Hass im Netz“ im Meredo	ganzjährig	Schüler/innen	Schule	4,5 h
Projekttag zum Thema „Rechtspopulismus im Netz“ im Meredo	ganzjährig	Schüler/innen	Schule	4,5 h

Workshop „Argumentationstraining gegen Parolen und Populismus“	jährlich im September im Rahmen der Einführungswochen	Auszubildende zur/zum Verwaltungsfachangestellten sowie Stadtsekretärin/Stadtsekretärin auf Widerruf	Landeszentrale für politische Bildung	
--	---	--	---------------------------------------	--

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Besuch der Gedenkstätte Ravensbrück in Brandenburg organisiert vom Dachsbau	13. Oktober 2020	Jugendliche aus dem Bezirk Reinickendorf	Gedenkstätte Ravensbrück	Musste aufgrund von Corona leider ausfallen, neuer Termin wird 2021 gefunden
Aktion „Stolpersteine putzen“ im Kinderzentrum Panower Allee	Sommer- und Herbstferien 2020	Kinder	keine	
Stolpersteinaktionen im Fuchsbau	Sommer 2020	Kinder und Jugendliche	Herr Rohde Förderkreis für Bildung, Kultur und Internationale Beziehungen	Sensibilisierungsaktion
AG Stolpersteine	Seit 2003 bis heute	Schulklassen, Nachbarn, Geschichtsinteressierte, breite Öffentlichkeit	Förderkreis für Bildung, Kultur und Internationale Beziehungen, Schulklassen, Koordinie-	

			rungsstelle Stolpersteine Berlin, Straßen- und Grünflächenamt Reinickendorf, Fachbereich Kunst und Geschichte	
Thematisierung von Stätten der NS-Verfolgung durch Erinnerungstafeln	Seit 1995 bis heute		Förderkreis für Bildung, Kultur u Straßen- und Grünflächenamt und Internationale Beziehungen, Reinickendorf, Fachbereich Kunst und Geschichte	
Benennung von Straßen/Plätzen/Einrichtungen nach lokal bedeutsamen jüdischen Persönlichkeiten	Seit 2012 bis heute	Nachbarn, Geschichtsinteressierte, breite Öffentlichkeit	Förderkreis für Bildung, Kultur und Internationale Beziehungen, Straßen- und Grünflächenamt Reinickendorf, Fachbereich Kunst und Geschichte	
Pflege der historischen Gedenkorte Eichborndamm 238 und Krumpuhler Weg	Seit 2013 bis heute	Schulklassen, breite Öffentlichkeit	Straßen- und Grünflächenamt Reinickendorf	Schwerpunkte: Euthanasie und Zwangsarbeit
Kranzniederlegung	jährlich 27.01.	Bezirk. Öffentlichkeit	BA und BVV, Bundeswehr	
Kranzniederlegung	jährlich 09.11.	Bezirk. Öffentlichkeit, Stadt Lidice/Tschechien	BA und BVV, Bundeswehr, Arbeitskreis politische Bildung, B.v.Suttner-Gymnasium,	

			tschech. Botschaft, Bürgermeisterin Lidice	
Kranzniederlegung	jährlich 20.7.	Bezirk. Öffentlichkeit	BA und BVV, Bundeswehr	
VHS-Filmvorführung und Gespräch: „You look so german“	09/2021	Erwachsene / interessierte Bürgerinnen und Bürger		Geplant anlässlich des Holocaust-Gedenktags, coronabedingt verschoben in 09/2021 Im Rahmen 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
VHS-Führungen: <ul style="list-style-type: none"> • Historischer Ort Krumphuhler Weg • Gedenkort Eichborndamm 238 VHS-Kurs: Widerstand im „Dritten Reich“	Regelmäßig / jeweils einmal im Semester 11/2021	Erwachsene / interessierte Bürgerinnen und Bürger Erwachsene / interessierte Bürgerinnen und Bürger	Museum Reinickendorf	Nicht explizit Holocaust

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen

<p>Fortbildungsreihe organisiert durch das Jugendamt Region Nord</p> <p>Impulse für eine antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit:</p> <p>Workshopreihe der ju:an-Praxisstelle Berlin mit Fachkräften aus der Arbeit mit Jugendlichen in Reinickendorf</p>	<p>September 2020- September 2021</p>	<p>Fachkräfte aus der Arbeit mit Kinder und Jugendlichen (Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulsozialarbeit)</p>	<p>ju:an - Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (Amandeu Antonio Stiftung)</p>	<p>Eine tolle, empfehlenswerte Fortbildungsreihe für Fachkräfte</p>
<p>Keine Schule... - Projekt im Rahmen von Demokratie leben!</p>	<p>Jeweils eine Projektwoche an zwei Schulen</p>	<p>Grundschulkindern</p>	<p>Schlaglicht e.V., Münchhausen Grundschule, Grundschule an der Pekwitzsch</p>	<p>Keine Schule... - Projekt im Rahmen von Demokratie leben!</p>
<p>Swipe Back - Projekt im Rahmen von Demokratie leben!</p>	<p>April - Dezember 2020</p>	<p>Jugendliche und junge Volljährige</p>	<p>Aufwind e.V.</p>	<p>Swipe Back - Projekt im Rahmen von Demokratie leben!</p>
<p>Projektwoche zur Geschichte des Fuchsbaus</p>	<p>26. Oktober - 30. Oktober 2020</p>	<p>Fünf 7. Klassen</p>	<p>Paul-Löbe-Schule</p>	<p>Projektwoche zur Geschichte des Fuchsbaus</p>
<p>Fachtag für Fachkräfte der Verwaltung (Abt. Jugend) organisiert durch das Jugendamt Region Nord</p>	<p>Juni - November 2021</p>	<p>Fachkräfte der Verwaltung Bereich Jugend</p>	<p>Ju:an Praxisstelle antisemitismus und rassismuskritische Jugendarbeit, Senatsverwaltung, SFBB</p>	

<p>VHS-Vorträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neonazi und Antisemitismus: Wie groß ist die Gefahr von rechts? 04/2021 • Anspruch auf heiligen Boden: Der israelisch-palästinensische Konflikt um den Tempelberg 04/2021 • Navid Kermani im Gespräch mit Prof. Michael Brenner 05/2021 • Moses Mendelssohn in Berlin 05/2021 • Das Judentum im Spiegel der Literatur von Sacher-Masoch 09/2021 • Jüdisches Leben, Mythologie und Geschichte im Comic 10/2021 • Rahel Varnhagen 11/2021 • Was bedeutet es heute, jüdisch zu sein? 11/2021 <p>VHS-Kurse:</p>		<p>Erwachsene; Interessierte Bürgerinnen und Bürger</p>	<p>vhs.wissen live (Volkshochschule im Landkreis Erding und Volkshochschule SüdOst im Landkreis München)</p> <p>Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.</p> <p>Interkulturelle Woche Reini-ckendorf</p>	<p>Online im Livestream</p> <p>Im Rahmen des Festjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“</p> <p>Online aus der VHS Köln im Rahmen des Festjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“</p>
---	--	---	--	---

<ul style="list-style-type: none"> • Antisemitismus: Erstar- rung des Denkens, Flucht in den Wahn • Drei Religionen - ein Gott 	<p>09/2021- 12/2021</p> <p>09/2021- 10/2021</p>			
VHS-Filmvorführung und Ge- spräch: „You look so ger- man“	01/2021	Erwachsene	Erinnerungswerkstatt	Anlässlich Holocaust-Ge- denktag; Im Rahmen 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
VHS-Stadtführungen: <ul style="list-style-type: none"> • Lessing, Nicolai, Mendelssohn und die Stätten der Berliner Aufklärung • Jüd. Friedhof Schön- hauser Straße • Juden in Berlin • Interreligiöser Spa- ziergang: Die Chabad Labuwitsch Synagoge und die Lahore Ahmadiyya- Moschee 	<p>05/2021</p> <p>08/2021</p> <p>09/2021</p> <p>10/2021</p>	Erwachsene / interessierte Bürgerinnen und Bürger		<p>Im Rahmen 1.700 Jahre jü- disches Leben in Deutsch- land; anlässlich 350-jähri- gem Bestehen der jüdi- schen Gemeinde zu Berlin</p> <p>Im Rahmen der Interkultu- rellen Woche Reinicken- dorf</p>
Bibliothek	Dauerhaft	Erwachsene, Kinder	---	

Verfügbarkeit von Fachliteratur und Belletristik				
Museum Patenschaften von Schulklassen, Nachbarn im Zusammenhang mit der Pflege von Stolpersteinen	Dauerhaft (seit 2015)	Schulklassen, Nachbarn,	Förderkreis für Bildung, Kultur und Internationale Beziehungen, Schulklassen, Nachbarn,	
Museum Erarbeitung von Ausstellungen/Publicationen und Veranstaltungen über jüdische Geschichte und jüdische Biografien	Dauerhaft (seit 1995)	Breite Öffentlichkeit, Geschichtsinteressierte, Schulklassen	Volkshochschule, Historiker, Kirchen, Topographie des Terrors	
Museum Führungen und Bildungsangebote in Bezug auf die historischen Gedenkort		Schulklassen, breite Öffentlichkeit	Diverse Schulen	

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Feiern von jüdischen Festen (Chanukka) im Dachsbau	10. Dezember 2020 - 18. Dezember 2020	Kinder und Jugendliche der Einrichtung	keine	

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Projekttag zum Thema Hate Speech im Meredo	ganzjährig	Schüler/innen	Schule	4,5h
Projekttag zum Thema Fake News im Meredo	ganzjährig	Schüler/innen	Schule	4,5h
Projekttag zum Thema	ganzjährig	Schüler/innen	Schule	4,5h

Umgang mit sozialen Netzwerken im Meredo				
Meldestelle vom Register Reinickendorf	ganzjährig	alle Reinickendorfer/innen, v.a. unsere Klient/innen	Register Reinickendorf	bisher keine Meldungen zum Thema
Interkulturelle Woche: Workshopreihe zu Themen transkultureller Kompetenz	27. September - 01. Oktober 2020	Pädagogisches Personal im Bezirk	Partnerschaft für Demokratie, ista, lokaler Bildungsverbund MV	kein spezieller Fokus auf Antisemitismus

7. Weitere/andere Themenfelder

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Städtepartnerschaft mit Kiryat Ata / Israel	fortlaufend	Bürgerschaft, Schüler- und Jugendaustausch, Sportler, BVV, BA	Stadt Kyriat Ata	

5.9. Bezirk: Spandau

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Grundsatzklärung gegen Rassismus und Ausgrenzung des Bezirksamts und der Beschäftigtenvertretungen	In Kraft seit dem Bezirksamtsbeschluss vom 15.09.2020	Mitarbeiter*innen der Bezirksverwaltung	Bezirksamtsgremium Beschäftigtenvertretung des Bezirksamts Spandau	http://b-intern.de/ba/spandau/aktuelles/tagesmeldungen/artikel.1020085.php
Aufruf zur Teilnahme am Verwaltungsfachtag Antisemitismus an alle Beschäftigten im Bezirksamt Spandau über Hausmitteilung	01.07.2021	Mitarbeiter*innen der Bezirksverwaltung	Bezirksamt Spandau	http://b-intern.de/ba/spandau/aktuelles/tagesmeldungen/artikel.1102135.php
Unterstützung der Kampagne „Solidarisch gegen Hass“ durch Bezirksamt Spandau	02.08.2021	Spandauer Bürger*innen	Bezirksamt Spandau Jehi `Or - Jüdisches Bildungswerk für Demokratie gegen Antisemitismus gUG	http://www.solidarisch-gegen-hass.de/ https://www.berlin.de/ba-spandau/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung.1111950.php

Spandau hisst die Flagge als Zeichen der deutsch-israelischen Freundschaft	12.05.2021	Spandauer Bürger*innen	Bezirksamt Spandau	https://www.berlin.de/ba-spandau/aktuelles/pressemittellungen/2021/pressemittellung.1085104.php
Fortbildungsangebot zum Landesantidiskriminierungsgesetz	02/2021	Führungskräfte Bezirksamt Spandau	Bezirksamt Spandau	<p>Die TN lernen die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) und ihr Tätigkeitsspektrum kennen.</p> <p>Die TN kennen die gesetzlichen Grundlagen des Antidiskriminierungsrechts in seinen unterschiedlichen Anwendungsgebieten.</p> <p>Die TN verstehen die Bedeutung des LADGs und das Verhältnis zu dem Antidiskriminierungsrecht auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene (Einordnung).</p> <p>Die TN wissen, dass der Fokus des LADG im öffentlich-rechtlichen Bereich liegt und dass das LADG</p>

				<p>das erste merkmalsübergreifende Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene ist.</p> <p>Die TN wissen, wie der Staat die Bürger/innen vor Diskriminierung schützt.</p> <p>Die TN wissen, wo sie sich gezielt Informationen beschaffen können.</p>
--	--	--	--	---

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Stolpersteine und Aufarbeitung der Spandauer Geschichte zur Zeit des Nationalsozialismus in Projekten mit Jugendlichen Gedenkstättenfahrten	Seit 1990 Koordinierungsstelle Stolpersteine seit 2008	Spandauer Jugendliche Spandauer Bürger*innen Besucher*innen des Bezirks	Jugendgeschichtswerkstatt Spandau Spandauer Schulen Jugendamt Spandau	http://www.jgwspan-dau.de/in-dex.php?seite=41
Ausstellung und Buchvorstellung: UNVERGESSEN - Jüdisches Leben in Spandau	2.9.2020 - 02.05.2021	Spandauer Bürger*innen Schüler*innen Besucher*innen der Zitadelle	Jugendgeschichtswerkstatt Spandauer Oberschulen Evangelische Kirche Bezirksamt Spandau	https://www.zitadelle-berlin.de/juedisches-leben-in-spandau/

			Zitadelle ZAK - Zentrum für Aktuelle Kunst	
Gedenken an die Novemberpogrome	11.11.2021	Spandauer Bürger*innen Opfer und Hinterbliebene	AG Christen und Juden des evangelischen Kirchenkreises Bezirksamt Spandau - Ehrenamtsbüro BVV Bezirksamtsgremium Jüdische Gemeinde Berlin	
Vortrag und Diskussion: „Ernst Lange und seine jüdische Mutter Katharina Silbersohn Verborgene Hintergründe und bleibende Herausforderung eines Kirchenreformers“	31.08.2021	Spandauer Bürger*innen	Pfarrer Cord Hasselblatt und die AG Christen und Juden im Kirchenkreis Spandau	https://gcjz-berlin.de/wp-content/uploads/2021/07/Rundbrief_August-1.pdf
Ausstellung: Immer wieder? Extreme Rechte und Ausstellung: Gegenwehr in Berlin seit 1945	08.10.2020 - 21.03.2021	Spandauer Bürger*innen Schüler*innen Besucher*innen der Zitadelle	Bezirksamt Spandau Zitadelle apabiz Aktives Museum	https://www.zitadelle-berlin.de/immer-wieder/ https://www.apabiz.de/immer-wieder/ U.a. Dokumentation von Anschlägen auf Gedenkort in Berlin.

Umbenennung des ehemaligen Versammlungsortes der Heiß-Demonstrationen in „Platz der Weißen Rose“	BVV Beschluss 2018; umgesetzt 15.08.2020	Symbolisches Zeichen gegen nationalsozialistische Demonstrationen.	Bezirksverordneten Versammlung Spandau Bezirksamt Spandau	
Ausstellung: Haut, Stein - Fotografien von Jakob Ganslmeier	14.08.2020 - 21.02.2021	Spandauer Bürger*innen Schüler*innen Besucher*innen der Zitadelle	Zitadelle, Bastion Kronprinz	https://www.zitadelle-berlin.de/ganslmeier-haut-stein/
Ausstellung: Jein Danke! Spandau und die Gründung Großberlins 1920	13.9.2020 - 09.01.2022	Spandauer Bürger*innen Schüler*innen Besucher*innen der Zitadelle	Zitadelle, Zeughaus	https://www.zitadelle-berlin.de/ausstellungen/jein-danke/ z.B. mit einer ausführlichen Biographie zum Spandauer Gustav Simonsohn
Ausstellung: Enthüllt - Berlin und seine Denkmäler	Dauerausstellung	Spandauer Bürger*innen Schüler*innen Besucher*innen der Zitadelle	Zitadelle, Proviantmagazin	ist seit Dezember 2020 das Modell des Mahnmals für die Todestransporte an der Putlitzbrücke in Moabit aufgestellt und wird mit neuen Texten dazu "eingeweiht", sobald wir wieder öffnen dürfen. Zu den jüdischen Grabsteinen in der Dauerausstellung hinter dem Pallas ist in Zusammenarbeit mit der

				UdK die Entwicklung einer Kinderbroschüre und -führung geplant, die von der entsprechenden Studentin bereits vorbereitet wird und hoffentlich im Sommer 2021 veröffentlicht werden kann.
Wanderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand: „Charterflug in die Vergangenheit“ - 50 Jahre Besuchsprogramm des Berliner Senats für NS-Verfolgte	06.09.2021 Ab 11.11.2021-03/2022 In der Bastion Kronprinz Zitadelle	Spandauer Bürger*innen Schüler*innen	Jugendgeschichtswerkstatt Spandau Klubhaus Spandau Zitadelle Spandau	https://www.berlin.de/ba-spandau/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung.1118832.php
Konzert „Die Posaunen von Jericho“ im Archäologischen Fenster	29.10.2021	Spandauer Bürger*innen	Zitadelle Spandau	Im Archäologischen Fenster der Zitadelle wird im 1.. Teil das Posaunenensemble aus Mitgliedern des Deutschen Sinfonie Orchesters Berlin Werke im jüdischen Kontext präsentieren. Die Museumsleiterin Dr. Urte Evert gibt in diesem besonderen Raum (mit seiner einzigartigen Sammlung mittelalterlicher

				jüdischer Grabsteine) eine Einführung in das bis ins 13. Jahrhundert nachweisbare jüdische Leben Spandaus.
Schauspiel-Performance zum Heeresgasschutzlabor auf der Zitadelle mit Yael Schüler und Richard Rabensaar	11.11.2021	Spandauer Bürger*innen	Zitadelle Spandau	Die Journalistin Jana Sundmann interviewt den Chemiker Dr. Peter Becker zur Geschichte der Zitadelle Spandau. Diese fungierte als Heeresgasschutzlaboratorium während der Zeit des Nationalsozialismus von 1935 bis 1945.

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Demokratiefestival der Partnerschaft für Demokratie Spandau	03. und 04. September 2021	Spandauer Fachpublikum aus der Jugend-, Geflüchteten-, Bildungsarbeit Spandauer Bürger*innen, Kinder und Jugendliche	Partnerschaft für Demokratie Spandau Bezirksamt Spandau: Kinder- und Jugendbeauftragte und Stabsstelle Integrationsmanagement	https://www.berlin.de/ba-spandau/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung.1117835.php

			<p>Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus - KlG A e.V.</p> <p>Zitadelle Spandau</p> <p>Stiftung SPI</p> <p>Stadtbibliothek</p>	<p>https://www.demokratie-festival-spandau.de/programm-samstag</p> <p>Jüdisches Puppentheater</p> <p>Bubales: "Die Koscher Maschine"</p> <p>Workshop: „Was ist Antisemitismus?“</p> <p>Workshop: „Was sind Verschwörungsideologien?“</p>
Spandauer Bündnis für Solidarität, Gesundheit und Demokratie	10.04.2021	Zivilgesellschaft Spandau	<p>Kirchengemeinden Gatow/Kladow</p> <p>AG Bunte Vielfalt Staaken</p> <p>Partnerschaft für Demokratie (Pfd)</p>	Unterstützung bei der Vernetzung durch die Partnerschaft für Demokratie

Spandau mit Hirn, Herz und Haltung Querstellen gegen Querdenker-Demo in Spandau			Stadtteilkonferenz Gadow/Kladow Stadtteilkoordinatorin Kladow	https://www.staaten.info/2021/04/samstag-querstellen-gegen-verquerdenker/
Internationale Wochen gegen Rassismus	15.03.2021-28.03.2021	Spandauer Bürger*innen	Bezirksamt Spandau - Stabsstelle Integration	https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/artikel.1021725.php#Programm https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/artikel.1021725.php https://www.berlin.de/ba-spandau/aktuelles/pressemittelungen/2021/pressemittteilung.1060560.php
Erstellung von Materialien für Deutschkurse an VHS über jüdisches Leben in Deutschland und das Jüdische Museum Berlin	laufend	Besucher*innen von Deutschkursen an der VHS	VHS Spandau Jüdisches Museum Berlin Landeszentrale für politische Bildung	

Ausstellung zu 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland - Lebensstationen des Jecheskiel David Kirszenbaum (1900-1954)	11/2021	Besucher*innen der VHS Spandau	VHS Spandau	https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/spandau/webdatei-herbstprogramm-2021-komprimiert.pdf Seite 14
Gesprächsrunde mit Jugendlichen mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund „Juden / Judentum quer-durch“ unter Bezugnahme auf Antisemitismus.	06/2021	Spandauer Jugendliche	Klubhaus Spandau	
Im Rahmen des Sommerferienprogramms zwei Besuche des Holocaust-Mahnmals mit entsprechender Information und Diskussion	Sommerferien 2021	Spandauer Jugendliche	Mitternachtssport Jugend-café	
Projektwoche zu „Stolpersteinen“, Holocaust-Aufklärung und jüdischem Leben in Spandau (darüber hinaus zahlreiche Aktionen gegen Rassismus und für Vielfalt).	11/2021	Spandauer Jugendliche	BDP Mädchenladen	

<p>Besuch der Ausstellung Topografie des Terrors mit Jugendgruppe, Radtour zur Gedenkstätte Außenstelle Sachsenhausen, Ausflüge zu historischen Orten Spandaus zum Thema NS-Vergangenheit,</p> <p>2022 geplant: in Kooperation mit einer griechischen Partnerorganisation und der JGW sollen im Rahmen einer internationalen Jugendbegegnung in Spandau und Kryoneri ein Stolperstein verlegt werden.</p>	2021-2022	Spandauer Jugendliche	SJC Wildwuchs	
---	-----------	-----------------------	---------------	--

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Dokumentation von rechts-extremer und diskriminierender Vorfälle	Seit 2016	Bürger*innen Betroffene	Register Berlin in Spandau GIZ gGmbH	-Antisemitisch motivierte Sachbeschädigung -Q-Anon Propaganda

				vgl.: https://berliner-register.de/chronik/spandau
--	--	--	--	---

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Klärung der Realisierung eines Dauerliegeplatzes für das jüdische Theaterschiff MS Goldberg zwischen Bezirksamt und Wasser- und Schifffahrtsamt	13.04.2021 Eröffnung vsl. Frühjahr 2022	Kulturinteressierte in Spandau und Berlin	Potentielle Partner in Spandau: Bezirksamt Spandau Jugendtheaterwerkstatt Jugendgeschichtswerkstatt Partnerschaft für Demokratie	https://goldberg-theaterschiff.de/ms-goldberg/eroeffnung-im-oktober-2021/

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Gründung Gewaltpräventionsrat	Mit Wirkung des Bezirksamtsbeschlusses im Sommer 2020	Potentielle Opfer und Täter von Gewaltverbrechen, Hasskriminalität und Diskriminierung	Schulen, Polizei, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Stabsstelle Integration, QPK, Austauschrunde Demokratiebildung und weitere.	https://www.berlin.de/ba-spandau/aktuelles/pressemittellungen/2021/pressemittellung.1045426.php

Erweiterung der Anlaufstellen auf Organisationseinheiten im Bezirksamt Spandau	Seit 2020	Anfang	Bürger*innen Betroffene	Register Berlin in Spandau GIZ GmbH -Stabsstelle Integrationsmanagement -Beauftragter für Senioren und Menschen mit Behinderung -Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie -Beauftragter für Migration und Integration	https://berliner-register.de/anlaufstellen-spandau
--	--------------	--------	--------------------------------	---	---

7. Weitere/andere Themenfelder				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Städtepartnerschaft Spandau - Ashdod in Israel	Partnerstadt seit 1968		Ashdod	http://partnerschaftsverein-spandau.de/staedtepartnerschaften-spandau/ashdod-partnerstadt-spandau/

				Lag in letzter Zeit Brach soll im kommenden Jahr intensiver angegangen werden.
Mahnwache für Toleranz und ein friedliches Miteinander - gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit	Jeden ersten Samstag im Monat seit 02.09.2000	Spandauer Bürger*innen	Kirchenkreis Spandau AG Christen und Juden AG Asyl und Integration Katholische Kirche Spandau Spandauer Bündnis gegen Rechts Amnesty International, Gruppe Spandau OMAS GEGEN RECHTS.Berlin	https://spandau-evangelisch.de/page/102/mahnwache
Arbeitsgruppe Christen und Juden im Kirchenkreis Spandau	Seit 1989	Christen und Juden	Kirchenkreis Spandau	https://spandau-evangelisch.de/page/157/ag-christen-und-juden

5.10. Bezirk: Steglitz-Zehlendorf

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus	27. Januar	Keine spezifische Zielgruppe; die Veranstaltungen sind an die breite Bevölkerung gerichtet.	in Kooperation mit der Initiative KZ Außenlager Lichterfelde	
Gedenken zum Holocaust-Gedenktag	27. Januar 2021	Jugendliche aus Kiryat Bialik und Zehlendorf (Haus der Jugend Zehlendorf Teilnahme mit 6 Jugendlichen, eine Klasse des Beethoven-Gymnasium	Lokale Politik aus Kiryat Bialik und Steglitz-Zehlendorf, Jugendamt Steglitz-Zehlendorf, Haus der Jugend Zehlendorf, Beethoven-Gymnasium	

		nasiums), Bezirksbürgermeisterin aus Steglitz-Zehlendorf und dem Bürgermeister Kiryat Bialik		
Gedenken an ital. Kriegsoffer	Ende Oktober / Anfang November	Keine spezifische Zielgruppe; die Veranstaltungen sind an die breite Bevölkerung gerichtet.	Italienische Botschaft	
Jahrestag Reichspogromnacht	9. November	Keine spezifische Zielgruppe; die Veranstaltungen sind an die breite Bevölkerung gerichtet.	Initiative Haus Wolfenstein	Bei runden Jahrestagen Ansprache, ansonsten stille Kranzniederlegung
Auf dem Hermann-Ehlers-Platz erinnert das Denkzeichen „Ehemalige Synagoge Haus Wolfenstein“, die Spiegelwand, an die Steglitzer Juden und ihre Ermordung. Für die bauliche Unterhaltung der Spiegelwand ist die Senatsverwaltung verantwortlich, die die Spiegelwand errichtet hat.		Alle		

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf sind bisher 513 Stolpersteine verlegt worden; am 24.3.21 kommen acht weitere Steine hinzu.		Alle	Die Stolpersteinverlegung wird von der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin koordiniert und von den Kirchenkreisen Steglitz und Teltow-Zehlendorf umgesetzt.	
Nachbarschaftsspaziergang für gelebte Erinnerungskultur, Putzen der Stolpersteine		Keine spezifische Zielgruppe; die Veranstaltungen sind an die breite Bevölkerung gerichtet	Register Steglitz-Zehlendorf beim Mittelhof e.V.	
Zahlreiche Gedenktafeln und Regionalhistorische Informationsstelen setzen sich mit der NS-Vergangenheit Steglitz-Zehlendorfs auseinander. Explizit den Stätten der NS-Verfolgung sind die Stelen „Das KZ-Außenlager Lichterfelde“ und die „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ gewidmet.		Alle		
Benennungen von Plätzen in Stegl-Zehl. erfolgten in jüngerer Vergangenheit zugunsten von Julius Posener,		Alle		

Marga Meusel (auch Ehrengrab) und Lucie Strewe; geplante Straßenumbenennung von Maeckerweg in Maria Rimkus Weg; Benennung Platz nach Hans Söhner				
Webseite dpcamp.de	Seit 2008	Öffentlichkeitsarbeit	Jugendamt Steglitz-Zehlendorf	
Der Personalservice hatte im Rahmen des politischen Bildungsprogramms ein Besuch des KZ Sachsenhausens für interessierte Beschäftigte geplant, der aufgrund von Corona storniert werden musste. Alternativ findet ein Besuch des jüdischen Friedhofs in Weißensee statt.	25.10.2021	Beschäftigte des Bezirksamtes		
Broschüre „Frauenspuren Porträts fast vergessener Frauen aus Steglitz-Zehlendorf“ Hrsg.: YOPIC e.V.	Jahr der Veröffentlichung: 2013	Alle	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, Frauenbeauftragte	Broschüre enthält einige Porträts von Jüdinnen sowie von Frauen, die Jüdinnen und Juden vor dem Holocaust gerettet haben.

Broschüre „Frauenspuren II in Steglitz-Zehlendorf“ Hrsg.: YOPIC e.V.	Jahr der Veröffentlichung: 2016	Alle	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, Frauenbeauftragte	s.o.
Broschüre „Stifterinnen und Stiftungen Berlin Steglitz-Zehlendorf“ Hrsg.: YOPIC e.V.	Jahr der Veröffentlichung: 2015	Alle	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, Frauenbeauftragte	s.o.
Umbenennung der Freizeitanstalt Club Steglitz in Hans-Söhnker-Haus	11.10.2021	alle		Eingeladen sind u. a. die israelische Botschaft, die Jüdische Gemeinde, Rabbiner Andreas Nachama von der im Bezirk ansässigen Synagogengemeinde Berlin Sukkat Schalom e.V. und die Initiative Haus Wolfenstein

3. Bildung und Jugend

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Die Stadtbibliothek Steglitz-Zehlendorf bietet derzeit (Stand: 19.3.2021)		Alle		(Bestandstreffer inkl. AV-Medien, elektronische Ressourcen)

<ul style="list-style-type: none"> •453 Medien, die in irgendeiner Form den Begriff „Judentum“ beinhalten - darunter auch Belletristik •277 Medien die den Begriff „Antisemitismus“ beinhalten - darunter Belletristik •1842 Medien, die sich dem Thema „Juden*“ widmen •83 Medien zum Thema „Antisemitismus“ 				
<p>Der Kinder- und Jugendbereich der IDB arbeitet seit Jahresbeginn an einer Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde Berlins. Es besteht Kontakt zum hiesigen Jüdischen Gymnasium bezüglich einer Zusammenarbeit im Bereich des kulturellen Austauschs und gemeinsamer Kinder- und Jugendveranstaltungen in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek.</p>	Ab 2021	Kinder und Jugendliche	Jüdische Gemeinde/Jüdisches Gymnasium	Im Aufbau

In der Vergangenheit wurden wiederholt Sonderausstellungen erarbeitet, die sich mit der Geschichte Steglitz im Nationalsozialismus sowie mit der Judenverfolgung auseinandergesetzt haben. Der Heimatverein Zehlendorf plant für 2021 eine Sonderausstellung zum Thema „Jüdisches Leben in Zehlendorf“	2021		Heimatverein Zehlendorf	
VHS Vortrag Sigmund Freud - der konservative Revolutionär	23.11.2020 28.09.2021	Erwachsene	-	Aus der Reihe Politische Psychologie
VHS Vortrag Arno Gruen - der Provokateur	17.02.2020 12.01.2021	Erwachsene	-	Aus der Reihe Politische Psychologie

VHS Vortrag Erich Fromm - vom Haben zum liebevollen Sein	01.12.2020 05.10.2021	Erwachsene		Aus der Reihe Politische Psychologie
VHS Vortrag Theologie im Judentum	1.10.2020	Erwachsene		Einführungsvortrag zum Gesprächskreis „Religion heute“
Gesprächskreis Religion heute	Herbstsemester 2020 Herbstsemester 2021	Erwachsene		Wöchentlicher Kurs, 8 Ter- mine a 90 Min. Im Frühjahrssemester 2021 coronabedingt abgesagt
VHS Vortrag Populismus - Was ist das ei- gentlich? (Online-Kurs)	10.12.2021 19.04.2021	Erwachsene		
VHS Tagesworkshop Wie reagiere ich auf Populis- mus?	13.02.2020	Erwachsene		

	20.02.2021			
VHS Vortrag zum Motto der Woche der Brüderlichkeit "Tu Deinen Mund auf für die Anderen"	24.3.2020	Erwachsene	Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, mit freundlicher Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.	Coronabedingt abgesagt
VHS-Vortrag zum Motto der Woche der Brüderlichkeit "...zu Eurem Gedächtnis: Visual history"	22.6.2021	Erwachsene	Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, mit freundlicher Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.	
VHS Führung Auf den Spuren jüdischen Lebens im Grunewald	25.10.2020 25.04.2021	Erwachsene		
VHS Führung Jüdisches Leben im Umfeld der Neuen Synagoge	14.03.2021 12.9.2021			Coronabedingt abgesagt
VHS Führung	13.09.2020			

Der Jüdische Friedhof in der Heerstraße als Denkmal der Gemeindegeschichte	29.08.2021			
VHS Führung Die neue Dauerausstellung im Jüdischen Museum Berlin	21.3.2021			Coronabedingt abgesagt
VHS Online-Vortrag Was bedeutet es heute, jüdisch zu sein?	24.11.2021	Erwachsene		
VHS online-Vortrag Wissenschaftskritik - Zwischen Wissenschaftsphilosophie und Verschwörungsmythos	23.11.2021	Erwachsene		
VHS Online-Vortrag Geheime Eliten, gefälschte Mondlandung und 9/11 als Insidejob. Verschwörungstheorien in unserer Gesellschaft und Möglichkeiten, diesen zu begegnen	22.02.2022	Erwachsene		

<p>Auf Basis des BVV-Beschlusses „Bekämpfung von Antisemitismus und religiöser Diskriminierung“ vom 20. März 2019 wurde ein Schreiben an die bezirklichen Schulen verschickt, in dem der Bezirksstadtrat für die Abteilung Bildung, Kultur, Sport und Soziales auf die Initiative „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ hingewiesen und die Schulen dazu ermutigt hatte, sich der Initiative anzuschließen.</p>	<p>2019</p>	<p>Schulen im Bezirk</p>		
<p>Workshopreihe des Registers Steglitz-Zehlendorf in Kooperation mit einer MO mit Fachkräften aus der Arbeit mit Jugendlichen in Steglitz-Zehlendorf zum Thema Antidiskriminierung</p>	<p>2019</p>	<p>Fachkräfte aus der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulsozialarbeit u.a.)</p>	<p>Register Steglitz-Zehlendorf beim Mittelhof e.V., Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V., gefördert durch das Integrationsbüro des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf im Rahmen des bezirklichen Integrationsfonds</p>	<p>Thematisiert wurden unterschiedliche Formen und Aspekte von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung wie Rassismus und Antisemitismus</p>

Veranstaltung „Kiez Courage - wie geht das?“	2020	Oberschüler*innen aus Steglitz-Zehlendorf	Register Steglitz-Zehlendorf beim Mittelhof e.V, Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V.	Antidiskriminierung-workshop, rassismuskritische Bildungsarbeit mit Jugendlichen
Recherche Theaterprojekt zu den jüdischen Vertriebenen der Argentinischen Allee 20 Titel: Annemarie Meier Greafe Broch	2018	Jugendliche	Haus der Jugend Zehlendorf und Gail S. Halvorsen Oberschule. Durchführung Vajswerk e.V	
Künstlerische Intervention//Objektbeschreibung „Eine Puppe aus Ravensbrück“	2019	Jugendliche	Theaterprojekt mit dem Haus der Jugend Zehlendorf und der Gail S. Halvorsen Oberschule.	
„Unter Trollen“ - Rechercheprojekt Hate Speech im Internet u.a. Antisemitismus	2019	Jugendliche	Haus der Jugend Zehlendorf und Gail S. Halvorsen Oberschule. Durchführung Vajswerk e.V	
Jugendtheaterstück: „Das gelbe Stück Stoff“ Theaterstück nach dem Tagebuch von Jovan Rajs	2018	Jugendliche	Theaterprojekt mit Gail S. Halvorsen Schule (Oberschule) und Haus der Jugend Zehlendorf	
Stolperstein-Putzaktionen	2019	Jugendliche, gesamte Öffentlichkeit	Jugendkulturbunker outreach	

Recherche Projekt zum Namensgeber der Jugendfreizeiteinrichtung Dr. Wolf	In Planung für 21/22	Jugendliche,	Jugendfreizeiteinrichtung Dr. Wolf in Lankwitz	
Von Schüler:innen des Beethoven Gymnasiums entworfene Wanderausstellung zur Stolpersteinverlegung (Richard Hohenemser und seine Frau Alice Hohenemser)	In Planung für 21/22	Jugendliche, gesamte Öffentlichkeit	Ausstellungsorte sind Jugendfreizeiteinrichtungen in Lankwitz und Steglitz	

4. Justiz und Innere Sicherheit

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
entfällt				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Ausstellung L'Chaim	2018	Jugendliche, Schulen, pädagogische Fachkräfte	KIGA, Haus der Jugend Zehlendorf, JFE Düppel, Jugendamt Steglitz-Zehlendorf	

Lesung mit der Autorin Shlo- mit Tulgan aus „Fremdge- macht & Reorientiert; jü- disch-muslimische Verflech- tungen“ und einen musikalischen Bei- trag zum Rahmenprogramm von Rosa Oblomowa und Ay-Choramba im Haus der Jugend Zehlendorf	2018	Jugendliche, junge Künst- ler:innen aus Steglitz-Zehlen- dorf	KIGA, Haus der Jugend Zeh- lendorf, Jugendamt Steglitz- Zehlendorf	
Internationale Jugendbe- gegnung in Steglitz-Zehlen- dorf mit Kyriat Bialik	2019	Jugendliche aus dem Bezirk und Kyriat Bialik	Jugendamt Steglitz-Zehlen- dorf, Haus der Jugend Zeh- lendorf	

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention

Aktivität/Maßnahme	Umsetzungs- zeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Erfassung und Dokumenta- tion von rassistischen, antise- mitistischen und diskriminie- renden Vorfällen	seit 2016	Zivilgesellschaft, Betroffene, pädagogische Fachkräfte	Register Steglitz-Zehlendorf beim Mittelhof e.V., Integrati- onsbüro des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf, Jugend- amt Steglitz-Zehlendorf, freie Träger der Jugend(Sozial)Ar- beit	

Kiezorientierte Gewaltprävention: Projekt „Zoom sz“	2017-2020	Jugendliche und junge Erwachsene	NBH Wannseebahn e.V., Outreach gGmbH, Zephyr gGmbH	Gefördert durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Mitzwah Day	2018	Kinder, Jugendliche, Kinder aus den Gemeinschaftsunterkünften	Zentralrat der Juden, KIGA, Jugendamt Steglitz-Zehlendorf, JFE Düppel	

7. Weitere/andere Themenfelder				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
BVV-Beschluss zur Bekämpfung von Antisemitismus und religiös motivierter Diskriminierung	<u>Beschluss (Nr. 762/V) von 2019</u>	Politik und Zivilgesellschaft	BVV Steglitz-Zehlendorf, Zivilgesellschaft, Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf	
Fachkräfteaustausch in Bezug auf Israelbezogenen Antisemitismus	2019	Pädagogische Fachkräfte	Im Rahmen der Städtepartnerschaft Kiryat Bialik, Charkiv und Szilvarad	
Berlinweite Infos gegen Antisemitismus über das Fachnetzwerk: infoboxsz.de	Seit 2019	Pädagogische Fachkräfte	Jugendamt Steglitz-Zehlendorf	

5.11. Bezirk: Tempelhof-Schöneberg

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Gründung eines bezirklichen Bündnisses gegen Antisemitismus	Vorbereitung seit 08.2020 Offizielle Bündnisgründung im 1. Halbjahr 2021 geplant	Vereine, Initiativen, Organisationen im Bezirk, die sich gegen Antisemitismus einsetzen	Kompetenzzentrum ZWST, Arbeit und Leben	Das Bündnis wurde im Juni 2021 gegründet. Aktuell erfolgt die Erweiterung des Bündnisses. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Kranzniederlegung Münchener Str.	Jährlich am 09.11.	Öffentlichkeit		
Pressemeldung zum Holocaust-Gedenktag	Jährlich am 27.01.	Öffentlichkeit		

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Filmprojekt	Seit 11.2020	Kinder, Jugendliche, Erwachsene	Bubales Puppentheater	Eine erste Vorführung für interessierte Lehrkräfte der bezirklichen Grundschulen findet Ende Oktober statt. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Broschüre „Treffpunkt Kohlenhandlung“	2020	Öffentlichkeit	Stadtteilverein Schöneberg e. V.	Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Workshops im Rahmen von CrossKultur	Dezember 2020	Öffentlichkeit	KIgA	Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Städtepartnerschaft mit Nahariya	Seit 1970	Jugendbegegnungen, Verwaltungshospitation		Erste Partnerschaft einer deutschen mit einer israelischen Gemeinde!
<p>Darüber hinaus gibt es im Bezirk eine Vielzahl von Angeboten, insbesondere des Bereichs Kunst, Kultur, Museen, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Hier sind beispielsweise zu nennen die Ausstellung „Wir waren Nachbarn“, der Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße und die Aktion Stolpersteine. im Jugendamt wird die demokratische Wertevermittlung in den Jugendeinrichtungen als ständige Aufgabe angesehen.</p>				

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Chanukka-Leuchter am Bayerischen Platz (2018 bereits Chanukka-Leuchter am Wittenbergplatz) Parallel dazu Verteilung von Postkarten mit Chanukka-Motiv in den Geschäften rund um den Bayerischen Platz	Nov./Dez. 2021 Soll jährliche Tradition werden!	Öffentlichkeit	Chabad Lubawitsch e. V.	Ein Vorbereitungstreffen mit Chabad Lubawitsch Berlin findet am 08.10.2021 statt. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Projekt zur Sichtbarmachung jüdischer Feiertage	Seit Dezember 2020	Öffentlichkeit	Partnerschaft für Demokratie „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg - Demokratie leben!“	Es wurde eine Postkartenserie mit jüdischen Feiertagen entworfen, die z. B. beim Nachbarschaftsfest

				<p>und anderen Gelegenheiten zur Verteilung kommen.</p> <p>Jüdische Feiertage werden auch in den bezirklichen Social Media-Kanälen berücksichtigt.</p> <p>Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“</p>
--	--	--	--	---

6. Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Einrichtung einer Stelle (0,5 VZÄ) gegen Rechtsextremismus	Seit 2017	Bürger_innen, Mitarbeiter_innen, Vereine, Initiativen, Organisationen im Bezirk		Beauftragtenstelle (0,5 VZÄ für queere Themen, 0,5 VZÄ gegen Rechtsextremismus)

7. Weitere/andere Themenfelder				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen

Öffentlichkeitsarbeit der bezirklichen Registerstelle	2020		Registerstelle	Finanzierung von Flyern und Plakaten für die Öffentlichkeitsarbeit der Registerstelle
---	------	--	----------------	---

5.12. Bezirk: Treptow-Köpenick

1. Grundlagenthemen				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Projektförderung „TKVA - Treptow-Köpenick für Vielfalt gegen Antisemitismus“ https://pad-berlin.de/demokratie/tkva-treptow-koepenick-fuer-vielfalt-und-gegen-antisemitismus	2020/21 Weiterförderung abhängig vom Haushalt	(jüdische) Bürger*innen, Verwaltung, Träger	Vielfältig Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick und weitere Projekte der politischen Bildung, MSOs, Kirchengemeinden und muslimische Gemeinden, Verwaltung	Sensibilisierung von Bürger*innen, Verwaltung, Träger sowie Sichtbarmachung jüdischen Lebens

2. Historische Bildungsarbeit und Gedenken				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
Veranstaltungsreihe „Von der Geschichte zur Gegenwart - Historische und politische Bildungs-	Seit 2019	Bürger*innen, Träger, Verwaltung, Institutionen, Familien, Jugendliche	Seit 2021: TKVA, Zentrum für Demokratie, Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Interaxion - Willkommensbüro,	

<p>arbeit in Treptow-Köpenick“, insb. Veranstaltungen in Kooperation mit den Museen T-K und dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit</p> <p>Bsp. 2020: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/politische-bildung/artikel.894338.php</p>			<p>Partnerschaften für Demokratie T-K und Schöneweide, Mami en Movimiento, ARTivisten e. V., LSVD</p>	
<p>Stolpersteinspaziergänge von TKVA: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.993710.php</p> <p>Nächste Stolperstein-Vernetzungsrunde am 11.10.2021:</p>	<p>Diverse Stolpersteine in 2021 verlegt; Fortsetzung angedacht</p>	<p>Bürger*innen, Träger, Verwaltung, Institutionen, Familien, Jugendliche</p>	<p>Zentrum für Demokratie</p>	

<p>https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1131980.php</p>				
<p>Kurse und Exkursionen im Kursprogramm der Volkshochschule Treptow-Köpenick</p> <p>Vortrag mit Diskussion: „Jüdisches Leben in der DDR“</p> <p>https://www.vhsit.berlin.de/VHSKURSE/BusinessPages/CourseDetail.aspx?id=618377</p> <p>Exkursion: „Die neue Synagoge im Spiegel der Zeiten - Jüdisches Leben in Geschichte und Gegenwart“</p>	<p>Seit 2020 im Kursprogramm</p> <p>Seit 2018 im Programm</p>	<p>Bürger*innen, Träger, Verwaltung, Institutionen, Familien, Jugendliche</p> <p>Bürger*innen, Träger, Verwaltung, Institutionen, Familien, Jugendliche</p> <p>Bürger*innen, Träger, Verwaltung, Institutionen, Familien, Jugendliche</p>		

<p>„Auf den Spuren jüdischen Lebens im Grunewald“</p> <p>Neu: „Besuch der neuen Dauerausstellung des Jüdischen Museums in Kreuzberg“ geplant, gegenwärtig durch Einschränkungen des Museums für externe Gruppenführungen nicht möglich.</p>	<p>Seit 2019 im Kursprogramm</p> <p>Seit 2021</p>			
<p>Museen Treptow-Köpenick: Digitales Angebot: Geodatenbank-Projekt „Karte der Gedenkorte“</p>	<p>2018 - 2021</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger, Familien, Jugendliche, Institutionen, Touristinnen und Touristen</p>	<p>Museen Treptow-Köpenick, Pressestelle des BA sowie und Stadtentwicklungsamt, FB Vermessung</p>	<p>Ein Teilprojekt der „Karte der Gedenkorte“ wurde von den Museen Treptow-Köpenick am 19.09.2021 als eigene Auskoppelung veröffentlicht: Der „Audiorundgang zu NS-Zwangsarbeit in Adlershof“, thematisiert im Kontext von NS-Zwangsarbeit und lokaler Industriegeschichte unter anderem auch Schicksale von Jüdinnen und Juden. Die Veröffentlichung des gesamten</p>

				Kartenprojektes ist für das Jahresende 2021 geplant.
--	--	--	--	--

3. Bildung und Jugend				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
aras* - Politische Bildung an Schulen	Seit 2018 - Weiterförderung abhängig vom Haushalt	Schüler*innen, Pädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen	Vielfältig	Verschiedene Workshop- / Veranstaltungsformate u.a. auch mit Schwerpunkt Antisemitismus

4. Justiz und Innere Sicherheit				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen
k.A.				

5. Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur				
Aktivität/Maßnahme	Umsetzungszeitraum	Zielgruppe(n)	Kooperationspartner*innen	Bemerkungen

<p>Siehe TKVA, insbesondere Aktionen 2020 zu Sukkot und Chanukkah</p> <p>Sukkot: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.998290.php</p> <p>Chanukkah: https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.1028366.php</p>	<p>Seit 2020</p>	<p>Bürger*innen, Träger, Verwaltung, Institutionen</p>	<p>MoBe moving poets e.V., Welcome!- Netzwerken im Kirchenkreis Lichtenberg-Oberspree der SozDia Stiftung Berlin, Zentrum für Demokratie, Jüdisches Zentrum Synagoge Fraenkelufer e.V., Kirchengemeinde der Stadtkirche Köpenick</p>	
--	------------------	--	--	--

